



Warum wir den **Sozialismus** wollen



Titel: Warum wir den Sozialismus wollen
Erschienen in der Reihe: Die internationale Theorie, Heft 29

Herausgeber: Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB), Sektion der IV. Internationale in
Deutschland, Mai 2005

Redaktion: Barbara Schulz, Bernhard Brosius, Daniel Berger, Erik Hansen

Layout: Heiner Fried

Bestellungen: Gerlef Gleiss, Pinnasberg 27, 20359 Hamburg
Tel/Fax: 040 - 3 44 571, E-Mail: g.gleiss@imparkhaus.de

Je Exemplar 3 €, bei Sammelbestellungen ab 5 Expl. 2 €

Überweisungen: Gerlef Gleiss; KtoNr.: 250 183 202, Postbank Hamburg,
BLZ: 200 100 20; Vermerk: Internationale Theorie

Kontakt zum RSB: RSB Bundesbüro
Landzungenstraße 8
68159 Mannheim
Web: www.rsb4.de
E-Mail: buero@rsb4.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Inhalt

Einleitung	4
Bedürfnisorientierte Ökonomie – die Wirtschaft der Zukunft Bernhard Brosius	6
Zusammenwirken – ohne Stress und Ellenbogen Anmerkungen zur betrieblichen Organisation Daniel Berger	14
Verhandeln, was alle angeht – Überlegungen über das Politische im Sozialismus Erik Hansen	16
Die Frau und der Sozialismus Barbara Schulz	19
Ein entschiedenes Nein zur Autogesellschaft Daniel Berger	25
Dokumentenanhang Die sozialistische Konzeption vom Menschen Isaac Deutscher	31
Brücke zum Sozialismus Ernest Mandel	41

Editorische Notiz

Die Artikel im ersten Teil sind Originalbeiträge. Im Dokumentenanhang drucken wir den Redebeitrag von Isaac Deutscher ab, den er auf der socialist scholars' conference 1966 gehalten hat. Wir hatten die deutsche Übersetzung im isp-Verlag in drei Auflagen (1970, 1971 und 1972) veröffentlicht. Den Abschluss bildet der Teil aus Ernest Mandels Beitrag zur Programmdiskussion von 1995, den wir seinerzeit in der Inprekorr Nr. 287 gebracht hatten.

Einleitung

In diesem Heft wollen wir darlegen, weshalb wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung für zutiefst inhuman, aber auch anarchisch irrational halten. Und wir wollen umreißen, wie wir uns eine rational organisierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorstellen. Wir sind uns voll bewusst, dass wir nicht wissen können, wie sich eine sozialistische Gesellschaftsordnung tatsächlich organisieren wird.

Wir meinen aber, dass heute die Vorstellung des Sozialismus neu – bzw. wieder – begründet werden muss. Dazu wollen wir hier einen kleinen Beitrag leisten. Wir meinen, dies am besten an Hand einiger ausgewählter Themen erläutern zu können, die – selbst in ihrer Summe – weit davon entfernt sind, alle wichtigen Gründe für die Ablösung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zusammenzufassen. Dennoch ist die hier getroffene Auswahl auch nicht ganz zufällig oder willkürlich. Die hier behandelten Themen gehören nach unsrer Meinung auf jeden Fall zu den zentralen Fragestellungen. Aber wir betonen: Die hier nicht erörterten Fragen sind gewiss nicht als untergeordnet oder nebensächlich anzusehen.

Aus der langen Liste möglicher weiterer Themen seien stellvertretend nur ein paar genannt:

- Das Bildungssystem, das im Kapitalismus grundsätzlich auf die Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft abzielt (s. Lehrstellenmangel, Ergebnisse der Pisa-Studien etc.) und nicht auf eine möglichst umfassende Bildung und Entfaltung der Persönlichkeit. Der aktuelle dramatische Abbau von geisteswissenschaftlichen Fakultäten an deutschen Hochschulen ist nur ein Beleg unter unzähligen.
- In der kapitalbeherrschten Medienindustrie ist Information grundsätzlich den Interessen der Kapitalverwertung (im besonderen Maße der Werbeindustrie) und dem Erhalt des bürgerlichen (also ausbeuterischen) Gesellschaftssystems untergeordnet. Betroffene des Sozialabbaus kommen nur in Alibiveranstaltungen zu Wort. Die Berieselung mit verdummenden, sexistischen und reißerischen Beiträgen vor allem in den Printmedien ist so überwältigend, dass nur eine Minderheit sich davon abschotten kann.
- Die Unterdrückung der Kinder, der Behinderten und der Pflegebedürftigen, die oft in so grausamer Weise die fehlende Menschlichkeit zu spüren bekommen, ist in den Medien fast nie und in der herrschenden Politik nie ein Thema.

- In dem Mordgeschäft mit den Kranken gehen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Profitinteressen vor allem von Pharmaindustrie, des medizinisch-industriellen Komplexes, der Versicherungen und anderer „Anbieter“ im Gesundheitssektor vor den Interessen der Kranken und Versicherten. Allein die ständige Diskussion um eine Senkung der Versicherungsbeiträge dient einzig und allein der Kostenentlastung für das Kapital („Arbeitgeberbeiträge“ zu den Sozialversicherungen). Die Kosten haben wir dann über erhöhte Zuzahlungen oder Leistungskürzungen zu tragen.
- Die Drogenpolitik ist allgemein von einer heuchlerischen Haltung gegenüber den Abhängigen und einer Verharmlosung der „legalen“ Drogen gekennzeichnet.
- Die Kulturpolitik wird generell von einem elitären Standpunkt aus gesteuert, so dass vergleichsweise Unsummen in „anerkannte“ Kunstformen fließen, die Masse der Bevölkerung aber von einer eigenen kulturellen Beteiligung oder auch nur Teilhabe ferngehalten wird.
- Auch der Sport ist heute eine gewaltige Kapitalverwertungsmaschinerie, so dass für die Förderung des Breitensports nur Alibiordnungen übrig bleiben.
- Als letztes Beispiel sei die Rüstungsindustrie genannt. Sie tötet bekanntlich nicht erst im Krieg. Am mörderischsten allerdings ist die Kriegspolitik, an der auch der bundesdeutsche Imperialismus sich zunehmend beteiligt. Dass die EU-Verfassung als einzige Verfassung überhaupt, die Aufrüstung als eines ihrer Staatsziele angibt, sagt mehr aus als alle heuchlerischen Sermonen über den Kampf gegen den Terrorismus.

Es versteht sich, dass jeder und jede SozialistIn bei der Begründung für die Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung spontan jeweils andere Aspekte in den Vordergrund rückt, bzw. eine andere Rangfolge an Gründen für seine/ihre Ablehnung der herrschenden Gesellschaftsordnung aufführen wird. Das ist ganz natürlich. Die Gründe die für den Sozialismus sprechen, hat unser Lehrmeister, Ernest Mandel, von dem wir so viel gelernt haben, folgendermaßen zusammengefasst:

„Alles das kann man kurz zusammenfassen. Unser Sozialismus-„Modell“ verspricht im Gegensatz zu dem, was viele Gegner des Marxismus behaupten, weder das Paradies auf Erden noch ein „Tausendjähriges Reich“. Wir haben nicht solche Illusionen wie die „konfliktlose Ge-

sellschaft“ oder das „Ende der Geschichte“. Wir wissen sehr wohl, dass viele Probleme für Jahrhunderte ungelöst bleiben und viele neue hinzukommen werden. Wir sind in der Tat sehr bescheidene Leute, mit ganz bescheidenen Zielen. Was wir wollen, ist das halbe Dutzend, oder so, von Problemen zu lösen, die sich aus dem Missverhältnis zwischen den technischen und wissenschaftlichen Fähigkeiten der menschlichen Gattung und dem auf privaten Profit ausgerichteten Produktionssystem ergeben. Es ist kein Geheimnis, um was es sich dabei handelt: Hunger, physisches Elend, gesellschaftliche Ungleichheit, Krieg, Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und zwischen verschiedenen Nationalitäten und Rassen, Ausbeutung der Arbeitskraft anderer, politische Unterdrückung, gesellschaftlich organisierte Gewalt. All diese Hindernisse für die Selbstverwirklichung der menschlichen Persönlichkeit können durch den Sturz der bestehenden Produktionsverhältnisse und der politischen Strukturen, die sie aufrechterhalten, ausgeräumt werden. Wir erheben nicht den Anspruch, all die unzähligen anderen Fragen und die künftig hinzukommenden zu lösen. Aber dieses halbe Dutzend oder ein paar mehr Probleme hat Hunderten von Millionen Menschen über Jahrhunderte hinweg das Leben gekostet und weitere Millionen Menschen zu einem Leben in unbeschreiblichem Elend verurteilt. Ein siegreicher Kampf für den Sozialismus wäre ein fruchtbarer Beitrag zum menschlichen Fortschritt, und aus diesem Grund ist das Ringen für diese Ziele, bescheiden wie sie sind, das entscheidende menschliche Streben unsrer Zeit.“ Ernest Mandel, *Revolutionärer Marxismus heute*, Frankfurt, 1982 (isp-Verlag).

Was wir in diesem Heft nicht abhandeln können ist der Weg zum Sozialismus. Hier nur so viel: Die gesamte Geschichte des 20. Jahrhunderts hat nach unsrer Auffassung bewiesen, dass es keinen ruhigen, friedlichen oder gar parlamentarischen Weg zum Sozialismus gibt. Er kann nur erkämpft werden über eine Steigerung der Selbstaktivität der ArbeiterInnenklasse. Nur im revolutionären Kampf für die Durchsetzung eines Übergangsprogramms kann sich die Klasse, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess ein revolutionäres Potential besitzt, durchsetzen und eine neue Ordnung etablieren.

Ein solches Programm ist nicht am grünen Tisch zu schreiben, sondern wird erst im Laufe einer intensiveren Klassenauseinandersetzung von einer revolutionären Kraft zu entwickeln sein, die in ausreichendem Maß revolutionäre Elemente der Klasse organisiert und ihren revolutionären Bestrebungen Ausdruck und Schlagkraft verleiht.

Wir meinen, dass das Programm des RSB einen kleinen, bescheidenen Beitrag zur Entwicklung eines solchen Programms darstellt. In Ergänzung zum Übergangsprogramm, dem Gründungsdokument der IV. Internationale von 1938 hat Ernest Mandel 1995 einige aktuelle Forderungen (Programmpunkte) aufgelistet, die zur Aktualisierung unsrer programmatischen Grundlagen beitragen sollen. Wir bringen diesen Text, zuerst veröffentlicht in *Inprekorr* Nr. 287 (1995) im Anhang.

Sicher, eine andere Gesellschaftsordnung, wie wir sie hier in einigen Zügen umreißen wollen, wird ganz gewiss nicht im nationalen Rahmen zu Ende zu führen sein, bzw. in nationalen Grenzen eingefangen bleiben können. Die wirtschaftliche Verflechtung (die auf der stofflichen Seite nicht vollkommen durchgetrennt werden kann und auch nicht werden sollte) wird es unmöglich machen, eine sozialistische Insel im kapitalistischen Umfeld existieren zu lassen, von der internationalen Reaktion ganz zu schweigen. Ein revolutionärer Prozess wird sich also sehr schnell ausdehnen müssen oder er wird wirtschaftlich, politisch und gegebenenfalls auch militärisch erstickt.

Ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Organisation werden deswegen nicht nur internationalistisch sein können, beide müssen auch tatsächlich international angelegt sein, soll nicht alles nur ein Traum bleiben.

Wir jedenfalls haben diesen Traum und möchten mit den folgenden Beiträgen einiges davon vermitteln, in der Hoffnung, dass sie zu Diskussionen beitragen mögen.

Das Autorenkollektiv Barbara Schulz, Bernhard Brosius, Daniel Berger, Erik Hansen

Bedürfnisorientierte Ökonomie – Die Wirtschaft der Zukunft

Bernhard Brosius

Längere Arbeitszeiten, geringere Löhne, geringere soziale Absicherung bei steigender Arbeitslosigkeit – das ist unsere gesellschaftliche Realität. Und wenn die Politiker die Schuld im Kaufstreik der Massen sehen, mögen die Neokeynesianer noch so berechtigt darauf hinweisen, dass die Menschen weniger kaufen, weil sie bei sinkenden Löhnen und steigenden Kosten weniger Geld haben und logischerweise weniger kaufen können. Entscheidend bleibt, dass die Profite steigen, wenn die Löhne sinken. So wie es widersinnig wäre, zu glauben, die „Arbeitgeber“ würden die Löhne erhöhen, um die Kaufkraft zu erhöhen, so töricht wäre es, zu glauben, die gegenwärtige Offensive des Kapitals käme zu einem Ende, wenn „die nötigen Opfer gebracht“ wären. Diese Offensive wird erst enden, wenn wir sie stoppen.

Denn die bestehende Wirtschaftsordnung orientiert sich am Profit, und je größer der Profit eines Unternehmens, umso größer seine Chance, die Konkurrenten zu überleben und die nächsten Krisen zu bestehen. Und je größer der Profit, umso größer die Gier nach mehr.

Deshalb wird durchgesetzt, was die Profite erhöht und solange sich keine kraftvolle Gegenwehr erhebt.

Deshalb ist das „System der Grausamkeiten“ in der marktwirtschaftlichen Logik absolut folgerichtig.

Und deshalb müssen wir uns die Frage stellen, ob es zur bestehenden ökonomischen Logik überhaupt eine alternative Logik gibt.

Eine Ökonomie kann sich nur dann behaupten, wenn es ihr gelingt, die Gesellschaft zu erhalten, zu reproduzieren. Auch im Kapitalismus kann nur das verkauft werden, was Käufer findet. Und Dinge, die benötigt werden, finden mit größerer Wahrscheinlichkeit Käufer als Unnötiges. Aus diesem Grunde werden in einer profitorientierten Ökonomie auch benötigte Dinge hergestellt. Doch dies bedeutet noch lange nicht, dass dann auch alle Menschen die Dinge bekommen, die sie benötigen. Sie bekommen sie nur dann, wenn sie das Geld haben, um sie zu kaufen. Das benötigte Geld wiederum erhält die Masse der Menschen durch den Verkauf der eigenen Arbeitskraft. Aber wenn die Arbeit „geber“ gerade keine Arbeitskräfte benötigen, ...

Wenn wir nach möglichen Formen ökonomischer Logik fragen, so fragen wir zuerst also ganz einfach nach unterschiedlichen Möglichkeiten der Versorgung der Menschen.

Waren- und Gebrauchsgüterproduktion

Seit es Menschen gibt, müssen sie alles, was sie benötigen, zuerst selbst herstellen. Das Benötigte ohne Arbeit der Natur direkt zu entnehmen, ist schon seit vielen hunderttausend Jahren ein Ding der Unmöglichkeit. Doch niemand kann alles. So ergibt sich ein grundsätzliches Problem: Wie werden die Menschen versorgt mit jenen Produkten, die sie zwar benötigen, aber nicht selbst herstellen können?

Schaut man sich die verschiedenen Gesellschaftsordnungen an, welche die Menschheit bisher hervorgebracht hat, so zeigt sich überraschenderweise, dass es bei aller kulturellen und historischen Vielfalt nur zwei verschiedene Möglichkeiten gibt, dieses Problem zu lösen: Tauschen oder Teilen. (Kaufen ist nur eine Sonderform des Tauschens, nämlich Tauschen gegen Geld.)

Tauschen oder Teilen bedeutet: Erhalten nur diejenigen ein bestimmtes Produkt, die ein anderes, gleichwertiges dafür hergeben können – oder diejenigen die es benötigen? Tauschen – d. h. für ein bestimmtes Produkt eine anderes, aber gleichwertiges hergeben – ist also nur möglich, wenn die Werte der Produkte bekannt sind. Tauschen bedeutet folglich, dass die Werte der Produkte bestimmt, d. h. beim Produktionsprozess die Arbeitszeiten gemessen und beim Tauschprozess verrechnet werden. Teilen hingegen bedeutet die Befriedigung von Bedürfnissen ohne Ansehen der erbrachten Leistung.

Die Alternative zwischen Tauschen und Teilen ist also auch eine Alternative der Moral: Sie fordert die Entscheidung zwischen formaler Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

Die Alternative zwischen Tauschen und Teilen ist damit aber auch eine Alternative zwischen zwei verschiedenen, sich gegenseitig ausschließenden Formen der Produktion. Denn Güter, die für den Tausch produziert werden, müssen auf andere Weise hergestellt werden als Güter, die zum Verteilen vorgesehen sind. Den beiden verschiedenen Distributionsformen ‚Tauschen oder Teilen‘ liegen zwei grundsätzlich verschiedene Produktionsweisen zu Grunde. Unsere anfängliche Frage nach Formen der Verteilung verwandelte sich in die Frage nach Formen der Produktion.

Zum einen haben wir die Abfolge: Produktion der Güter → Messen der notwendigen Arbeitszeit bei der Produktion → Bewertung der Produkte gemäß der zu ihrer

Herstellung notwendigen Arbeitszeit à Tauschen nach Wert auf dem Markt. – Dies ist eine Warenproduktion, denn eine Ware ist ja nichts anderes als ein Gebrauchsgegenstand mit einem Wert, – der Wert der Ware aber ist gegeben durch die zu ihrer Herstellung durchschnittlich benötigte gesellschaftliche Arbeitszeit. Bei der Warenproduktion stellt sich erst im letzten Schritt – auf dem Markt – heraus, ob die Produkte auch Abnehmer finden. Wenn etwas produziert wurde, was niemand will, oder wenn nicht genügend Gegenwerte für den Tausch vorhanden sind (z. B. weil die Menschen infolge einer Krise verarmt sind und kein Geld mehr haben), dann werden diese Waren nicht erworben und ihre Produktion war eine Verschwendung. Umgekehrt: Können Güter oder Dienstleistungen nicht profitabel verkauft werden, dann werden sie nicht hergestellt und fehlen, selbst wenn sie dringend benötigt werden.

Alle Gesellschaften, die nicht auf Tauschen und Kaufen beruhen, beruhen auf Teilen und Geben. Doch geben kann man nur, was man hat. Teilen, und das heißt verteilen, kann man nur das, was zuvor produziert wurde. Um benötigte Produkte verteilen zu können, muss zuvor das produziert worden sein, was benötigt wird. Um herauszufinden, was benötigt wird, muss man die Menschen danach fragen; – man muss ihre Bedürfnisse feststellen.

Das Verteilen von Gütern ist also der letzte Schritt eines Prozesses, der sich von der Warenproduktion grundsätzlich unterscheidet. Er ist gekennzeichnet durch die Abfolge: Bestimmung der Bedürfnisse à Demokratische Entscheidung über die Ressourcen à Produktion der benötigten Güter à Verteilen nach Bedarf. – Hier haben wir eine Gebrauchsgüterproduktion. Ihr Prinzip lautet: Bestimmung der Bedürfnisse und Produktion bis zur Befriedigung der Bedürfnisse. Doch die Menschen haben nicht nur als KonsumentInnen Bedürfnisse, sondern auch als ProduzentInnen. Beispielsweise die Bedürfnisse nach sozial und ökologisch sinnvoller Tätigkeit, nach einem angenehmen Arbeitsplatz ohne Hektik und Stress, nach voller Arbeitssicherheit, Doch selbst, wenn dies alles gegeben ist, können sie noch nicht produzieren, bis ihre spezifischen Bedürfnisse befriedigt sind. Welche Bedürfnisse haben Menschen in ihrer spezifischen Funktion als ProduzentInnen? Was benötigen sie, um produzieren zu können?

Sie benötigen:

- Rohstoffe
 - Werkzeuge
 - Energie
 - Information
 - Ersatzteile
 - Räumlichkeiten
 - und anderes
- } und das alles
} in ausreichender Menge,
} zum richtigen Zeitpunkt,
} am richtigen Ort
} und in angemessener Qualität.

Und natürlich benötigen sie Zeit.

Um die Bedürfnisse der KonsumentInnen befriedigen zu können, müssen zuvor die Bedürfnisse der ProduzentInnen befriedigt worden sein. Denn nur dann ist die Produktion der benötigten Güter möglich. Eine Gesellschaft,

deren Ziel nicht möglichst hoher Profit für Wenige ist, sondern die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen, muss folglich auf einer Ökonomie basieren, die ein hohes Maß an Voraussicht, an Planung, aufweist.

Die bedürfnisorientierte Ökonomie ist, im Gegensatz zur profitorientierten, eine geplante Wirtschaft!

Exkurs: Harlem und Kerala

Interessanterweise ist es sogar in unserer heutigen Welt möglich, die unterschiedliche Auswirkung von Waren- und Gebrauchsgüterproduktion auf die Menschen zu untersuchen. In einer Studie für die UNO verglich 1993 der indische Ökonom und spätere Nobelpreisträger Amartya Sen die Situation der Menschen im New Yorker Stadtteil Harlem mit der Situation der Menschen im indischen Bundesstaat Kerala (Spektrum der Wissenschaft, 1993, Heft 11, Seiten 38–45). Beide Regionen weisen das gleiche Bruttoinlandsprodukt und das gleiche Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt auf. Beide Regionen sind bekannt für die gleiche, große Armut. Harlem ist ein Elendsviertel New Yorks, Kerala ist der ärmste Bundesstaat Indiens. Doch in Harlem herrscht alternativlos der US-Kapitalismus mit seiner alles durchdringenden Warenproduktion.

In Kerala ist dies nicht so. Die dortige Provinzregierung war jahrzehntelang eine sich selbst als marxistisch verstehende, der es gelungen ist, dauerhafte Strukturen zu schaffen für eine alternative Ökonomie. Sie verwandte konsequent ihren gesamten, kleinen Etat auf Gebrauchsgüterproduktion und konzentrierte ihre Anstrengungen auf vier Sektoren:

- Förderung des Schul- und Bildungswesens
- Allgemeine Seuchenvorsorge
- Kostenlose medizinische Betreuung
- Subventionierung der Grundnahrungsmittel

Während in Harlem Bildung, Gesundheit und Nahrung nur als Waren, also gegen Bezahlung, zu erhalten sind, stehen diese Güter in Kerala allen Menschen als reine Gebrauchsgüter unentgeltlich (im Falle der Nahrungsmittel zu einem Minimalpreis) zur Verfügung. Die Ergebnisse: Im Unterschied zu Harlem ist in Kerala das Analphabetentum bei Null. In Kerala sind nicht nur alle Männer, sondern gleichermaßen alle Frauen berufstätig. Damit geht einher, dass sie den Männern nahezu gleich gestellt sind und damit für Indien einen weit überdurchschnittlichen gesellschaftlichen Rang einnehmen. Die Geburtenrate ist niedriger als in China, aber ohne jede Zwangsmaßnahme und ohne die Selektionierung der Mädchen. Die Lebenserwartung der Menschen in Kerala ist höher als die der Farbigen in Harlem.

So erreichen das sechzigste Lebensjahr nur 45% der farbigen Männer in Harlem, aber 75% der Männer in Kerala, nur 65% der farbigen Frauen in Harlem, aber 88% der Frauen in Kerala!

Wenn das Zurückdrängen der Warenproduktion im Bildungs-, Gesundheits-, und Ernährungsbereich in einer

der ärmsten Regionen der Welt bereits solche Ergebnisse zeitigt, lässt sich erahnen, wie die vollständige Abwendung von der Warenproduktion die Welt verändern könnte, – es lässt sich aber auch leicht abschätzen, wie verheerend sich das durch den Neoliberalismus forcierte weitere Vordringen der Warenproduktion in Bildungs- und Gesundheitssektor hier auf uns auswirken wird.

Autoritäre Formen der Planwirtschaft

Wenn in einer geplanten Wirtschaft die Bedürfnisse der Menschen in Konsumtion und Produktion festgestellt worden sind, müssen im nächsten Schritt die Ressourcen für die Produktion bereitgestellt werden. Planung bedeutet ja nichts anderes als die Ressourcen direkt, also von vorneherein, zuzuweisen. Insofern ist sie das direkte Gegenteil der Ressourcenzuteilung in einer Warenproduktion, die über den Markt erfolgt, also im Nachhinein.

So gibt es nur diese beiden grundsätzlichen Formen der Ressourcenzuteilung – vorher oder nachher – und daher auch nur die beiden grundsätzlichen Produktionsformen der Gebrauchsgüterproduktion oder der Warenproduktion, welche in die beiden grundsätzlichen Distributionsformen – Teilen oder Tauschen – münden.

Dies bedeutet einerseits, dass eine Gebrauchsgüter produzierende Gesellschaft gleicher und freier Menschen zwangsläufig auf einer geplanten Wirtschaft basiert. Denn eine solche Gesellschaft muss sich ja daran orientieren, welche Bedürfnisse zu befriedigen sind und nicht daran, welche Güter profitabel verkauft werden können.

Es bedeutet aber andererseits, dass der Umkehrschluss nicht gilt: Nicht jede Planwirtschaft muss zwangsläufig zur gleichwertigen Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen führen. In der Tat gab es sogar Klassengesellschaften auf der Basis geplanter Wirtschaft. Im alten Ägypten, in China, im Reich der Inka wurde die Wirtschaft geplant; – sie wurde von der herrschenden Klasse geplant, und zwar so, dass zuerst deren Bedürfnisse befriedigt wurden. Und wenn der Pharao das Bedürfnis nach einer Pyramide hatte, wurde eben eine gebaut. So etwas ist dann möglich, wenn die Produktionsmittel Privateigentum einer kleinen Gruppe von nicht produktiv tätigen Menschen sind. Diese können dann die vorhandenen Ressourcen autoritär so zuweisen, dass vorrangig ihre eigenen Bedürfnisse befriedigt werden. Die Grundvoraussetzung für eine an den Bedürfnissen aller Menschen orientierten geplanten Wirtschaft ist also, dass es kein Privateigentum an Produktionsmitteln geben darf.

Doch selbst dann gibt es noch eine Form der Wirtschaftsplanung, die nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen führt. Diese undemokratische Form der Wirtschaftsplanung, welche nicht mit Privateigentum an Produktionsmitteln verbunden ist, ist gekennzeichnet durch die vollständige Arbeitsteilung zwischen einer kleinen Gruppe von Menschen, die nur planen ohne zu produzieren (Bürokratie) und allen anderen, die nur produzieren, ohne Einfluss auf die Planung zu haben.

In solchen Gesellschaften entfaltet sich ein innerer Widerspruch zwischen Information und Produktion. Da alle Informationen bei der Bürokratie zusammenfließen, besitzt sie alleine das vollständige Wissen um die Funktion der Gesellschaft. Weil dieses Wissen von den produzierenden Massen getrennt ist, benötigt die Bürokratie zur Durchsetzung ihrer Erkenntnisse und Entscheidungen alle Machtmittel. Ihre eigentliche Aufgabe ist zwar, die Produkte der ProduzentInnen an die KonsumentInnen weiter zu verteilen. Doch diese Verteilung erfolgt nicht direkt, sondern auf dem Umweg über die Bürokratie. Und so hat diese die Möglichkeit, das Mehrprodukt für sich abzuzweigen, auch ohne Privateigentum an Produktionsmitteln. In allen Gesellschaften dieser Art (den Übergangsgesellschaften zwischen Urkommunismus und Klassengesellschaft 4.500 v.c. bis 3.000 v.c. und den ebenfalls Übergangsgesellschaften genannten Staaten in Osteuropa und China im 20.ten Jahrhundert) wurde im Laufe der Zeit den ProduzentInnen immer mehr abverlangt, während die KonsumentInnen immer weniger erhielten. Das Mehrprodukt wurde von der Bürokratie verwendet zur eigenen Bereicherung, zur Vergrößerung der Machtmittel und zur Vergeudung in sinnlosen Prestigeprojekten. Doch dies ist nur die eine Seite des Widerspruchs. Um planen zu können, bleibt die Bürokratie immer angewiesen auf die korrekten Informationen über Produktion und Konsumtion aus den Betrieben, Bauernhöfen, etc. einerseits, aus den Verteilungszentren andererseits. Denn die ProduzentInnen produzieren nicht nur die Güter, sondern auch die Information hinsichtlich Art und Menge der von ihnen produzierten Güter. Diese vereinzelte Information nützt ihnen selbst zwar nicht, doch in der Gesamtheit fügen sich diese Informationen genau zu jenem Wissen über die Funktionsweise der Gesellschaft, welches Grundlage der bürokratischen Planung ist. In dem Maße, wie die Menschen spüren, dass sie betrogen werden und die Früchte ihrer Arbeit nur noch der Bürokratie zugute kommen, wehren sie sich auf die einfachste und effektivste Weise: Durch Weitergabe von falschen Informationen! So wird die Planung zwangsläufig immer schlechter. Zuletzt kann die Zentrale auch dann die Versorgung nicht mehr garantieren, wenn sie es wirklich will. Da die Bürokratie inzwischen aber Wissen, Macht und Reichtum angehäuft hat, führte der Zusammenbruch bürokratischer Kommandowirtschaften bisher immer zur Etablierung echter Klassengesellschaften!

Eine derartige Entwicklung zu verhindern ist nur möglich, wenn von Anfang an die Arbeitsteilung zwischen Planung und Produktion aufgehoben ist, d. h. demokratische Strukturen existieren, die eine solche Arbeitsteilung verhindern.

So, wie ProduzentInnen und KonsumentInnen ja dieselben Personen sind, so muss auch die Planung der Ökonomie in eben denselben Händen liegen. Über die Verteilung der Ressourcen darf nicht von einer Minderheit entschieden werden – diese Entscheidung ist die Aufgabe Aller.

Bedürfnisorientierte Ökonomie und die Aufhebung der Gegensätze

Eine Wirtschaft, deren Ziel es ist, die Bedürfnisse Aller zu befriedigen, ist folglich nur möglich bei Durchsetzung der Demokratie auch in der Produktion. Aber die Organisation der Produktion durch die Arbeitenden selbst kostet Zeit. Sie ist nur möglich bei massiver Arbeitszeitverkürzung. Dies bedeutet zuerst die Gleichverteilung der Arbeit auf alle Arbeitsfähigen und gemeinschaftliche Produktion. Denn bei gegebener Arbeitsintensität und Produktivität ist der Arbeitstag umso kürzer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft verteilt ist. Damit wird Arbeitslosigkeit in der Ökonomie der Zukunft genau so absurd sein, wie sie es in den vorkapitalistischen Produktionsweisen war (wenn auch aus anderen Gründen).

Je weniger Zeit für die Produktion von Gütern verwendet wird, umso mehr Zeit ist da zur Organisation der Produktion, zur Gestaltung von Gesellschaft und Kultur und zur Entfaltung des Individuums und seiner Bedürfnisse. Die arbeitsfreie Zeit verteilt sich somit auf die Zeit, die zur Planung der Wirtschaft notwendig ist, und Freizeit. Die Zeit, die zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse aufgewendet werden muss, umfasst also den Zeitaufwand für die Produktion der Güter und die Zeit zur Planung der Produktion.

Damit stehen sich in einer demokratisch geplanten Wirtschaft zwei Gruppen von Bedürfnissen gegensätzlich gegenüber: Die Bedürfnisse nach Gütern und Dienstleistungen und das Bedürfnis nach freier Zeit. Jeder Wunsch nach mehr Gütern fordert mehr Zeit zu ihrer Produktion und Planung, so dass weniger Freizeit verbleibt, wie umgekehrt der Wunsch nach mehr Muße die vorhandene Zeit zur Herstellung von Gütern verringert. Der gleiche Interessenkonflikt existiert in jeder Gesellschaft, aber in ausbeuterischen Strukturen werden arbeitende Menschen gar nicht erst gefragt, ob sie lieber mehr oder weniger arbeiten möchten. Nur in einer Gesellschaft, in der die Demokratie auch in der Wirtschaft verwirklicht ist, besteht überhaupt die Möglichkeit, diese gegensätzlichen Bedürfnisse zur Grundlage der Planung zu machen.

Die Aufhebung dieses Gegensatzes erfolgt über die Entfaltung der Produktivkräfte. Die Entfaltung der Produktivkräfte kann durch Steigerung der Produktivität eine Verringerung der Arbeitszeit bewirken, oder – z. B. durch Verbesserung der globalen Datenverarbeitung – eine Verringerung der Planungszeit. Technischer Fortschritt ermöglicht so die Befriedigung entfalteter materieller Bedürfnisse und Verkürzung der notwendigen Produktions- und Planungszeit. Die Ökonomie besteht dann in Ersparung von Zeit – ermöglicht durch die Entwicklung von Produktivkraft! Ersparte Arbeitszeit ist vermehrte freie Zeit, die nun zur Verfügung steht für die volle Entfaltung des Individuums – und sich damit wiederum auswirkt auf die Produktivität der Arbeit. Denn der freie Mensch, der nicht länger reduziert ist auf seine bloße Arbeitskraft, sondern alle seine Fähigkeiten unge-

hindert entfalten kann, ist die größte Produktivkraft der Arbeit überhaupt.

Der Reichtum der Gesellschaft bemisst sich dann danach, wie viel freie Zeit sie nach der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse ihren Mitgliedern zur Verfügung stellen kann.

Doch die bedürfnisorientierte Ökonomie hat das Potential, noch weitere Gegensätze aufzuheben.

So den Gegensatz zwischen Produktion und Reproduktion. Heute ist Güterproduktion gleich Warenproduktion. Die Gebrauchsgegenstände werden verkauft, sie haben einen Wert. Die Reproduktion ist aber keine Warenproduktion. Weder verkauft die Mutter ihrem Baby einen Schnuller, noch bezahlt irgendjemand die Arbeitskraft, welche Eltern aufwenden müssen, bis aus einem Säugling ein selbständiger Mensch geworden ist. Und wenn die Kinder erwachsen sind, werden sie in die Gesellschaft entlassen und nicht an sie verkauft.

Wenn nun die Warenproduktion durch eine Gebrauchsgüterproduktion ersetzt wird und die Güter mit ihrem Warencharakter auch ihren Tauschwert verlieren, erlischt diese Spaltung zwischen Produktions- und Reproduktionssektor. Die Gesellschaft hat dann die echte Chance, den Gegensatz zwischen Produktion und Reproduktion aufzuheben. Die vollständige gesellschaftliche Gleichheit von Frauen und Männern resultierte dann bereits aus der ökonomischen Basis und nicht erst aus politischen Maßnahmen. Denn eine Gebrauchsgüter produzierende Gesellschaft ist eine völlig andere Gesellschaft als eine Waren produzierende: Der Zweck der Arbeit ist dann nicht mehr die Wertschöpfung, sondern Erhaltung und Entfaltung des Einzelnen und der Gesellschaft. Und diesem Zwecke dienen Produktion und Reproduktion gleichermaßen.

Und ist es nicht seltsam, dass junge Menschen heute bis zu einem bestimmten Alter ausschließlich lernen müssen, ohne schon produktiv tätig sein zu können – nur, um von einem Tag auf den anderen in der entgegengesetzten Position zu sein: Nun arbeiten zu müssen, ohne weiter lernen zu können? So erschuf die Warenproduktion den Gegensatz zwischen Lernen und Arbeiten, – also Wissen erwerben und Wissen anwenden.

Doch der Unsinn von Prüfungen und Auslese in der Schule würde in einer anderen Gesellschaft, die ernsthaft an den Bedürfnissen der Menschen interessiert ist, der gezielten Aus- und Herausbildung der Fähigkeiten jedes einzelnen Individuums in einem völlig anderen Bildungssystem weichen. Und natürlich gehört hierzu auch, das Erlernte frühzeitig produktiv umzusetzen und so langsam in die Ausübung sinnvoller Tätigkeiten hineinzuwachsen. Umgekehrt erlischt die Neugier des Menschen doch nicht mit dem Beginn der Berufstätigkeit, vielmehr verlangt das Bedürfnis nach weiterem Wissen lebenslange Befriedigung.

Das Bedürfnis der Menschheit nach Erhaltung des Lebens und seiner Vielfalt und nach einer intakten Erde auch für kommende Generationen muss heute zurückstehen gegenüber dem Bedürfnis der Kapitalisten nach mehr Profit. So spitzt sich der Gegensatz zwischen Ökologie

und Ökonomie in selbstzerstörerischem Maße immer weiter zu. Die Konkurrenz verschiedener Kapitalien auf dem Markt führt zu einem irrationalen und katastrophalen Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen, zu welchen auch saubere – also noch verschmutzbare – Umwelt gehört. Je mehr nicht erneuerbare Ressourcen verknappen, je deutlicher ihre baldige Erschöpfung sichtbar wird, umso brutaler wird ihre Ausbeutung. Denn jeder Konzern, der eine sich verknappende Ressource schont, überlässt sie damit doch nur seinen Konkurrenten. So werden die letzten Fischeschwärme der Weltmeere gnadenlos verfolgt, die Wälder der Erde in Papier für Reklamesendungen umgeformt, die letzten Paradiese in Freizeitparks für Touristen verwandelt und Kriege geführt um Öl – und bald auch um Wasser.

Auf Konkurrenz basierende Produktionsweisen wie die kapitalistische können Ressourcen also nicht schonen, weil die geschonten Ressourcen nur der Konkurrenz zur Verfügung stehen würden. Autoritäre Ressourcenverwaltung durch kleine Minderheiten schont Ressourcen auch nicht, da ihre Ausbeutung direkt zu mehr Macht und Reichtum für die Oberschicht führt.

Deshalb ist eine demokratische Planung der Wirtschaft, in der die verschiedenen Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt werden, die einzige Form der Ökonomie, die überhaupt dazu in der Lage ist, rational mit sich verknappenden Ressourcen umzugehen. Erst diese Ökonomie wird endlich die einfache Tatsache verstehen können, dass nicht erneuerbare Ressourcen verschwunden sind, nachdem sie verbraucht wurden. So wird sie einerseits ihren Schwerpunkt setzen auf die Entwicklung und Entfaltung erneuerbarer Ressourcen, andererseits auf den sparsamsten und verantwortlichsten Umgang mit den nicht erneuerbaren, insbesondere ihrer Erhaltung für zukünftige Generationen.

Eine demokratisch geplante Ökonomie ist also eine Ökonomie, die dafür Sorge tragen muss, dass alle Menschen jene materiellen Güter und Dienstleistungen erhalten, die sie für ein menschliches Leben benötigen, – die aber gerade dadurch, dass sie sich nicht nur auf die materiellen Bedürfnisse beschränkt, jene Gegensätze aufhebt, die der Kapitalismus nicht aufheben kann, sondern im Gegenteil in katastrophale Widersprüche vorantreibt.

Die Vielfalt der Bedürfnisse

Damit stellt sich die Frage nach der Natur der menschlichen Bedürfnisse und den Möglichkeiten ihrer Befriedigung.

Millionen Menschen leben heute ohne Zugang zu sauberem Wasser, ohne Wohnung, ohne medizinische Versorgung, ohne Hygiene und ohne Bildung. Millionen Menschen leben auf Müllhalden, die sie nach verwertbaren Resten durchsuchen. Millionen Menschen verhungern jedes Jahr auf diesem Planeten oder sterben an leicht zu behandelnden Krankheiten. Weil sie kein Geld haben, das Benötigte zu kaufen, – weil es keine Käufer gibt für ihre Arbeitskraft.

Die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen nach Nahrung und Wasser, nach Kleidung, Wohnung, Energie, Hygiene und Bildung sowie nach Versorgung und Schutz in Kindheit, Krankheit und Alter ist die allererste Aufgabe einer geplanten Ökonomie. Sie verbindet sich mit der Befriedigung eines anderen Bedürfnisses: dem Bedürfnis nach sinnvoller Tätigkeit.

Die Produktion von Waffen, der Kahlschlag von Regenwäldern, das Durchziehen von Werbekampagnen, der Bau von Luxuslimousinen und Mautsystemen, der Handel mit Wertpapieren und das Bohren nach Öl in Naturschutzgebieten und viele andere, „normale“ Tätigkeiten unserer Tage sind sinnlos, schädlich, destruktiv. Oft genug deformieren sie die Psyche derer, die dafür ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Allen Menschen der Erde zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen ist eine sinnvolle Tätigkeit. Sie wird nur möglich sein durch die gemeinsamen Anstrengungen jener, die aus dem Elend heraus müssen und derer, die in den hoch entwickelten Regionen der Erde leben. Der Wiederaufbau der sozial, ökonomisch und ökologisch verwüsteten Gebiete der Welt wird das erste große Projekt der neuen Ökonomie.

In dem Maße, wie durch die Gleichverteilung der Arbeit die Arbeitslosigkeit zu einem Märchen aus uralten Zeiten wird, – in dem Maße, wie sich durch die Entfaltung der bisher unterentwickelten Gebiete der Lebensstandard in den verschiedenen Regionen angleicht, – in dem Maße, wie die Güterproduktion anwächst und Freiraum schafft für die Entfaltung der Kreativität, – in eben diesem Maße wird die Befriedigung erweiterter Bedürfnisse bis hin zu Luxusbedürfnissen möglich. Dabei handelt es sich letztlich immer um die gleichen Bedürfnisse wie die Grundbedürfnisse, jedoch auf immer höherem Niveau. Ein Teil der so genannten Luxusbedürfnisse wird verschwinden, sofern sie ökologisch schädlich sind. Das Bedürfnis der Reichen nach Zurschaustellung von Reichtum kann in einer Gesellschaft ohne Reiche und ohne Arme gar nicht entstehen.

Das Bedürfnis nach Überfluss jedoch ist ein zutiefst berechtigtes, elementares, menschliches Bedürfnis. So ist Überfluss aus ganz direkten materiellen Ursachen notwendig als Reservefond zum Ausgleich von Schwankungen oder bei Katastrophen, welche die Natur nach wie vor für uns bereithält. Vor allem jedoch ist die Produktion von Überfluss notwendig, weil nur das sichtbare Vorhandensein von Überfluss die Sicherheit der eigenen Existenz augenscheinlich macht. Nur so kann das auf privaten Vorteil gerichtete Denken verschwinden, – und nur in materiellem Überfluss hat die Diskussion um den Ausgleich von Güterproduktion und freier Zeit einen Sinn.

Was ist Überfluss?

Doch ist Überfluss überhaupt möglich?

Die bürgerliche Volkswirtschaft bestreitet dies mit dem Argument, Ressourcen seien grundsätzlich begrenzt und Ökonomie sei Verwaltung begrenzter Ressourcen und

damit Verwaltung von Mangel. Dazu ist zu vermerken, dass dieses Argument, bezogen auf die kapitalistische Produktionsweise, eine geradezu ungeheure Heuchelei darstellt. Denn gerade der Kapitalismus setzt für seine Kalkulationen sowohl prinzipiell unbegrenzte Ressourcen als auch unbegrenzte Märkte voraus. Alle kapitalistische Planung und Produktion geht von ungehindert fließenden Rohstoffen aus und unbegrenzten Konsumentenzahlen. Erst wenn die Produkte auf dem Markt getestet werden, entscheidet sich die Zuteilung der Ressourcen, wie bereits ausgeführt wurde. Und wenn sich herausstellt, dass Ressourcen, die unbegrenzt zur Verfügung stehen müssten, doch begrenzt sind und verknappt, beginnt der Run auf die letzten Reserven. Kriege werden geführt und jener irrationale Umgang mit den letzten Vorräten setzt ein, der jeder „Verwaltung“ Hohn spricht. Auch dies wurde bereits erwähnt. Das bürgerliche Argument, Ökonomie sei Verwaltung von Mangel, trifft gerade für den Kapitalismus bestimmt nicht zu.

Doch wie sieht dies in einer geplanten Wirtschaft aus, wo tatsächlich begrenzte Ressourcen rational verwaltet werden? Ist in einer solchen Ökonomie der Gedanke an Überfluss nur eine Illusion?

Der Grundfehler dieser Argumentation ist, das Vorhandensein von Ressourcen und das Eigentum an ihnen für Reichtum zu halten. Obwohl dieses Argument historisch tausendfach empirisch widerlegt wurde, stirbt es offensichtlich nicht aus. Die glanzvollsten Kulturen der Bronzezeit waren gerade jene, die keine der zur Bronzeherstellung benötigten Rohstoffe (Kupfer, Zinn, Brennstoff) zur Verfügung hatten. Nie war die Ökonomie Spaniens zerrütteter, das Elend im Lande größer als in jener Zeit, in der Gold und Silber aus Südamerika dorthin flossen. Und heute sind die rohstoffreichsten Regionen der Welt die allerärmsten. Denn die Quelle des Reichtums ist nicht der Besitz von Ressourcen, sondern die menschliche Arbeit. Ein Teil der produzierten Güter muss von jenen konsumiert werden, die sie erzeugten, denn sie sind notwendig zur Erhaltung der Arbeitskraft. Doch diese Güter stellen nur einen Bruchteil dar von dem, was insgesamt produziert wird. Denn der Mensch ist dazu in der Lage, sehr viel mehr zu produzieren, als er benötigt. Dieses Mehrprodukt eignet sich in Klassengesellschaften die herrschende Klasse an. Und wir können in Zeitungen nachlesen, welch ungeheueren Reichtümer sich so in den Händen einiger Menschen ansammeln.

Überfluss bedeutet also nicht nur, dass mehr Produkte vorhanden sind als benötigt werden, sondern dass das gesamte Produkt denen zur Verfügung steht, die es erarbeiteten – und nicht nur jener Bruchteil, den sie tatsächlich benötigen.

Letztendlich ist die Frage nach der Höhe des Überflusses also wiederum die Frage nach der Verteilung von Arbeitszeit und freier Zeit. Denn in einer freien Gesellschaft muss die Produktion nur noch soweit steigen, dass sie mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält. Doch alle demoskopischen Studien wie auch das Beispiel von Kerala aus unserem Exkurs zeigen, dass das Bevölkerungswachstum stoppt, wenn die Grundbedürfnisse der

Menschen befriedigt sind. Wirtschaftswachstum hat dann keinen Sinn mehr. Von einem gewissen Überfluss an bewirkt jede weitere Entfaltung der Produktivkräfte, jede weitere Steigerung der Produktivität, jede weitere Verbesserung der Produktion eine weitere Verkürzung des Arbeitstages.

Doch irgendwann ist eine Grenze erreicht, an der eine weitere Verkürzung kontraproduktiv ist, denn es ist auch Zeit nötig, um den Arbeitstag beginnen zu können, sich zu erinnern an das zuletzt getane, sich zu konzentrieren auf das, was zu tun ist. Der logische Ausweg ist, ab einer vernünftigen Grenze nicht mehr die Wochen- oder Jahresarbeitszeit abzusenken, sondern die Lebensarbeitszeit.

Für unsere heutige Situation gibt es spekulative Abschätzungen, dass lediglich durch Einsparung unproduktiver Tätigkeiten und Gleichverteilung der Arbeit auf Alle die Arbeitszeit von fünf Stunden pro Woche ausreichen würde, den erreichten Lebensstandard zu erhalten (<http://5-stunden-woche.de/Band1.pdf>). Diese Modellrechnung fortgeführt, ergäbe: Statt bei einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren jede Woche 5 Stunden zu arbeiten, könnte die gleiche Arbeitsmenge auch in etwa 10 Jahren Lebensarbeitszeit geleistet werden – in einer 30 Stunden Woche (6 Stunden Arbeit an 5 Tagen und mehr als 6 Wochen Urlaub im Jahr), ungefähr ein Jahr Arbeitsaufwand für die Planung eingerechnet. Das Renteneintrittsalter würde dann irgendwann zwischen dem 25sten und 35sten Lebensjahr erreicht! Nach wenigen Jahren Arbeit in der Grundproduktion stünde jedem Menschen jeder Weg offen, nach seinen Fähigkeiten und Wünschen – frei und unbeschwert von ökonomischen Zwängen – den eigenen Interessen nachzugehen.

Doch wie auch immer die konkrete Verteilung der notwendigen Arbeitszeit auf Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit letztendlich erfolgen wird: Die radikale Arbeitszeitverkürzung ist der Weg zur Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. All das, was heute vereinzelt oder bestenfalls in kleinen Gruppen Gleichgesinnter als „Hobby“ betrieben wird, kann sich entfalten und perfektionieren und wird so unausweichlich neue Produktivkräfte hervorbringen.

Die radikale Arbeitszeitverkürzung schafft nun auch die Voraussetzung zur Befriedigung der Bedürfnisse nach aktivem Konsum: Statt Musik zu hören – Musik machen; statt einen Film anschauen – einen Film drehen; statt Wissenschaftsmagazine lesen – selber forschen; statt von interplanetarer Raumfahrt zu träumen –

Die Produktion der materiellen Güter

Voraussetzung von alledem jedoch ist die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse durch die Produktion der benötigten Güter.

Um zu erfahren, welche Güter – und welche Mengen davon – benötigt werden, ist die Befragung der KonsumentInnen notwendig. (Auch das Kapital nutzt das Instrument der Marktanalyse zur Risikoverminderung, doch

geht es hierbei nicht um das, was benötigt wird, sondern um das, was verkauft werden kann.) Meinungsumfragen, direkte Befragungen oder regelmäßige Vollversammlungen in Betrieben, Stadtteilen etc. liefern das Datenmaterial für den ungefähren Rahmen zur Erfassung der Bedürfnisse. Das wichtigste Datenmaterial sind verständlicherweise die direkten Bestellungen der Menschen – von PC oder Telefon aus oder in den Distributionszentren, welche die Produkte zur Verteilung bereitstellen. Dabei wäre jede Order, die zur Entnahme eines Gutes aus dem Lager führt, gleich einer Neubestellung zu setzen. Daraus ergibt sich die Art und Menge der benötigten Güter, der eine gewisse Reserve zugeschlagen werden muss, um Engpässe mit Sicherheit ausschließen zu können. Aus der Summe der benötigten Güter folgen direkt die Menge und Art der zu ihrer Herstellung notwendigen Ressourcen, also Rohstoffe, Energie, Platzbedarf, Arbeitszeit, Umweltbelastung, usw. Aus den Anforderungen an die benötigten Maschinen folgt der Bedarf an Ressourcen zur Erhaltung des Maschinenparks und für Neuinvestitionen zur Steigerung der Produktivität. Die Summe dieser drei Listen ergibt den Gesamtbedarf an Ressourcen, die notwendig sind, um die geäußerten Wünsche zu erfüllen.

Dem gegenüber stehen die tatsächlich verfügbaren Ressourcen, also die zumutbare Umweltbelastung, die lieferbare Energie, die produzierten oder überhaupt verfügbaren Rohstoffe, die in den Betrieben beschlossenen Arbeitszeiten etc...

Aus der Kombination dieser Daten ergeben sich unterschiedliche Anforderungen, die sich in der Erstellung unterschiedlicher Pläne niederschlagen. Verschiedene Pläne haben verschiedene Schwerpunkte und Konsequenzen. Regelmäßig, vielleicht jährlich, tagende Kongresse von Delegierten aus den Produktions- und Konsumtionsgenossenschaften müssen den groben Rahmen abstecken, wie das „Bruttoinlandsprodukt“ aufgeteilt werden soll. Diesen Rahmen können die verschiedenen Pläne nicht überschreiten. Wichtig ist, dass die verschiedenen Pläne konkret die unterschiedlichen Schwerpunkte (z. B. öffentlicher Verkehr contra Individualverkehr) und auch die unterschiedlichen Konsequenzen (z. B. hinsichtlich Arbeits- oder Umweltbelastung) benennen und dass sie in dieser Form veröffentlicht werden. Nach einer Frist, die notwendig ist um Korrekturvorschläge einzuarbeiten, stehen die verschiedenen Pläne dann zur Abstimmung. In einer solchen Gesellschaft stehen vielleicht irgendwann einmal keine Parteien mehr zur Wahl, wohl aber Wirtschaftspläne, die durchaus auch von verschiedenartig engagierten gesellschaftlichen Gruppierungen stammen können. Aus dem Abstimmungsergebnis folgt dann gegebenenfalls die Notwendigkeit, verschiedene Pläne zu kombinieren und den endgültigen Plan zu erstellen. Dieser wird umgesetzt und veröffentlicht.

Auf diese Weise besitzen alle Menschen zu jedem Zeitpunkt die volle Information über die Ökonomie und die Funktionsweise der Gesellschaft einschließlich der Möglichkeit, sich über Kontrollorgane Gehör zu verschaffen. Dieses Wissen wiederum ist notwendig für die Selbstverwaltung der Kommunen, Regionen, Betriebe, ... Ent-

scheidungen müssen dabei auf unterschiedlichen Ebenen getroffen werden; auf lokaler, regionaler, überregionaler, kontinentaler, globaler Ebene einerseits, auf Branchen- oder Betriebsebene andererseits. Das Prinzip maximaler Demokratie fordert, dass jede Entscheidung auf der niedrigstmöglichen Ebene getroffen werden muss. Was lokal entschieden werden kann, darf nicht regional entschieden werden, – was ein Betrieb selbst festlegen kann, darf nicht die Branche bestimmen. Global zu entscheiden sind nur: – Fragen der Zuteilung wirklich knapper und nicht erneuerbarer Rohstoffe, – Maßnahmen, welche die Ökologie der ganzen Erde betreffen, – Maßnahmen zur Bekämpfung globaler Seuchen, – Fragen der Umverteilung von Ressourcen zugunsten unterentwickelter Gebiete, bis der Lebensstandard in allen Regionen vergleichbar geworden ist.

Entsprechend dem Prinzip, Entscheidungen immer auf der niedrigstmöglichen Ebene zu fällen, ist jeder Betrieb frei bei der Umsetzung der Produktionsvorgaben, wie sie sich aus den Plänen ergeben. Die Organisierung der konkreten Arbeit vor Ort kann nur durch die Menschen erfolgen, die konkret vor Ort arbeiten.

In dieser Produktionsweise erarbeiten alle Menschen gleichermaßen in ihrer Funktion als ProduzentInnen jene Güter, die sie in ihrer Funktion als KonsumentInnen benötigen. Sie produzieren also keine Waren, die noch zu tauschen wären, sondern „bezahlen“ mit ihrer Arbeit ihren Anteil am Gesamtprodukt. Während der Arbeit in der Grundproduktion üben die Menschen zwar noch unterschiedliche Tätigkeiten aus. Doch erfolgt keine Teilung der Arbeit in dem Sinne, dass sie in den Austausch von Tauschwerten mündet, sondern die Arbeit ist so organisiert, dass sie den Anteil des Einzelnen am gemeinschaftlichen Konsum zur Folge hat. Dies hat den großen ökonomischen Vorteil, dass die Austauschkosten wegfallen. Denn der gesamte Handel und Zwischenhandel mit seinen eigenen Kosten und Profiten wird ersetzt durch ein reines Verteilungssystem, in welchem nur noch die Ressourcen für den Transport zum Endverbraucher benötigt werden.

Und was geschieht mit jenen, die nicht arbeiten wollen? Das Phantom der Arbeitsverweigerung geistert durch jede Diskussion über dieses Thema. Doch ist vorab schon zweierlei festzuhalten: Arbeitslosigkeit ist auch unter kapitalistischen Bedingungen nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein psychologisches Problem, – eine Belastung des Selbstwertgefühls. Und die Meisten aus der kleinen Zahl derer, die im Kapitalismus die Arbeit verweigern, entziehen sich nicht jeder Tätigkeit an sich, sondern verweigern sich den spezifischen Bedingungen, unter denen Arbeit im Kapitalismus stattfindet. In ursprünglichen Gesellschaften, in denen der Sinn der Arbeit unmittelbar einleuchtet, ist die Zahl derer, die sich verweigern, entweder Null oder sehr klein – so klein, dass sogar „Naturvölker“ dies tolerieren können.

In einer freien Gesellschaft ist Arbeit nicht mehr mit Gelderwerb verbunden. Arbeit in der Grundproduktion ist erkennbar notwendig, um die benötigten Güter zu erzeugen und wird damit zu einer Quelle gegenseitiger

gesellschaftlicher Anerkennung. Tätigkeiten in der freien Zeit sind eine Möglichkeit der Selbstverwirklichung und können gesellschaftlich genauso nützlich sein wie die Arbeit in der Grundproduktion. Wer würde sich diese Möglichkeiten, durch sinnvolle Arbeit nützlich zu sein, sich zu verwirklichen und dabei gesellschaftliche Anerkennung zu erwerben, tatsächlich entgehen lassen? Nur sehr wenige! Quälende Langeweile wäre ihre Strafe. Sanktionen jedenfalls, etwa in Gestalt von Rationierungen, verbieten sich von selbst: Sie würden mehr kosten als nützen, wären einer freien Gesellschaft unwürdig und wahrscheinlich auch gar nicht mehr denkbar von Menschen, die das Verrechnen von Tauschwerten (Arbeitskraft gegen Waren) längst verlernt haben. ‚Naturvölker‘, die sehr viel mehr auf jede Arbeitskraft angewiesen sind als unsere zukünftige Gesellschaft, verhalten sich zu ‚Arbeitsverweigerern‘ genauso liebevoll und respektvoll wie zu allen anderen Mitgliedern ihrer Gemeinschaft. Dies zeigt, dass jeder Mensch in der Gesellschaft eine Funktion hat. Kann man doch von einem Menschen nicht mehr erwarten, als dass er sein bestes gibt. Und wer in einer Gesellschaft gleicher und freier Menschen, in der alle Fähigkeiten gefördert werden, nicht konstruktiv und kreativ tätig wird, leidet sicher unter dieser Unfähigkeit bereits genug.

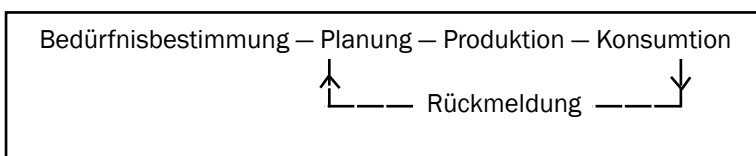
Freiheit

Bedürfnisorientierte Ökonomie ist also in allen Stadien von Planung, Produktion und Konsumtion davon abhängig, dass vollständige Demokratie verwirklicht ist, – ist charakterisierbar als Durchsetzung der direkten Demokratie in der Wirtschaft, als ein System organisierter Selbstverwaltung.

Die Menschen bestimmen ihre Bedürfnisse selbst, – keine Autorität kann verordnen, was nötig ist, um versorgt zu sein. Der Ausgleich zwischen den verschiedenen Bedürfnissen erfolgt demokratisch, weil die Bedürfnisse frei angegeben werden, die Pläne offen gelegt sind, Korrekturvorschläge zur Abstimmung vorgelegt werden können und zuletzt die Wahl zwischen mehreren verschiedenen Plänen erfolgt. Der Ausgleich erfolgt demokratisch, weil es entsprechende demokratische Strukturen gibt und auch die notwendige freie Zeit für direkte Demokratie.

Folglich haben auch alle Menschen das Wissen um die Funktionsweise ihrer Ökonomie und ihrer Gesellschaft, auch wenn die Probleme nicht alle auf lokaler, sondern auch auf regionaler, überregionaler, kontinentaler und globaler Basis zu lösen sind.

Doch Demokratie in der Abfolge Bedürfnisbestimmung → Planung → Produktion → Konsumtion genügt nicht! Notwendig ist die Rückmeldung von Konsumtion zu Planung, um den Regelkreis zu schließen:



Denn wenn der Plan schlecht war, Bedürfnisse nicht befriedigt wurden, unvorhergesehene Probleme auftrafen oder Fehler gemacht wurden, muss jeder Mensch die Freiheit haben, dies rückzumelden. Dies schließt die volle Freiheit der Medien ein. Eine geplante Wirtschaft lebt von ständiger Kritik, die ja nichts anderes ist als die Summe der Verbesserungsvorschläge der ProduzentInnen und KonsumentInnen und die zur Ausmerzung der Fehler führt. Nur so kann sich die Ökonomie optimal an den Bedürfnissen orientieren.

Drei Situationen verlangen besondere Aufmerksamkeit:

- Die Anfangsphase, in der sich die Regelkreise erst noch einspielen müssen und in der ungenügende und fehlerhafte Pläne unvermeidlich sein werden.
- Die weitere Entfaltung bekannter Produktivkräfte zur Steigerung der Produktivität, vor allem aber die Entdeckung und Nutzbarmachung neuer Produktivkräfte. Hier müssen die tatsächlichen mit den vorhergesagten Auswirkungen genau verglichen werden. In solchen Phasen können Produktion und Bedarf voneinander abweichen, bis durch permanente Rückmeldung die Regelkreise der Wirtschaft erneut ausgeglichen sind.
- In gleicher Weise verschieben sich die Regelkreise, wenn völlig neue Produktionszweige zur Befriedigung neuartiger Bedürfnisse aufgebaut werden. Auch dann ist stete Rückmeldung unerlässlich, um die Ökonomie wieder auszubalancieren.

Freiheit ist also nicht nur ein ethisches Gebot, – die uneingeschränkte Freiheit aller Menschen ist schlichtweg die Grundvoraussetzung dafür, dass geplante Wirtschaft überhaupt funktioniert. Damit ist Freiheit eine Produktivkraft der bedürfnisorientierten Ökonomie.

Frei zu sein ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Doch anders als das Bedürfnis nach Brot kann es nicht befriedigt werden durch die Zuteilung der benötigten Menge. Frei sind wir nur, wenn die Freiheit uns umgibt wie die Luft, die wir atmen.

Zusammenwirken – ohne Stress und Ellenbogen

Anmerkungen zur betrieblichen Organisation

Daniel Berger

1. Im Kapitalismus gibt es einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen der einzelbetrieblichen Rationalität und der gesamtwirtschaftlichen (gesamtgesellschaftlichen) Irrationalität. Die betriebswirtschaftliche Planung auf der Ebene des Konzerns gestaltet sich vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Anarchie. Das führt dazu, dass zwangsläufig gesellschaftliche Ressourcen vergeudet werden und Bedürfnisse unzureichend oder gar nicht befriedigt werden (s. dazu auch den Beitrag von Bernhand Brosius in diesem Heft).

Doch damit nicht genug: Dieser grundlegende Widerspruch wiederholt sich sogar im Betrieb (besser: findet dort seine Entsprechung), und zwar in der Situation, in der sich die „MitarbeiterInnen“ befinden. Sie sollen nämlich – ob im Team oder in anderer Form – zusammenarbeiten und vor allem: Sie sollen das Gold in ihren Köpfen dem Betrieb zur Verfügung stellen. Dies wäre – konsequent umgesetzt – voll und ganz im Sinne der Kapitaleigner, denn es würde die Produktivität optimal erhöhen.

Die KollegInnen (für die Unternehmensleitung sind es die „MitarbeiterInnen“) halten sich aber aus mehreren Gründen zurück:

a. Wer sein Wissen und seine Kreativität voll zum Einsatz bringt, erhöht die Profite der Kapitaleigner, der Vorstände etc. Aber genau denen wird es oft nicht gegönnt, denn sie gehen das ganze Jahr über schäbig mit den „lieben MitarbeiterInnen“ um.

b. Wer sein Wissen im Team weitergibt kann damit nicht an höherer Stelle glänzen. Wissen wird also zurückgehalten, nicht optimal eingesetzt usw.

c. Wer sein Wissen so weitergibt, dass damit Arbeit eingespart werden kann, riskiert damit im Extremfall seinen eigenen Arbeitsplatz, in jedem Fall aber wird damit zur Einsparung von Arbeitskräften beigetragen.

Was sich auf der Ebene der fehlenden Zusammenarbeit unter den einzelnen KollegInnen abspielt, gibt es noch mal auf der Ebene der Abteilungen (am schärfsten ausgeprägt bei der Organisationsform der Profit-Centers), wenn nämlich eine Abteilung „gute Ergebnisse“ bringt und den anderen nicht verraten will, welche organisatorischen, „personalwirtschaftlichen“ oder technischen Tricks dazu beigetragen haben.

So erleben wir im Betrieb, dass das, was das einzelne Kapital auf gesellschaftlicher Ebene gegenüber seinen Konkurrenten vorlebt (Ellenbogen), innerhalb des Betriebs sich reproduziert.

Die Folgen sind eindeutig: Das Konkurrieren zwischen den Abteilungen und zwischen den KollegInnen tötet Kreativität ab, verhindert Kooperation, fördert das Gegeneinander, im Extremfall sogar das Mobbing usw.

Gesamtgesellschaftlich ist vor allem die Tatsache so verheerend, dass alle möglichen technischen Erfindungen, Tricks usw., die unzähligen Erkenntnisse, die in all den konkurrierenden Betrieben (in unterschiedlicher Form) parallel nebeneinanderher gemacht werden, nie den Betrieb verlassen und in den anderen – den im Kapitalismus zwangsläufig konkurrierenden Betrieben – genutzt werden können. So bleiben ungeheuer viel menschliche Energie, Erfindungsgeist, Handhabungstricks usw. ungenutzt; ja mensch könnte sagen: tausendfach und abertausendfach müssen tagtäglich zwar nicht unbedingt „das Rad“, aber doch viele kleine (oder auch große) nützliche Räder neu erfunden werden.

Wir wollen ein Zusammenarbeiten, ein Fördern der Kreativität, ohne dass mensch damit indirekt oder direkt Nachteile für sich befürchten muss. Ein Zusammenwirken wird nicht nur gesamtgesellschaftlich Arbeit einsparen, sondern auch für den einzelnen ganz unmittelbar anregend sein.

2. Zur Frage der Entlohnung: Nach der Aufhebung des Kapitalverhältnisses wird es kein Lohnsystem mehr geben. In engen Grenzen wird es Zusatzleistungen geben (am besten bemessen in vermehrter Freizeit) für Arbeiten, die gemacht werden müssen und die niemand machen will (oder die Menschen nur sehr ungern machen wollen, etwa Kanalarbeiten usw.). Vor allem repetitive und monotone Arbeiten und besonders schwere, unangenehme Arbeiten müssen besonders honoriert werden, bzw. mit erhöhter Freizeit ausgeglichen werden.

Damit wird das bisherige Entlohnungssystem in mehrfacher Weise umgedreht:

Erstens wird es keine Lohnarbeit mehr geben, weil eine menschenwürdige Existenz aller gesichert ist. Der Zwang, seine/ihre Arbeitskraft zu verkaufen, wird entfallen und damit all die demütigenden Verhältnisse, unter denen Menschen heute ihre Existenz fristen. Materielle Grundlage für solche Möglichkeiten ist der zu erwartende gewaltige Produktivitätsschub, der sich allein schon aus dem Wegfall der Parallelarbeiten (s. oben) und der Nutzung der ungeheuren Vorteile einer geplanten Wirtschaft ergibt. Von der frei werdenden Kreativität der Menschen noch ganz zu schweigen.

Zweitens wird es zwar weiterhin wohl „Arbeit“ geben, aber der Unterschied zwischen Arbeit und Spiel wird geringer werden, weil nicht mehr die unmittelbare einzelbetriebliche Verwertung einer bestimmten Arbeit oder Tätigkeit die Akzeptanz bestimmt.

Drittens wird es keine nennenswerten Unterschiede mehr in dem geben, was mensch für eine bestimmte Arbeit bekommt, auch nicht für Arbeiten, die sonst keiner machen will.

Viertens werden nicht wie im Kapitalismus gerade die interessanten Tätigkeiten am besten honoriert (nicht „entlohnt“), sondern gerade diejenigen Arbeiten, die am ehesten abstumpfen usw., bei denen die Kreativität am wenigsten gefördert wird. Sie sollten nach unsrem Verständnis am umfangreichsten ausgeglichen werden.

3. Eng damit verbunden ist die Frage der Rotation der Arbeiten. Dies ist im Kapitalismus grundsätzlich verpönt: Erstens weil dies die einzelbetriebliche Effizienz mindern würde und zweitens weil ein Mensch, der heute „niedere Arbeiten“ annimmt befürchten muss (ja es ist die kapitalistische Regel), dass er/sie darauf festgenagelt wird, dabei hängen bleiben wird.

Dabei ist gerade eine Rotation nicht nur für den einzelnen Menschen erkenntnisreich, interessant, bildend usw. Es wäre auch für die Gesamtgesellschaft gut, die mitwandernde Erfahrung in andere Bereiche fließen zu lassen. Selbstverständlich sind der Rotation gewisse Grenzen gesetzt. Nicht jeder kann als Chirurg tätig sein,

oder einen Text aus dem Arabischen übersetzen oder einen Schaltkreis für einen Chip erstellen. Aber umgekehrt kann ein Chirurg auch mal den Hof kehren (statt wie heute so oft zu erleben eine 32-Stunden-Schicht zu absolvieren) oder ein Übersetzer kann auch mal in der Bäckerei mitarbeiten usw....

Ist es nicht für alle von uns viel bereichernder, wenn wir andere Tätigkeiten kennen lernen und von den dort gesammelten Erfahrungen was abbekommen? Können damit nicht auch Kenntnisse auf viel breiterer Grundlage erworben werden, die die gemeinschaftlich zu treffenden Entscheidungen im Betrieb oder in der Branche oder auf gesamtwirtschaftlicher Ebene betreffen?

4. Wer gibt die Direktiven? Heute ist alles vollkommen hierarchisch organisiert. Etwas anderes wäre im vollkommenen Widerspruch zum kapitalistischen System. Ein gemeinsames Beraten der Arbeitsschritte, eine Verständigung darüber, wie die Arbeit zu leisten ist, wann dies geschehen sollte usw. ist – so denken wir – tatsächlich im Team zu klären. Hier müssen gewisse Prinzipien aus dem Bereich politischer Willensbildung, wie wir sie uns in einer Rätedemokratie vorstellen, in den Betrieben ihre Fortsetzung finden: Gemeinsam beraten wann, wie, wie viel und unter welchen Bedingungen das zu produzieren ist (bzw. als Dienstleistung zu erbringen ist), was die Gesellschaft oder die unmittelbar betroffene Gemeinschaft als notwendig entschieden haben.

Wo die einen an Schärfe verlieren...

...fangen wir erst an

Fordere jetzt Dein Probeabo für 5 Euro (3 Ausgaben inkl. Post) an! Mehr Infos unter:
avanti@rsb4.de - RSB, Landzungenstr. 8, 68159 Mannheim

Was ist los im Betrieb, in der Gewerkschaft und auf der Straße?
Berichte und Analysen dazu und noch mehr gibt's in der Avanti! Wir betrachten die Welt revolutionär-marxistisch! Im Zentrum steht die Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Regierungen auf die ArbeiterInnenklasse. *Avanti* analysiert nicht nur – als Zeitung des RSB nimmt sie Stellung und greift ein. Und das alles jeden Monat aufs Neue!

Zeitung des Revolutionär Sozialistischen Bund/IV. Internationale

Verhandeln, was alle angeht – Überlegungen über das Politische im Sozialismus

Erik Hansen

Beim Nachdenken über so etwas wie Politik im Sozialismus stellt sich unweigerlich ein grundsätzliches Problem, nämlich: Was können wir sinnvollerweise aussagen über den Charakter und die Strukturen politischer Praxis in einem Gemeinwesen, das bislang nicht viel mehr als Zukunftsmusik ist?

Zwei unterschiedliche Antworten drängen sich vor-schnell auf. Die eine lautet ungefähr so: Da eine sozialistische Ordnung auf völlig anderen Voraussetzungen aufbaue, als die uns vertraute kapitalistische, könnten wir über deren Politik, ihre Themen sowie die in ihr gängigen kommunikativen und praktischen Gepflogenheiten eigentlich noch überhaupt nichts sagen. Möglicherweise werde es in einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft Politik, wie sie für uns denkmöglich ist, gar nicht mehr geben.

Die andere Antwort ist weniger zögerlich: Mit dem Wegfall des kapitalistischen Sachzwangs und der sozialen Ungleichheit werde politisches Handeln im Sozialismus vor allem freier, gleicher und solidarischer sein als in unserer Gesellschaft. In der ersten Antwort bedeutet Sozialismus das ganz Andere, Unbekannte, jenseits der gesellschaftlich bedingten Grenzen unserer utopischen Vorstellungskraft und sozialen Phantasie; in der zweiten Antwort bedeutet er so etwas wie die Summe aller positiven Aspekte der uns vertrauten Gesellschaft.

Beide Antworten sind unzulänglich. Die eine drückt Verlegenheit aus gegenüber der unverlegenen Aufforderung, doch mal die eigene Vorstellung von Sozialismus konkret werden zu lassen: Theoretisch verantwortliche Zurückhaltung oder doch eher das Unvermögen nachdrücklich ein emanzipatorisches Ziel zu formulieren? Die andere bleibt der eigenen kapitalistischen Gesellschaft verhaftet, aus der heraus sie formuliert wurde. Anstatt sich wenigstens in Gedanken einmal über deren Grenzen hinauszuschwingen, versammelt sie lediglich, was hier und jetzt ganz angenehm oder zumindest sinnvoll erscheint: Sozialismus als der bessere Liberalismus?

In den Antworten sind genau die Schwierigkeiten eingeschrieben, die mit dem eigenen historischen Standpunkt verbunden sind, den zu verlassen erst dann als unmöglich erscheint, wenn man es einmal versuchen will. Die Kritik der Gesellschaft erfährt durch sich selbst die eigenen Grenzen.

Unerlässlich ist es, bei unseren Überlegungen zur sozialistischen Gesellschaft das utopische Moment bewusst zu machen: Die Analyse des Kapitalismus, Merkmal

des wissenschaftlichen Sozialismus in der Tradition von Marx und Engels, lässt uns Einsichten formulieren, die auf eventuelle Sozialismen nur negativ anwendbar sind, so etwa: Sozialismus bedeutet die vollendete Überwindung von Warenproduktion, im Sozialismus gibt es kein Geld mehr, im Sozialismus gibt es kein Finanzministerium mehr und keine marktwirtschaftliche Wettbewerbspolitik. Für eine positive Annäherung an Kennzeichen z. B. des Politischen im Sozialismus berechtigen diese Analysen aber leider nur begrenzt. Marx wusste das und äußerte sich folglich so gut wie gar nicht über seine Vorstellungen von kommunistischen Gemeinwesen. Dieses Schweigen wurde seitdem am lautesten unterbrochen von denjenigen, die das eigene gesellschaftliche Projekt bereits als entwickelt sozialistisch verstanden wissen wollten; und von denjenigen, die von anderer Warte her behaupteten, so etwas müsse stets dabei herauskommen, wenn man in guter Absicht an der herrschenden Ordnung rütteln wollte.

Eine Möglichkeit positiver Bestimmung liegt vielleicht in der Annahme, dass der Kampf gegen die Herrschaft in weiten Teilen selbst ein politischer ist. Schließlich lässt sich der Kapitalismus nicht einfach wegstreifen und Strategien, die auf der Vorstellung beruhen, man habe es beim Kapital mit so etwas wie einem militärischen Gegner zu tun, den es physisch zu eliminieren gelte, haben in der Praxis ihre Borniertheit beweisen können. Streiks, Aktionen, aber auch die physische Gewalt, wenn sie als geboten erscheint, bedürfen eines politischen Zusammenhangs, um in einem emanzipativen Sinne wirksam zu werden, oder diesem Sinne wenigstens nicht abträglich zu sein. Dabei geht es nicht allein um deren effiziente Verknüpfung oder Koordination. Es geht vielmehr um die Annahme, dass im Politischen, also in der politischen Praxis, bereits Befreiung angelegt sein kann; dass andersherum soziale Befreiung als eine unpolitische nicht gelingen kann.

Angesichts der nüchternen politischen Realität unter dem Schirm der freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Erfahrungen mit politischer Herrschaft und Unterdrückung, aber auch angesichts der Wirklichkeit in linken Zusammenhängen, von Initiativen bis zu Parteien, klingt dies zunächst vermessen. Wie soll Befreiung angelegt sein, wo bürokratische, patriarchale, dominante Verhaltensweisen die formelle Gleichheit in faktische politische Ungleichheit verwandeln, oder wo sich Freiheit als Illusion erweist, weil politisch ja doch nichts

Wesentliches zu entscheiden ist? Sicherlich: Die soziale Herrschaft, die von Linken thematisiert wird, findet sich allzu oft in ihren eigenen Reihen im Kleinen wieder und bestimmt auch allzu oft ihre eigene politische Praxis. Trotzdem erscheint auch zwischen all den misslungenen Versuchen, linke Politik zu machen, so etwas wie ein lebens- und erstrebenswerter Gegenentwurf zur kapitalistischen Routine.

Im Sinne der vorangestellten Überlegungen sollen folgende Grundrisse einer sozialistischen Politik nicht als verbindliches Rezept dienen, sondern als Projektion politischer Ansichten auf eine gesellschaftliche Utopie zum Zwecke der besseren gegenseitigen Verständigung sowohl über diese Ansichten als auch über die Utopie.

Wo wird entschieden?

Im Sozialismus nimmt das Politische einen breiteren Raum ein, als im Kapitalismus. Die Grenze zwischen Politik und Ökonomie verschwimmt. Sie ist schon heute nur begrifflich konstruiert: die Wirtschaft ist rechtlich zwar weitgehend eine private Veranstaltung – im Kern jedoch ist sie schon immer öffentlich, denn sie geht uns alle an.

Während die kapitalistischen Demokratien politisch gewissermaßen von außen auf die Unternehmen einwirken, u. a. durch Gesetze, findet sozialistische Demokratie gerade auch in den Betrieben selbst statt. Wenn im Kapitalismus das Privateigentum die Ökonomie von innen in letzter Instanz direkt beherrscht, liegt im Sozialismus die Entscheidungsmacht über Fragen der Produktion und über deren Bedingungen bei den Menschen, die in den ökonomischen Organisationen tätig sind. Die Politik des betrieblichen Kollektivs wird von den Mitgliedern dieses Kollektivs bestimmt. Eigentum fällt als Legitimationsgrundlage weg, stattdessen legitimiert intern die allgemeine und gleiche politische Einflussmöglichkeit der Betriebsangehörigen die jeweils zu treffende ökonomische Entscheidung.

Auch der Bereich zwischen den Betrieben wird politisiert. Die Vermittlung der einzelnen Ökonomien übernehmen nicht mehr Markt und Geld, sondern: Die Politik. Fragen der Koordination werden auf einer institutionellen Ebene, die über den Betrieben angesiedelt ist, in letzter Instanz politisch entschieden. Es wäre denkbar, dass an dieser Stelle Betroffene außerhalb der Betriebe beteiligt sind, z. B. Verbraucher, Umweltschützer oder andere Interessengruppen.

So allgemein das vorher Geschriebene auch bleibt, es weist in eine bestimmte Richtung, nämlich die einer notwendig umfassenderen Politisierung der Menschen, im Vergleich mit dem Kapitalismus selbst in demokratischer Verfassung. Um Missverständnisse zu vermeiden: Politik im Betrieb und zwischen den Betrieben ist Ausdruck verallgemeinerter Demokratie, nicht hingegen von einer Kopplung politischer Rechte an die Zugehörigkeit zu einem Betrieb. Alle Individuen haben die gleichen Rechte und freien Zugang zu den Ressourcen, die ihnen die

Wahrnehmung dieser Rechte ermöglichen, ob und wie sie arbeiten ist dabei unerheblich.

Welche Demokratie?

Solche sozialistische Politik unterscheidet sich insbesondere von der plebiszitären Demokratie, die bezeichnenderweise oft fälschlich mit direkter Demokratie gleichgesetzt wird. In unserem Beispiel ist die Übernahme politischer Verantwortung durch denkbar Viele eine Voraussetzung für das Funktionieren des Ganzen. Dies setzt wiederum voraus, dass die zur Beteiligung notwendigen Ressourcen ausreichend gleich verteilt sind. In der plebiszitären Demokratie hingegen stimmen die Vielen lediglich ab über Alternativen, die an anderer, privilegierter Stelle zur Abstimmung ausgewählt werden. Konzentration politischen Wissens und politischer Macht auf der einen Seite, das Bedürfnis nach einfachen, klaren Entscheidungsmöglichkeiten auf der anderen Seite, lassen die so genannte plebiszitäre Demokratie sich schnell als populistische Herrschaft unter demokratischer Maske entpuppen, weit entfernt davon, sozialer Emanzipation einen politischen Rahmen bieten zu können.

Die eben skizzierte sozialistische Demokratie in der Ökonomie unterscheidet sich in ihrer politischen Intensität auch von der repräsentativen Demokratie, wie wir sie kennen: einem politischen System mit gewählten Abgeordneten, die in der Regel lediglich am Wahltag ein- oder abgesetzt werden können. Die Arbeitsteilung zwischen politischen Mandatsträgern und tendenziell ins Private zurückgezogenen Bürgern macht die bornierte Privatsphäre überhaupt erst möglich. Das hierbei gerade noch erforderliche Maß an politischem Bewusstsein der Unpolitischen erfordert ein nur bescheidenes Maß an Information. Sinnbild hierfür ist nicht allein die Lektüre der „Bild“ in der Frühstückspause oder die wöchentliche Talk-Sendung Sabine Christiansens: Ausdruck politischer Bedeutungslosigkeit der LeserInnenschaft, bzw. des Fernsehpublikums. Zwei Beispiele, deren Reihe sich fortsetzen ließe.

Im Vergleich zu repräsentativer oder plebiszitärer Demokratie unter kapitalistischen Verhältnissen bedarf die Demokratie des Sozialismus der informierten und engagierten Beteiligung eines weit größeren Teils der Menschen, um überhaupt als solche funktionieren zu können.

Um solches Niveau zu gewährleisten, müssen neben dem eben angesprochenen Zugang zu relevanten Informationen verschiedene Voraussetzungen gegeben sein, darunter: viel Zeit für die politische Auseinandersetzung, Diskussion und Entscheidungsfindung. Der Einwand gegen eine solche zeitaufwendige demokratische Ökonomie ließe sich revolutionär wenden: Der notorischen „Effizienz“ und der vermeintlichen Outputorientierung, wahrhaften Dogmen kapitalistischer Wirtschafts-Ideologie, werden wesentliche Elemente des eigentlichen ökonomischen Outputs geopfert: Wo produziert wird, entstehen schließlich nicht nur Produkte sondern es entsteht unweigerlich der Prozess des Produzierens selbst. Ein

befriedigender demokratischer Produktionsprozess, so zeitaufwendig er im Vergleich sein mag, ist genauso wenig von dem produzierten Ding zu trennen, wie die entfremdete Produktion unter den Weisungen eines Chefs.

Im Kapitalismus erweist sich der Sinn eines Produktes erst in seiner Konsumtion, in seinem Verbrauch. Im Sozialismus muss er sich bereits in seiner Produktion einschließlich seiner Planung erweisen. Welche Zeitverschwendung, in einem Betrieb zu arbeiten, auf dessen Politik ich qua meiner Position als „Mitarbeiter“ keinen direkten demokratischen Einfluss nehmen darf!

Die Ausweitung des Politischen über die Grenzen des Ökonomischen hinaus wirkt sich auf den Bereich aus, der vielleicht nur zu Unrecht als Planung bezeichnet werden kann. In dem Maße, in dem das Politische sich gerade nicht durch Planbarkeit auszeichnet, sondern durch erstaunliche Offenheit der Ergebnisse – und diese Offenheit dürfte mit der sozialen Gleichheit der politisch Beteiligten wohl eher zu- als abnehmen – werden Produkte im Sozialismus nicht nur hergestellt, sondern in entscheidendem Maße ausgehandelt.

Zielt sozialistische Kritik am Kapitalismus auf den unbeherrschbaren, aber die Individuen, Strukturen und Einrichtungen unter seine Herrschaft zwingenden Charakter der Ökonomie, steht der Sozialismus selbst nicht für deren instrumentelle Beherrschbarkeit. Die Gesellschaft wird nicht zum Gegenstand zentraler, berechenbarer und auf Antrieb durchschaubarer Planung, sondern zu einem komplexen Beziehungsgeflecht gleichberechtigter Individuen, nicht verwaltbar, aber im Einzelnen verhandelbar.

Schutz des Einzelnen

Ein Aspekt von Politik ist heute neben der Prozesshaftigkeit politischen Handelns die Entscheidung über verbindliche Regeln, z. B. über Gesetze. Warum sollte das Gesetz an sich genauso anachronistisch werden, absterben oder überflüssig werden, wie wir es als Sozialisten zumindest vom Privateigentum an Produktionsmitteln erwarten? Der Widerspruch zwischen dem einzelnen Individuum und der Gesellschaft, deren Teil es darstellt, löst sich in einem sozialistischen Gemeinwesen ja nicht einfach auf. (Und wenn es das täte, wäre Sozialismus ein recht zweifelhaftes Unterfangen.) Gerade unter Verhältnissen verallgemeinerter Demokratie und sozialer Gleichheit bedürfen die Einzelnen einforderbarer Rechte, die sie und ihr politisches Gewicht vor dem stets größeren Gewicht der Anderen formal zu schützen vermögen. Welche Probleme willkürliche Verfahrensweisen, informelle Strukturen und mangelnder Schutz von Minderheiten in der politischen Auseinandersetzung bereiten, können wir schon heute in politischen Zusammenhängen, in denen wir uns bewegen, beobachten. Mangelnder Schutz der Einzelnen und deren damit einhergehende Verdrängung aus den politischen Prozessen wären Gift für eine auf die allgemeine und gleiche Beteiligung angewiesene sozialistische Demokratie, und wäre mit Menschen, die solch eine Form des Politischen erfahren und entwickelt haben,

kaum zu machen. Das sozialistische Gemeinwesen wäre unter rechtlichen Aspekten vielleicht so etwas wie der Rechtsstaat nach dem Tod des Staates.

Die Bedeutung der verbindlichen Regel oder des Rechts heißt jedoch nicht notwendig Verrechtlichung. Es geht im vorherigen lediglich um den Rahmen, in dem die politischen Prozesse ihre verfahrensmäßigen Grenzen finden, bzw. um den Schutz der Individuen vor ihren Kollektiven.

Die Felder, die unter sozialistischen Bedingungen formal abgesteckt wären, böten Spielraum für jeweils besondere politische Entscheidungen. Um aber Prozesse abzukürzen oder zu verlagern, Themen und Probleme der individuellen Aushandlung zu entziehen und einem Standard zuzuordnen, um Zeit für Probleme frei zu machen, die als relevanter eingestuft werden, kämen Verfahrensweisen ins Spiel, die vom Standpunkt bewusster politischer Kontrolle über die eigenen Angelegenheiten mindestens problematisch erscheinen müssen: Verwaltung und systemische Lösungen, Spezialisierung und Repräsentation. Der Verlust flüssiger politischer Macht an verknöcherte Prozeduren, der Verlust der Gleichheit an die ungleichmäßige Anhäufung von Wissen: Diese uns in der Bürgerlichen Gesellschaft so unangenehm vertrauten Gefahren für das Politische – sind sie im Sozialismus mit der Klassenherrschaft begraben? Vielleicht; aber da sie nicht erst in der Existenz von Klassen, sondern bereits in der Abkürzung, Vereinfachung, unwiderruflichen Delegation politischen Handelns angelegt sind, drohen diese als deren Geister aufzustehen, wo immer das Politische, also die Möglichkeit von Gleichen, die eigenen Angelegenheiten auszuhandeln, stirbt. Im Sozialismus, so wie in jeder anderen Gesellschaftsform.

Die Revolution, der von Menschen betriebene Prozess, in dem die Herrschaft tatsächlich und nachdrücklich in Frage gestellt wird, lässt die an ihr Beteiligten die gemeinsame Macht praktisch erfahren. Der viel zu enge Rahmen der Politik wird aufgebrochen, das Politische wird zu einem unverzichtbaren Aspekt sinnvoller Lebensweise. Nicht die ständige, aufgeregte Aktivierung der Masse durch eine von dieser losgelösten Führung; nicht die Inszenierung politisch-revolutionärer allgemeiner Anspannung, sondern die Erfahrung von so etwas wie solidarischer Autonomie machen die Qualität sozialistischer Politik aus.

Das Private bedeutet in dieser sozialistischen Politik nicht den Schutzraum vor der politischen Einmischung der Allgemeinheit, sondern den geschützten Bereich, der notwendig ist, um in der Öffentlichkeit sich in die gemeinsamen Angelegenheiten einzumischen. Der bürgerliche Schein, das Private sei vom Öffentlichen unabhängig und von diesem zu trennen, wird aufgehoben; damit verschwindet das Private jedoch nicht. Vielmehr entsteht es neu: als der zu respektierende Bereich der notwendig ist, um die eigene Autonomie entwickeln zu können und um solidarisch sich in die kontroverse Auseinandersetzung darum zu verstricken, was gemeinsam zu entscheiden ist, weil es alle angeht.

Die Frau und der Sozialismus

Barbara Schulz

„Sozialismus ist die einzige menschliche Lösung, die der Menschheit und den Problemen, mit denen sie kämpft, zur Verfügung steht.“ Editorial der ersten Nummer der Zeitschrift „Praxis“ Jugoslawien 1964

Friedrich Engels beschreibt in seinem Werk: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ den Zusammenhang zwischen der Klassenherrschaft und der Unterdrückung der Frau als Geschlechtswesen: „Der erste Klassegegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Frau in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“

Für Engels ist die Einzelehe mit der Unterdrückung der Frau eine Notwendigkeit für die Besitzenden. Eigentum soll vererbt werden und das natürlich durch den besitzenden Vater, der die Abstammung so gut wie möglich sichern muss und deshalb seiner Ehefrau sicher sein will. Als Patriarch - väterlicher Herrscher - dominiert er Frau und Kinder.

Die Dominanz der Männer erstreckt sich auf Generativität (Fortpflanzung), Sexualität, Arbeitsteilung, Politik, sie prägt das private wie das gesellschaftliche Leben. Damit haben wir aber die wichtigsten Bereiche, die sich im Sozialismus wandeln müssen.

Nach neueren Forschungen reicht das Patriarchat zurück bis in das dritte vorchristliche Jahrtausend. Es ist also nicht an den Kapitalismus gebunden, wir müssen uns hier aber mit seiner vollen Ausprägung im Kapitalismus befassen. Zeitgenössische Frauenforschung konstatiert: „Patriarchale Strukturen und kapitalistische Verhältnisse sind verschränkt, aber nicht identisch.“ So ist das Patriarchat ein wichtiges Element der kapitalistischen Gesellschaft, es wird auch nicht durch einen Beschluss, einen Federstrich verschwinden, sondern so wie sich der Sozialismus durch harte Kämpfe durchsetzen muss, werden diese Kämpfe verbunden sein mit den Kämpfen der Frauen. Wie aber wird unsere Welt aussehen?

Das Bild der Frau heute

Sehr gut vermarktet lässt sich offensichtlich die junge Frau, mit der für die verschiedensten mehr oder minder notwendigen Konsumgüter geworben wird. Sie ist durchaus tüchtig als Berufstätige, Hausfrau oder Mutter, die die Verantwortung für die Kinder verinnerlicht hat. Wenn es um medizinische Güter geht, taucht auch die leidlich rüs-

tige ältere Frau auf. In Filmen erscheinen auch durchaus tatkräftige Frauen, die ihren „Mann“ stehen. Aber auch hier sind die Frauen in den persönlichen, menschlichen Beziehungen diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass alles gut geht.

Werbung mit Männern ordnet ihnen Besitz und Macht, aber auch ein wenig Abenteuerlust zu, mit Frauen verbindet sie aber eher das Bestreben nach Sicherheit. Ein wunderbares Beispiel ist eine Werbung der Hamburger Sparkasse:

Junge Frau mit Kind – Unsere Sicherheit heißt Haspa
Lässiger Mann mittleren Alters – Meine Leidenschaft heißt Haspa.

Im Zeichen von Gender-Mainstreaming geht ein Hauch von Gleichheit durch die Medien, aber die Realität lässt sich nicht verstecken.

Der kleine Unterschied?

In den Industrieländern werden Jungen- wie Mädchen- geburten gesehen. Es ist nicht bekannt, dass Föten abgetrieben werden, weil sie weiblich sind. Frühere Untersuchungen haben allerdings gezeigt, dass Jungen von ihren Müttern intensiver gepflegt werden als Mädchen. Das gilt verstärkt für Nichtindustrieländer. Hintergrund ist wahrscheinlich immer noch, dass Jungen, wie Thronfolger, höher bewertet werden. Dahinter steht wohl auch, dass in Zeiten ohne Altersversorgung für die Eltern, Jungen eher in der Lage waren diese zu versorgen, weil sie ein eigenständiges Einkommen haben, während Mädchen in die Familie des Ehemannes heiraten. Wenn sie dann – wie z. B. in Indien – gar noch eine Mitgift brauchen, die der Familie des Ehemannes bleibt, sind sie wahrhaft unwirtschaftlich.

Bisweilen gab es überkommene Eheformen, die der Frau bei Heirat ihren Landbesitz ließen und die Männer in die Familie der Frau aufnahmen. Das machte Frauen widerstandsfähig. Zuzeiten war die Morgengabe eine gewisse Absicherung für die Frau.

Wenn in China die Ein-Kind-Politik, die das Bevölkerungswachstum bremsen soll, dazu führt, dass die Abtreibung der weiblichen Föten zu einer Unterzahl von 30 bis 60 Millionen Frauen führt, sieht mensch die soziale Ordnung gefährdet, und die Gesellschaft fürchtet kriminelle Taten, ja Frauenraub.

Hinter dem Beschriebenen steht eine Gesellschaft, die von Macht durch Eigentum geprägt ist. Auch wenn

das Erbrecht in den Industrieländern heute Mädchen den Jungen gleichstellt, wird im Sohn immer noch der Nachfolger gesehen. In vielen Ländern ändert sich das Erbrecht erst allmählich zu Gunsten der Frauen. Es ist kaum anderthalb Generationen her, dass Frauen in der BRD ein eigenes Konto führen, ohne Zustimmung des Ehemannes berufstätig sein können und beim Sorgerecht emanzipiert, ja gleichberechtigt sind.

Die Gegenwart zeigt also ein vielfältiges Bild, und eine neue, sozialistische Gesellschaft wird sich auch erst orientieren müssen. Aber eine Gesellschaft ohne materielle Zwänge, die das Eigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft hat, kann ihre Lebensformen offener, vielfältiger und freier gestalten. Materielles Erbe, Geld, Unternehmen, Haus, Acker verlieren ihre Bedeutung. Das heißt nicht, dass alle persönliche Habe Gemeingut sein müsste, aber eine sozialistische ist nicht vom Eigentum geprägt und schafft damit Abhängigkeiten ab. Macht über das Materielle schafft auch Macht über Menschen. Die ökonomische Unabhängigkeit ist ein Teil der Befreiung der Frau. Frauen wollen nicht die konkrete Herrschaft des Mannes gegen die abstrakte von Staat und Kapital tauschen. Dazu benötigen sie Organisation und Bewegung. Frauen können im Kampf um ihre Rechte – um Emanzipation, d.h. auch um ihre Identität – die Geschichte vorantreiben; jede Bresche, die in die Mauer der Macht über Menschen geschlagen wird, ist ein Fortschritt.

Die Frauenbewegung, die ja nicht nur einfach „bürgerlich“, sondern auch „autonom“ war und sein wird, ist ein Stück Selbstorganisation. Wie aber könnte die patriarchale, kapitalistische Ordnung allein durch die Frauenbewegung geändert werden? Hier sind wir allerdings überzeugt, dass der durch die Arbeiterbewegung zu erkämpfende Sozialismus mit der Befreiung der Frauen auf das engste verbunden ist.

Als die zweite Frauenbewegung – die in den 70iger Jahren besonders gegen den §218, für volle Teilhabe an den gesellschaftlichen Prozessen und die sexuelle Selbstbestimmung gekämpft hat – abgeebbt ist, fanden sich viele Frauen in Projekten wieder, die – wie ist es auch anders vorstellbar – Teil des Systems waren, so betrieben sie aber für Frauen äußerst nützliche Dinge. Autonome Frauenhäuser stabilisieren die betroffenen Frauen und das System. Brauchen wir sie etwa auch im Sozialismus?

Sicher! Denn bis sich die Menschen so verändert haben, dass Gewalt, insbesondere männliche Gewalt keine Rolle mehr spielt, wird einige Zeit vergehen. Aber autonome Frauenhäuser könnten sich verwandeln in selbstbestimmte Wohnprojekte. Frauen und Kinder könnten hier emanzipiert leben lernen und anders als heute in einer geschützten, aber offenen Atmosphäre auch nach außen wirken. Aus materiellen Gründen müssten sie nicht mehr zum Gewalttäter zurückkehren.

Neue Formen des Zusammenlebens

Wie stellen wir uns überhaupt Partnerschaften in einer herrschaftsfreien Gesellschaft vor? So vielfältig wie

denkbar! Wer in einer Zweierbeziehung leben will, wird es ebenso können wie in einem Kollektiv. Wie passen Kinder in eine solche Gesellschaft? Kinder brauchen „Bezugspersonen“ und sie brauchen gesicherte emotionale Verhältnisse. Eine offene Gesellschaft könnte ihnen gerade die Phase der Loslösung aus der Vater-Mutter-Kind-Beziehung sehr erleichtern. Neue Wohnformen könnten dazu vielfältig beitragen, die gegenwärtige Bauweise ist wenig gemeinschaftsfördernd.

Wohnformen wie der Karl-Marx-Hof in Wien können ausgebaut werden. Es ist zwar nicht nötig, die Form der Festung zu wählen, denn die Arbeitenden müssen sich nicht mehr nach außen schützen oder verteidigen. Aber ein großer Innenhof bietet geschützte Spielmöglichkeiten, er kann als Festplatz dienen und in den Komplex integrierte Wirtschaftsmöglichkeiten – hier insbesondere Gaststätten – erleichtern das Gemeinschaftsleben. Ein zu starkes Eigenleben solcher Wohnformen muss allerdings vermieden werden.

Die Möglichkeit, Lebensformen frei zu wählen, wird zeigen, wieweit die Menschen die stetige Bindung wollen. Aber alle Freiheiten werden die individuellen Tragödien nicht verhindern, sie werden sie in einer Übergangszeit vielleicht sogar noch steigern. Die äußeren Umstände erzwingen nichts mehr, aber werden die Freiheiten vor allem von Frauen auch als befreiend empfunden werden?

Nach der russischen Revolution 1917 wurden Eheschließung und Ehescheidung durch eine einfache Willenserklärung geregelt. Vorher war die Ehescheidung wegen der religiösen Bindung nicht möglich, so dass eine Scheidungswelle große Erleichterung brachte. Allerdings gab es bald den verbreiteten Missbrauch der Sommerehe. Bauern heirateten für einen Sommer, um eine billige Arbeitskraft zu haben.

Wie lange wird es brauchen, bis alle Formen der Prostitution sich aufgelöst haben? Gerade im Bereich der Sexualität ist meine Vorstellungskraft eingeschränkt. Werden sexuelle Gewalt und besonders Vergewaltigungen einfach nicht mehr denkbar sein? Wird eine herrschaftsfreie Gesellschaft – und nur so kann ich mir Sozialismus denken – den Menschen, Frau und besonders Mann, so verändern, dass er auch im emotionalen Bereich ohne Zwang, Unterdrückung, Abhängigkeit auskommt?

Mit der Möglichkeit der Empfängnisverhütung durch die „Pille“ ist die Verantwortung für die Reproduktion in die Hände der Frauen gegeben. Für die heutige Generation ist die Befreiung der Sexualität der Frau nicht mehr leicht nachvollziehbar. Nicht ohne Grund geht das Gezeter der Konservativen und Reaktionäre beiderlei Geschlechts um Schwangerschaftsverhütung und Schwangerschaftsabbruch heftig weiter. Wenn Schwangerschaft nicht mehr als „Gefahr“ gesehen wird, warum nicht Beliebigkeit in die Beziehungen bringen? Geschlechtsverkehr wie Durstlöschen. Nur wer hat Durst und womit ihn löschen? Ganz schnell können sich neue Machtverhältnisse aufbauen. Wieweit werden sich Frauen aus Machtverhältnissen lösen, ohne selbst welche aufzubauen? Neue Freiheit kann auch zu Einengungen führen. Neuere Forschungen

zeigen, dass sich auch in lesbischen Beziehungen Gewaltverhältnisse entwickeln. Wenn das Private politisch ist, unterliegt es auch dem Wandel der Gesellschaft. Also müssen wir solidarisches Verhalten ausdehnen.

Verteilung der Arbeit

Trotzki sah die Gleichheit von Mann und Frau im nachrevolutionären Russland durch die „Hausklaverei“ gefährdet. „Solange die Frau an die Hausarbeit gekettet ist, die Sorge für die Familie, Kochen und Nähen, sind die Chancen auf die Teilnahme am sozialen und politischen Leben extrem abgeschnitten.“

Eine sozialistische Gesellschaft kann die notwendige Arbeit völlig anders gestalten. Die Entwicklung der Produktivkräfte wird zeigen, wie viel Arbeit in die Versorgung der Menschen gesteckt werden muss. In einer sozialistischen Gesellschaft sollte aber nicht gut organisierter Mangel bestehen, sondern

„Ja, Zuckererbsen für jedermann (-frau), sobald die Schoten platzen!“

Jede und jeder wird Arbeiten verrichten, die nicht gerade mit Lust verbunden sind. Müll wegräumen und Klo putzen ist lästig, aber nötig. Fließbandarbeit wird nicht sofort und vielleicht überhaupt nicht abgeschafft. Aber jeder und nicht nur jede kann sie für eine Zeit verrichten und was bleibt, ist Zeit für Tätigkeiten, die Freude machen. Kindern das Lesen und Schreiben beizubringen, kann sehr schön sein. Eine offene Gesellschaft, die die Zwänge des gegenwärtigen Schulwesens aufhebt, kann Menschen bilden, ohne Lust durch Frust zu ersetzen. Das heißt nicht, dass die Gesellschaft keine Anforderungen stellt, aber es wird einen gesellschaftlichen Konsens geben, eine Herausforderung an Kinder und Jugendliche, ja an alle Menschen, zu lernen und Neues zu gestalten. Ein Beispiel wäre das Projekt der Glockeseeschule, eine Angebotsschule. Lehrende bieten Themen, Arbeitsgebiete an und die Lernenden ordnen sich dem zu. Mütter wären von der Pflicht befreit, ihre Kinder ständig bei der Schularbeit zu kontrollieren.

Wenn Hausarbeit nicht eine zusätzliche Aufgabe der erwerbstätigen Frau ist, sondern entweder durch gemeinsame Arbeit oder professionell ausgeführt wird, so gewinnen Frauen viel Freiraum. Waschsalons, Putzkolonnen und Gemeinschaftsküchen können, wenn sie wirklich Dienstleistungen sind, das Leben sehr erleichtern. Dahinter darf aber kein Zwang stehen, sondern eher die Möglichkeit, ein Bedürfnis zu befriedigen. Wenn mensch gegen ein akzeptables Entgelt – und noch sind wir nicht im Kommunismus – sich ganz selbstverständlich mit anderen zum Abendessen treffen kann, wenn der Versammlungsraum, der ja gebraucht wird, um die gemeinsamen Aufgaben zu organisieren, leicht erreichbar ist, dann ist das besonders für Frauen positiv. Es wird ihnen erleichtert, sich aktiv an der gesellschaftlichen Arbeit zu beteiligen, und sie werden es als gut und nützlich ansehen, denn auch gesellschaftlicher Reichtum will sinnvoll geordnet sein.

Verwaltung?

Wie setzen wir Rätestrukturen um? Im Wohnbezirk lässt sich das leicht vorstellen, aber auch die Verschränkungen von Arbeits- und Wohnbereich sind zu ordnen. Wird über den Kindergarten im Arbeits- oder im Wohnbereich entschieden? Was tun, wenn Frauen zeitweilig ihren Frauen-Schwimmbad-Tag wollen und die Männer verbannen? Sicher ist, dass es sehr viel mehr öffentlichen Raum geben muss. Und daraus entwickelt sich – so erwarten wir – auch mehr gemeinsames Handeln und Leben und damit auch mehr Solidarität. Das darf nicht ausschließen, dass besonders in der Übergangszeit sich Frauen auch autonom organisieren. Das Jahrtausende alte Patriarchat wird nicht einfach verschwinden, und die Möglichkeit sich einmal unter sich zu beraten, muss gegeben sein. Wenn sich die Geschlechter in einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft begegnen, sollte das, was Engels Antagonismus nennt, aufgehoben sein.

Gewalt und sexuelle Freiheit

In den Strukturen der patriarchalen Gesellschaft, die den Frauen ihre Grenzen aufzeigen, ist die ganz konkrete Gewalt ein Teil der Wirklichkeit von Frauen. Der prügelnde Mann lässt seinen Frust an Frau (und Kind) aus, wenn er sich in die Enge getrieben wähnt. Im Job nicht erfolgreich, ohne Anerkennung, ohne Selbstbewusstsein reizt ihn die Anwesenheit oder gar der Widerspruch der Frau zu Gewaltausbrüchen. Wenn der Exzess zur Entladung der Spannung geführt hat, ist der Mann wahrscheinlich wirklich reuig, nur wie lange? Macht auszuüben, sich mächtig zu fühlen, seine eigene Erniedrigung auf diese Weise zu kompensieren, wird Männern in dieser Gesellschaft auch nicht besonders erschwert. Die teilweise ökonomische Abhängigkeit der Frauen und ihre Sozialisation – die Familie zusammenzuhalten, auszugleichen, zu verstehen – sind eine weitere Erleichterung für Männer, die Gewalt anwenden.

Vergewaltigung ist dann eine letzte Möglichkeit, der Frau Herr zu werden. Wenn sich Männer glauben entschuldigen zu können mit ihrer größeren Triebhaftigkeit, so ist das eine schwache Erklärung. In der Sexualität sind die Frauen das starke Geschlecht, ihre Orgasmusfähigkeit ist vielfältig, die der Männer eingeschränkt. Vergewaltigung ist Ausübung von Macht, ist Unterwerfung und damit für die betroffene Frau (oder gegebenenfalls auch den Mann) die spürbarste Form der Erniedrigung.

Dieser Drang nach Machtausübung wird unterstützt etwa durch die Klitorisbeschneidung der Mädchen. Eine beschnittene Frau ist ein Gefäß, Lust wird oft durch Schmerz ersetzt und die männliche Lust ist ohne Beziehung zur Frau. Eigentlich auch eine Form der Vergewaltigung. Dass Vergewaltigung im Kriege eine so große Rolle spielt, hat sicher verschiedene Gründe. Zum einen sind Krieger sexuell „unterversorgt“, sie sind eingeebnet in Gewaltanwendung und sie möchten den Feind demütigen. So bedienen sie sich seiner Frau, wenn möglich

schwängern sie sie und zerstören damit auch Strukturen der Gesellschaft.

Zwangsheiraten kann mensch zuweilen auch zu den Vergewaltigungen zählen, insbesondere, wenn wie z.B. in Afghanistan junge Mädchen an alte, aber mächtige Männer vergeben werden. Dann lässt sich kaum eine andere Beziehung annehmen, die über die Ausnutzung der Verfügbarkeit des Weiblichen hinausgeht.

Welche Vorstellung von verändertem Sexualverhalten haben wir? Hier wollen wir davon ausgehen, dass auf Dauer Kriege nicht mehr möglich sind. Diese grausame Gewalt muss in einer zukünftigen Gesellschaft tabuisiert sein, physische, aber auch psychische Gewalt auszuüben, muss in einer sozialistischen Gesellschaft für alle Menschen widersinnig sein. Integrität der Person ist eine ganz wichtige Voraussetzung für ein neues Leben. Vor diesem Hintergrund ist der Gedanke einer lustvollen Sexualität für beide Geschlechter leichter denkbar. Jede/r nach ihren/seinen Bedürfnissen, aber immer in Achtung vor der Persönlichkeit der/s anderen.

Die Möglichkeit der Schwangerschaftsverhütung hat die weibliche Sexualität zumindest in den Industriestaaten weitgehend befreit, aber noch ist die Gefahr einer Aidsinfektion nicht gebannt, und hier stehen die Männer in der Verantwortung. Diejenigen unter uns, die die Zeiten kennen, in denen es nicht in der Hand der Frau lag, eine Schwangerschaft zu vermeiden, werden sich erinnern, wie unfrei, wie teilweise verkrampft Sexualität für Frauen war, und dass die Schwangerschaftsunterbrechung ein entwürdigender Akt war, der wegen seiner Heimlichkeit in Verbindung mit einem entsprechenden Geldaufwand immer in Bedrängnis brachte. Der freie Zugang zu Verhütungsmitteln ist ein Teil der Befreiung der Frau. Er erlaubt auch einen freieren Umgang mit den eigenen sexuellen Bedürfnissen. Das gilt auch besonders für Frauen, die stärker als wir Mitteleuropäerinnen eingeschränkt sind. Über den eigenen Körper, über das eigene Empfinden, eine weitgehende Verfügung zu haben, macht freier.

Gerade im Bereich der Sexualität wird sich zeigen, wie weit sich die Gesellschaft gewandelt hat. Denn hier ist nicht alles regelbar, es ist auch nicht alles öffentlich. Und eine Frau ist erst frei, wenn ihr Nein ein Nein ist, wenn sie dieses Nein aber auch nur sehr selten braucht.

Medizin

Im Kampf gegen den §218 hatte die Parole: „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“ ihren Wert. Und sie bleibt auch richtig. Nur wird das Bestehen auf dieser Entscheidung nicht mehr so absolut. Wie werden wir uns zu bestimmten medizinischen Anforderungen verhalten? Wenn wir davon absehen, die menschliche Reproduktion allein der Technik zu überlassen, (Shulamith Firestone sah die eigentliche Befreiung der Frau darin, eine künstliche Gebärmutter einzusetzen, um den Frauen die Schwangerschaft zu ersparen) was wir ablehnen, müssen wir uns aber Gedanken machen über künstliche Befruch-

tung. Wollen wir einen solchen Eingriff? Die Gesellschaft wird keine Frau unter Druck setzen, die sich für das Austragen eines Kindes entschließt, das mit Handicaps geboren wird. Aber werden wir verlangen, dass sie es tut? In einer sich entwickelnden oder gar einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft hat der Mensch mit Handicap seinen Platz, die Gesellschaft wird ihn um ihrer selbst willen schaffen. Dennoch bleibt hier eine offene Stelle.

Allgemein ist im medizinischen Bereich einiges zugunsten der Frauen zu verändern. Gegenwärtig richtet sich die medizinische Forschung nach dem Manne. Es hat sich aber z. B. bei der Erkennung und Behandlung des Herzinfarkts herausgestellt, dass Frauen andere Symptome zeigen und auch anderer Behandlung bedürfen als Männer. Das gilt auch für die Medikamentenforschung.

Alter

Die Lebenserwartung der Frauen übertrifft die der Männer in allen Industriestaaten, und gegenwärtig wird das als ein Problem gesehen. Das Streben nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ist heute vorwiegend bestimmt von der Last der entfremdeten Arbeit. Wahrscheinlich wird es im Sozialismus keine so strikten Regeln des Ausscheidens aus dem Arbeitsprozess geben, denn Arbeit hat einen anderen Stellenwert. Die Grundvoraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft ist die Achtung des Menschen, deren/dessen Bedürfnisse stehen im Mittelpunkt. Es gibt kein unnützes Leben. Wir hoffen auf eine Veränderung der Wohn – und damit Lebensformen, die auch das Phänomen Alter anders sehen lehrt als in der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn es nicht mehr darauf ankommt, den Profit zu mehren, den Menschen danach zu bewerten, welchen Gewinn er abwirft, werden auch ältere Menschen, d.h. auch ältere Frauen ihren Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit haben. Nichts spricht dagegen, sich als Kind „seiner Oma“ selbst zu suchen. Nichts spricht dagegen, mit 70 Jahren eine Bibliothek zu verwalten, Angebote zu machen und alle vorhandenen Fähigkeiten zu nutzen.

Dann ist eine sozialistische Gesellschaft eine reiche Gesellschaft, denn sie kann die menschlichen Fähigkeiten nutzen, um die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Eigentlich hat August Bebel 1879 in seinem Werk: Die Frau und der Sozialismus schon einen Blick in die Zukunft gegeben.

„Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch vollkommen unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Manne als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschicke. Ihre Erziehung ist der des Mannes gleich, mit Ausnahme der Abweichungen, welche die Verschiedenheit des Geschlechts und ihre geschlechtlichen Funktionen bedingen; unter naturgemäßen Lebensbedingungen lebend, kann sie ihre physischen und geistigen Fähigkeiten nach Bedürfnis entwickeln und betätigen; sie wählt für ihre Tätigkeit diejenigen Gebiete, die

ihren Wünschen, Neigungen und Anlagen entsprechen und ist unter den gleichen Bedingungen wie der Mann tätig. Eben noch praktische Arbeiterin in irgend einem Gewerbe ist sie in einem anderen Teil des Tages Erzieherin, Lehrerin, Pflegerin, übt sie in einem dritten Teil eine Kunst aus oder pflegt eine Wissenschaft und versieht in einem vierten Teil irgend eine verwaltende Funktion... In der Liebeswahl ist sie gleich dem Manne frei und ungehindert.“ [7]

Das kann zwar nicht als Blaupause dienen, aber als Ausblick.

Beim Schreiben des Textes ist mir immer deutlicher geworden, dass sich eine Welt ohne Frauenunterdrückung

eigentlich gar nicht so spezifisch darstellen lässt. Ohne Unterdrückung der Frauen wäre die Welt für alle Menschen eine bessere Welt. Wenn Frauenrechte Menschenrechte sind, dann ist ihre Durchsetzung ein Zeichen nicht nur der Befreiung der Frauen, sondern aller Menschen.

Es gilt unser Motto:

**Kein Sozialismus
ohne Befreiung der Frau-**

**Keine Befreiung der Frau
ohne Sozialismus**

Nicht die Erwerbslosen bekämpfen, sondern die Erwerbslosigkeit!

Aus dem Vorwort:

Wenige Stunden nach seiner Vereidigung im Herbst 2002 beschloss das neue Kabinett Schröder/Fischer die Umsetzung der „Hartz-Vorschläge“. Damit zeigte die Bundesregierung, was sie gegen Arbeitslosigkeit und deren Ursachen tun will: nichts.

Berlin dokumentierte damit aber auch, dass es ernst wird mit dem bisher bedeutendsten Angriff gegen Erwerbslose und Noch-Beschäftigte. Hartz steht für staatlich organisierte Zwangsleihearbeit, für die Aushöhlung von Tarifverträgen und die Zerstörung der staatlichen Arbeitslosenversicherung. Die Hartz-Maßnahmen sind deshalb abzulehnen und zu bekämpfen.

**Texte des RSB zu Hartz IV und
zum Kampf gegen Erwerbslosigkeit**

Diese Broschüre gibt's für 1 Euro beim örtlichen RSB oder beim Bundesbüro



Ein entschiedenes Nein zur Autogesellschaft

Daniel Berger

Kein Produkt prägt heute unser Leben mehr als das Auto. Ja die konkreten Ausformungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind von der Existenz der Autoindustrie – und aller mit ihr verbundenen Bedingungen und Strukturen (von der Ölindustrie und den darum geführten Kriegen bis zum Städtebau) – so stark beherrscht, dass wir von einer Autogesellschaft sprechen müssen. Sie bestimmt ganz wesentlich die Gestaltung aller Lebensbereiche, auch wenn wir uns dessen im Alltagsleben gar nicht immer bewusst sind. Dies geht so weit, dass mensch sich kaum noch eine Alternative vorstellen kann. Viel zu unwiderruflich oder „naturgegeben“ erscheinen diese Strukturen den Menschen, auch denen, die auf die Autogesellschaft fluchen.

Was in unsrer Gesellschaft vordergründig als ideologische Fixierung auf das Auto (Pkw) erscheinen mag ist in Wirklichkeit nur die Anpassung an die sehr materiellen kapitalistischen Verhältnisse, wie sie sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts herausgebildet haben. Wer die volle Tragweite der Autogesellschaft erfassen will, muss zunächst die stoffliche Transformation des Kapitalismus im 20. Jahrhundert zur Kenntnis nehmen. Winfried Wolf gebührt das Verdienst, dies an Hand umfangreicher Untersuchungen dargelegt zu haben, vor allem mit seinem Standardwerk „Eisenbahn und Autowahn“, Hamburg (Rasch und Röhring) 1987. Sie seien den interessierten LeserInnen wärmstens empfohlen.

Die Interessen, die sich seit den 20er Jahren des 20. Jahrhundert mit der Pkw-, Lkw- und Flugzeugindustrie durchsetzten, hatten weitreichende Folgen:

- Die gesamtgesellschaftlichen Kosten für Mobilität stiegen damit gewaltig. Gemeinschaftlich zu nutzende Verkehrsmittel hätten unvergleichlich weniger gekostet. Aber nur so war eine maximale Kapitalverwertung möglich, denn wenn (fast) jede® ein Auto kaufen muss, um mobil zu werden oder zu bleiben, dann müssen viel größere Mengen Blech, Plastik Straßenbelag usw. verarbeitet werden.

- Der daraus sich ergebende Drang zur Sicherung „eigener“ Ölquellen hat allemal kriegstreibende Wirkung.
- Die Umweltschäden haben sich damit potenziert.
- Desgleichen die Zahl der Verkehrstoten.
- Der Autoverkehr (mit all seinen Nebenwirkungen) ist eine Hauptursache für „Die Unwirtlichkeit unsrer Städte“ ·Speziell die Auswirkungen der Verlärmung

der Städte und des ganzen Landes durch den Autoverkehr werden immer wieder unterschätzt.

Der Autogesellschaft ist ganz gewiss nicht mit ideologischen Kampagnen gegen „des Deutschen liebstes Kind“ oder mit Appellen zu einem individuellen Beitrag „Auto stehen lassen“ beizukommen. Es geht um gewaltig viel mehr als um „weniger Auto fahren“. Grundlegende Strukturen müssen umgestoßen werden

Die Autogesellschaft steuert ins Chaos

Heute werden mehr als 90% der gesellschaftlichen Transportleistung auf der Straße abgewickelt. Aber selbst nach kapitalistischen Maßstäben wäre eine Weiterentwicklung der Bahn und ein umfassender Ausbau des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) möglich gewesen. Das hätte allerdings dem Kapital im Verlauf der letzten 50 Jahre weltweit (in den Metropolen seit 70 Jahren und speziell in den USA seit 100 Jahren) bedeutend weniger Profite eingebracht.

Aus gesellschaftlichen Gründen – also aus Gründen des tatsächlichen Wohls der Mehrheit der Menschen – wäre die Entwicklung gemeinschaftlicher Transportmittel das Sonnvollste gewesen. Aber gewaltige gesellschaftliche Mittel wurden umgeleitet, um mit riesigen staatlichen Investitionen der privatwirtschaftlich profitierenden Auto- und Ölindustrie die Voraussetzungen für das Niederkonkurrieren der Bahn und die Durchsetzung des Individualverkehrs zu ermöglichen.

Das Ergebnis heute ist nicht nur eine völlige Abhängigkeit der Mensch von den Strukturen der Autogesellschaft. Aufgrund leerer öffentlicher Kassen (und teilweise schon aus schieren Platzgründen) können gar nicht mehr so viele Straßen gebaut werden, wie es die ständig steigende Verkehrsleistung für die Autogesellschaft erfordern würde. Da helfen auch keine Verkehrsleitsysteme, sie werden nur zunehmend zu einem schlechten Witz. Das Ergebnis ist eine wachsende Verstopfung der Straßen und ein Verlust an verlässlicher Mobilität, v. a. ein Verlust an Zeit und Lebensqualität auf den unterschiedlichsten Ebenen.

Doch werfen wir zunächst einen kurzen Blick auf die Gründe für die Durchsetzung der Automobilindustrie und des Straßenverkehrs. :

1. Der Automobilverkehr ermöglicht es dem Kapital in idealer Form, den Verkehrsträger (hier die Straße) vom



Fahrzeug zu trennen. Die großen Investitionen – also der Straßenbau und alles, was damit zusammenhängt – wurden der Gesellschaft aufgeladen, der Profit durch den Verkauf von Pkw und Lkw sowie der Erdölprodukte blieb fest in den Händen des Kapitals. Würde dies auch bei der Bahn so umgesetzt, wäre sie sogar heute noch – nach jahrzehntelanger Vernachlässigung – wirtschaftlicher als der Straßenverkehr. Nach einer Berechnung des Verkehrsministeriums der Volksrepublik Polen von 1978 kommt der städtische PKW-Verkehr die Gesellschaft ca. 35-mal teurer als der mit Straßenbahnen. Nicht grundlegend anders sind die Relationen bei uns, jedenfalls dann, wenn tatsächlich alle Kosten von den Verkehrswegen bis zu den Unfallkosten (Krankenhausaufenthalte etc.) mitgerechnet werden.

2. Die erforderlichen Investitionen in den Verkehrsträger Bahn sind so groß, dass ein privater Betreiber sie nicht leisten kann. Er kann sich bestenfalls ein paar Rosinen rauspicken, denn die Kosten für den Bau von Bahnlinien (Bahnhöfen etc.) müssen über 50 und mehr Jahre abgeschrieben werden, was der Maxime nach kurzfristiger Realisierung des Mehrwerts (d. h. seine Umwandlung in Profit) völlig widerspricht.

3. Im Gegensatz dazu gelang es der Automobilindustrie die Regierenden (fast) in aller Welt davon zu überzeugen, dass aus gesellschaftlichen Mitteln die Infrastruktur für den Individualverkehr bereitgestellt wurde. Mehr noch: Auch und gerade der Lastverkehr wurde in den

vergangenen 60 Jahren in Europa (und schon seit den 20er Jahren in den USA) mit gesellschaftlichen Mitteln (über den Bau der entsprechenden Verkehrswege) auf die Straße gebracht und damit die Bahn in einem wesentlichen Bereich niederkonkurriert. Dabei sind gerade die Lkw zu über 95% für die Straßenschäden verantwortlich. Rechnet mensch alle Investitionen zusammen (vor allem den Straßenbau mit all seinen Folgekosten) so kommen wir auf folgende Summen: Vom 1.1.1965 bis 1984 beliefen sich die Bahnkosten auf 41 Mrd. DM, beim Straßenbau waren es 76 Mrd. (Der Spiegel schreibt dazu: „Doch auch dies ist nur eine höchst unvollständige Rechnung...“)

Trotz der vollkommen verzerrten Ausgangsbedingungen deckt der Bahngüterverkehr heute 66% der Wegekosten, der Straßengütertransport nur 64%. Wäre die Bahn nicht – im Gegensatz zum Straßenverkehr – gezwungen, für ihre Investitionsmittel teure Kredite aufzunehmen und dafür jährlich allein ca. 1 Mrd. € Kapitaldienst (Zins und Tilgung) zu leisten, sähe es mit den Kostenrelationen noch ganz anders aus.

Rechnet man wirklich alles ein, so war der Kostendeckungsgrad beim Gütertransport auf der Straße Ende der 80er Jahre gerade mal bei 15% und ist seit dem noch weiter gesunken. Erst mit der Lkw-Maut ist er wieder ein wenig angestiegen.

Am extremsten ist die Verzerrung beim Flugverkehr. Obwohl dieser vom Energieverbrauch her am uneffizientesten und ökologisch am verheerendsten ist, wird Kerosin nicht besteuert (die Bahn zahlt die vollen Energiepreise + Mehrwertsteuer).

4. Am Unmittelbarsten ist die Benachteiligung der Bahn – bzw. des gesamten Gemeinschaftsverkehrs – beim Streckennetz und der Fahrplandichte und somit bei der Verfügbarkeit für die Menschen. Seit dem II. Weltkrieg wurde das Streckennetz der Bahn drastisch reduziert, 1986 umfasste es bereits weniger als 30 000 km, heute sind es nur noch ca. 20 000 km.

Von 1950 – 1986 wurden 140 000 km Straßen gebaut. 1979 waren es insgesamt schon 469 000 km. Jährlich kommen ca. 1000 km hinzu. Auch das ist – neben der staatlichen Bezuschussung des Straßenverkehrs – ein wesentlicher Grund dafür, dass der Güterverkehr so drastisch von der Bahn auf die Straße verlagert wird. (Schon 1993 wurden 238 Mrd. tkm auf der Straße befördert, gegenüber 66 Mrd. tkm auf der Bahn).

Die gesamtgesellschaftlichen Kosten des Straßenverkehrs

Listet mensch die gesamten Kosten auf, die der Straßenverkehr (nicht zu verwechseln mit den Gesamtkosten der Autogesellschaft) tatsächlich verursacht, die aber zum großen Teil auf die Gesamtgesellschaft abgewälzt werden, so kommt mensch zu gewaltigen Summen. Viele Aspekte werden gemeinhin gar nicht erkannt oder sie werden bewusst verdrängt, bzw. von den Profiteuren der Autogesellschaft geleugnet. Einiges davon ist nicht in Euro und Cent bezifferbar:

Bedenkt mensch, dass ein Auto im Schnitt nur mit 1,2 Personen besetzt ist, bedenkt mensch weiter, dass die gewaltigen Investitionen in den Straßenbau, in Parkplätze und dergleichen nicht privat bezahlt werden – die Benzinsteuern deckt nur (je nach Fahrzeugart) 64-85% dieser Kosten – so ist schon auf dieser Ebene der Autoverkehr ökonomischer Wahnsinn. Aber es kommen viele andere Aspekte hinzu.

Die Kosten für durch den Straßenverkehr verursachte Verletzungen oder Verrentungen werden auf die so genannte Solidargemeinschaft abgewälzt. Dies ist deswegen so bedeutsam, weil der Straßenverkehr – im Besonderen der Individualverkehr, vor allem auf den Autobahnen – eine viel größere Unfallträchtigkeit aufweist. Jedes Jahr sterben allein auf deutschen Straßen 6 – 8000 Menschen, 600 000 werden verletzt (in Frankreich z. B. sind die Zahlen noch höher). Umgerechnet auf die Fahrleistung ergibt sich damit nach den vorsichtigen Berechnungen ein Verhältnis von 1:10 bei den Toten und 1:50 bei den Verletzten zugunsten der Bahn. Zieht man – wie die Bahn dies tut – die Selbstmörder ab, die sich vor die Bahn werfen, fällt das Verhältnis noch weitaus günstiger für die Bahn aus.

Hinzu kommt, dass etwa die Hälfte der Verletzten aus dem Straßenverkehr gar nicht erfasst wird und (so Die Zeit vom 26.2.93. über eine Untersuchung von Prof. H. Hautzinger für das Bundesamt für Straßenwesen): Viele Tote werden als Verletzte gezählt, weil das Todesdatum mehr als 30 Tage nach dem Unfall eintritt.

Die Unfallkosten, die z. B. ein Verursacher aufgrund von Selbstbeteiligung oder wegen drohender Rabattverluste zahlt, werden ebenfalls von keiner Statistik erfasst, müssen aber den Kosten des Straßenverkehrs zugerechnet werden.

Am wenigsten zu „berechnen“ sind folgende Auswirkungen:

Die Landschaftszerstörung: Der Straßenverkehr erfordert dreimal so viel Fläche wie der Schienenverkehr. Würde gar die Autogesellschaft gekippt (was mehr ist als nur den Verkehr auf die Schiene zu verlagern) sähe das Verhältnis noch viel drastischer aus.

Umweltschäden: Darüber ist so viel geschrieben worden, dass dies hier nicht im Einzelnen wiederholt werden muss. Nur so viel: Der Autoverkehr ist für die Hälfte der gesamten Umweltbelastung verantwortlich. Nicht anders

ist es bei den Gebäudeschäden, über die allerdings in der Öffentlichkeit weniger gesprochen wird.

Noch gravierender ist es bei den Gesundheitsschäden, vor allem die durch Abgase verursachten Atemwegserkrankungen und Krebs. Ein weiterer Aspekt, der gemeinhin vollkommen unterschätzt wird, ist die Verlärmung von Stadt und Natur. Dies hat sowohl weitreichende Auswirkungen auf die Gesundheit wie auch auf die allgemeine Lebensqualität. Vor allem der dadurch verursachte Schlafentzug bzw. die Schlafstörungen treffen Millionen von Menschen. Ähnlich ist es übrigens beim Flugverkehr, der im Umkreis von bis zu 40 km um die Flughäfen (v. a. in den Abflugschneisen) Hunderttausende (man spricht von bis zu einer Million Menschen) martern. Das Ohr ist pausenlos im Einsatz. Lästig ist vor allem der Flächen bezogene Dauerschallpegel. Der akustische Lärm wirkt sich als Stress aus (erzeugt Bluthochdruck und erhöht deutlich das Herzinfarktrisiko). Er zermürbt die Menschen, zerrt an den Nerven, stört die Kommunikation und alle schöpferischen Aktivitäten. Erholung und Schlaf werden stark beeinträchtigt.

Dabei geht es nicht um Dezibelwerte, bzw. nicht nur, sondern um die Empfindung von Ruhe. Und genau das kommt bei einem Dauerschallpegel, der als akustischer Abfall (also als lästiges Geräusch) empfunden wird, nicht auf. Der Mensch braucht aber Phasen der Ruhe, vor allem nachts. Da mensch den Schallpegel immer auf die Situation bezieht, kann es beim Messverfahren nicht um einen flächendeckenden Mittelungspegel gehen, denn dies steht im Widerspruch zur menschlichen Wahrnehmung.

Der Stand der Wirkungswissenschaften geht von 30 – 32 dB(A) am Ohr aus. Zurzeit gelten die Richtwerte der 16. BImSchV. Für nachts ist dort ein Grenzwert von 49 dB(A) (!!) festgelegt, und selbst der wird heute in der BRD für Millionen von Menschen überschritten. In der Stellungnahme des BUND heißt es: „Im Bereich der freien Landschaft sind (...) zum Schutz der Erholungsfunktion des Menschen Qualitätsziele und konkrete Standards für technisch-anthropogene Lärmwirkungen erforderlich, die die Aufenthalts- und Erlebnisqualität der freien Landschaft und der Natur nicht wesentlich beeinträchtigen (etwa < 40 dB(A)).“

Die Krankheitskosten sind am schlechtesten zu beziffern, doch sei stellvertretend wenigstens eine Zahl in Sachen Feinstaub angeführt: „Jedes Jahr sterben allein in Deutschland mehr als 65 000 Menschen, weil die Luft so dreckig ist. Zu den wesentlichen Ursachen gehören die Abgase von Personen- und Lastkraftwagen.“ (Süddeutsche Zeitung, 21.3.05). Der Spiegel (4.4.05) schreibt: „Die Brüsseler Verkehrsspitzen sind berüchtigt. Untersuchungen zufolge sinkt die Lebenserwartung der Einwohner wegen der Luftverschmutzung ihrer Stadt um durchschnittlich 36 Monate.“

Schließlich die Unwirtlichkeit der Städte: Sie ist auch eine Folge der Verlärmung aber nicht nur. Die Städte sind deswegen so unwohnlich, weil der öffentliche Raum vollkommen vom Auto beherrscht wird. Die Autos fahren schnell und sind eine ständige Unfallgefahr; sie sind laut,

sie verpesten die Luft, sie stellen die Räume zu (selbst teilweise die Bürgersteige, so dass nicht mal ein Kinderwagen durchpasst), kurz: Wer es sich leisten kann zieht aus der Stadt raus (und braucht spätestens dann ein Auto zum Einkaufen, für den Arzt, für die Ämter, zur Arbeit usw.). Schon Brecht formulierte: „Die Schwärmerei für die Natur kommt von der Unbewohnbarkeit der Städte.“

Welche Mobilität?

Der Städteplaner Wagner schrieb 1956: „Das Verkehrsbedürfnis eines Großstädtlers westlicher Zivilisation beläuft sich pro Nase und Jahr auf etwa 1000 Zielbewegungen, von denen 650 fußläufigen Charakter hätten, wenn sie vom Städtebauer richtig geplant worden wären, von denen die restlichen 350 Bewegungen nur mit Hilfe von privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind.“

Zu diesen Zielbewegungen gehört im Wesentlichen: der Weg hin und zurück zur Arbeit, zur Ausbildung, zum Einkaufen und zum Arzt sowie der Freizeit- (Kino, Sport etc.) und Urlaubsverkehr. Interessanterweise hat sich die Gesamtzahl der Zielbewegungen seit fast 100 Jahren nicht messbar erhöht. Was sich allerdings deutlich erhöht, ja vervielfacht hat ist die Gesamtstrecke, die von den Menschen zurückzulegen ist, wobei hier der Urlaubsverkehr noch nicht mal so sehr ins Gewicht fällt.

Entscheidend ist, dass es heute kaum noch fußläufige Zielbewegungen gibt. Vor der Durchsetzung der Autogesellschaft (also in Deutschland auf jeden Fall bis Ende der 20er Jahre) fanden 95% des Personentransports per pedes (zu Fuß), per Fahrrad oder per Straßenbahn statt.

Beim heutigen Stand der Technik und der heutigen Bedürfnisstruktur wäre es allemal möglich, wieder mindestens zwei Drittel aller Zielbewegungen entweder zu Fuß oder mit dem Fahrrad und das restliche Drittel ausschließlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückzulegen und zwar ohne Einschränkung der Mobilität, aber mit deutlich mehr Lebensqualität.

Dies setzt allerdings eine völlige Abkehr von der Autogesellschaft voraus und in der Konsequenz so viele Veränderungen, dass – will mensch dies wirklich erreichen – eine andere Gesellschaftsordnung durchgesetzt werden muss. Wenn wir mehr Lebensqualität wollen – nicht nur aber ganz besonders für die Schwachen in dieser Gesellschaft: Kinder, Alte, Behinderte u. Kranke –, wenn wir die Umwelt retten und das Land, wie diesen Planeten, für die nächste Generationen bewohnbar halten wollen, bleibt nur diese Perspektive. Sie soll im Folgenden umrissen werden.

Die Alternative zur Autogesellschaft

In einer Gesellschaft, wie wir sie uns vorstellen, steht zunächst ein radikales Umsteuern auf Gemeinschaftstransporte und umweltschonende Verkehrsmittel an. Aber damit nicht genug. Grundsätzlich muss eine Abkehr von der Autogesellschaft mindestens auf zwei sehr unterschiedli-

chen Ebenen organisiert werden, nämlich auf der Ebene der Verkehrsmittel wie auf der Ebene der Struktur- und Raumordnungspolitik. Es geht nämlich nicht nur darum, umweltfreundliche Verkehrsmittel einzusetzen, sondern vor allem darum, Wege zu verkürzen, um motorisierten Verkehr zu vermeiden und Zeit und Lebensqualität zu gewinnen. Dies geht letztlich nur über den Eingriff in die Besitzverhältnisse und über den Verlust bestimmter Freiheiten, z.B. die Freiheit, Betriebe oder Geschäfte in Privatbesitz – also nach dem Profitprinzip – zu betreiben und diese beispielsweise auf der grünen Wiese zu etablieren, riesige Einkaufszentren weit weg von den Wohnvierteln einzurichten usw. Wer in diese Freiheiten nicht eingreifen will, hat von vornherein das Ziel der Abkehr von der mörderischen Autogesellschaft aufgegeben.

So wie Martin Luther King von einer Gesellschaft der Brüderlichkeit (wir würden hinzufügen der Schwesterlichkeit) und ohne Rassenschranken träumte, so träumen auch wir, allerdings im klaren Bewusstsein, dass eine so grundlegende Umwälzung der herrschenden Verhältnisse nur von einer selbsttätigen ArbeiterInnenklasse umgesetzt werden kann. Die wesentlichen Bestandteile eines Übergangsprogramms, für das und auf dem sich die ArbeiterInnenklasse mobilisieren kann, sind in der Tradition der revolutionär-marxistischen Bewegung, speziell der IV. Internationale, klar herausgearbeitet. Aber gelingt es uns auch, unsre Zielvorstellungen plastisch werden zu lassen? Wir versuchen es hier mit einem Traum, der nach unsrer Auffassung kein Traum bleiben braucht.

Verkehrsträger beim Personentransport

Eine rational organisierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung muss diejenigen Verkehrsträger geplant zum Einsatz bringen, die die gesellschaftlichen (materiellen und immateriellen) Kosten auf ein Minimum begrenzt. Damit scheidet prinzipiell das Auto als Verkehrsträger aus, und nur Taxis (für Behinderte, Notfälle und dergleichen) behalten ihren Platz bzw. können in Form von Sammeltaxen sogar einen begrenzten Aufschwung erleben.

Dies hat zur Folge (bzw. setzt voraus), dass der ÖPNV für den Personentransport der alles entscheidende Verkehrsträger wird. Wenn dies nicht auf Kosten der Mobilität gehen soll, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

Der Fahrplan ist so gestaltet, dass in den allermeisten Fällen die Straßenbahn oder der Bus nicht länger als 5 Minuten (seltener bis zu 10 Minuten) auf sich warten lässt. Die Linien verbinden nicht nur die Peripherie mit dem Zentrum, sondern auch über Querstrecken die verschiedenen peripheren Stadtteile und Siedlungen (ringförmig) miteinander. Grundsätzlich ist der Nahverkehr gebührenfrei und wird bezahlt über riesige Einsparungen, die sich aus der Abschaffung des Autos ergeben.

In den Städten über 50 000 Einwohnern werden die Straßenbahnen revitalisiert bzw. neu eingeführt. Auto-

bauer fertigen fast nur noch Busse, Straßenbahnen, Sammeltaxen und Eisenbahnen.

Aufgrund der Tatsache, dass U-Bahnen unverhältnismäßig teuer sind – auch im Unterhalt – werden sie schrittweise durch Straßenbahnen ersetzt. Allein der Betrieb der Rolltreppen und der unterirdischen Beleuchtung, der Sicherheitsanlagen usw. kostet mehr Energie als eine entsprechende Fahrt mit der Straßenbahn. Wenn also die Städte autofrei sind, gibt es genug Raum für Straßenbahnen, die die Menschen heute schon auf Strecken bis zu 3 km schneller als die U-Bahn voranbringt (Rolltreppen runter und rauf, längere Fußwege bis zu den Bahnsteigen, längere Strecken bis zur nächsten Haltestelle usw.)

Aber auch der Bedienungskomfort aller öffentlichen Verkehrsmittel wird ein ganz anderer. Grundsätzlich verschwinden hohe Trittstufen. Busse, Bahnen und Straßenbahnen fahren so häufig, dass genug Sitzplätze für alle da sind. Gepäck zu befördern wird auch kein Problem mehr, weil es dafür ausreichend Abstellplätze und Körbe gibt. Ganz selbstredend sind alle Haltestellen überdacht und windgeschützt.

Der Verkehrsträger ÖPNV kann aber nicht allein stehen. Er ist vernetzt mit allen anderen Verkehrsträgern: Zunächst mit der Bahn (Regional- und Fernverkehr) und mit der S-Bahn innerhalb der Millionenstädte und als Alternative zur U-Bahn. Diese Vernetzung betrifft nicht nur den Fahrplan. Auch die Vorrichtungen zur Gepäckbeförderung werden standardisiert und überall werden ausreichend Plätze für den Transport von Fahrrädern zur Verfügung gestellt.

Sodann wird die Verbindung öffentlicher Verkehrsmittel mit dem Fahrrad systematisiert. Fahrradwege werden ausgebaut und überall gibt es überdachte Ride&Bike-Plätze, also zum Umsteigen von einem Verkehrsmittel auf das andere. Ja unsere Phantasie geht so weit, dass nicht nur die Nutzung des ÖPNV kostenlos ist, sondern auch an allen Ride&Bike-Plätzen (nicht nur am Stadtrand, sondern an allen Knotenpunkten in der Stadt) ausreichend öffentlich zu nutzende (standardisierte) Fahrräder (mit entsprechenden Körben) zur Verfügung stehen. Die heute schon existierende Fahrraddichte etwa in Amsterdam ist nur ein winziger Vorgeschmack auf das, was ohne großen Aufwand möglich ist.

Durch all diese Maßnahmen steigt die tatsächliche Mobilität gegenüber der Autogesellschaft ganz gewaltig: Die schwachen Verkehrsteilnehmer sind nicht mehr ausgegrenzt und benachteiligt. Niemand mehr steht im Stau und allein durch den gewaltig vermehrten Gebrauch von Fahrrädern tut mensch viel für die Gesundheit (gegen das Herzinfarkttrisiko usw.).

Schließlich wird auch das Laufen (Gehen) wieder attraktiver, weil die Luft besser wird und der Lärm drastisch abnimmt.

Städte werden bewohnbar, lebbar. Dadurch, dass in den Straßen viel Fläche frei wird für Fußgänger, Radwege und vor allem für mehr Grün, gewinnen die Städte endlich Lebensqualität. Denn es fallen nicht nur die Pkw weg. Auch die ganzen Parkplätze entfallen, denn Busse

und Straßenbahnen werden nur an den Endstellen oder in Depots untergebracht.

Und die Fernreise, im Besonderen der Urlaubsverkehr? Gegenüber dem Alltagsverkehr macht der Urlaubsverkehr nur einen Bruchteil aus. Aber auch hier lassen sich im Prinzip alle Reisewünsche innerhalb Deutschlands oder in die Nachbarländer bequem, umwelt- und gesundheitsschonend mit öffentlichen Verkehrsmitteln befriedigen. Auch für das Gepäck (einschließlich Fahrrad, Zelt und Zubehör) ist der kombinierte Bahn- und Busverkehr am leistungsfähigsten. Allerdings wird dann auch hier mehr Gepäckstauraum zur Verfügung gestellt sowie die Busanbindung besser vernetzt (zeitlich enger gestaffelt und die Regionen besser abdeckend). Plötzlich entstehen neue Badestrände, weil keine Parkplätze mehr gebraucht werden. In den Feriengebieten fahren ständig Shuttle-Busse von den Unterkünften zu den Stränden oder sonstigen Zielen am Urlaubsort.

Mensch stelle sich allein den Zugewinn an Erholung vor, wenn die ungeheuer anstrengenden Autofahrten (selbst dann, wenn es keine Staus gibt und sie werden ja heute von Jahr zu Jahr länger) wegfallen.

Nur eine wesentliche Einschränkung – vielleicht die einzige überhaupt – wird es geben: Flugreisen werden dann sowohl deutlich verteuert (weil das Kerosin endlich besteuert und die Flugreise aus Umweltschutzgründen mit einer besonderen Abgabe belastet wird), als auch administrativ eingeschränkt. Viele Flugreisen zu Urlaubsgebieten etwa in der Karibik werden schon aus Kostengründen wegfallen. Wegfallen werden aber auch z. B. alle innerdeutschen Flüge, ganz gleich welcher Art (ob privat oder dienstlich), es sei denn es handelt sich um Notlagen, Katastrophendienste und dergleichen: Aufgrund der Umwelt- und Lärmbelastung werden alle Flüge mit einer Reichweite unter 1000 km abgeschafft. Bahnfahrten dauern in diesem Bereich kaum länger und sind unvergleichlich umweltschonender.

Und noch etwas: Außer in Fällen des Notdienstes bei Katastrophen gilt künftig ein absolutes Nachtflugverbot zwischen 21.00 und 6.00 Uhr. Mit der Gesamtheit dieser Maßnahmen (nicht zuletzt aufgrund einer tatsächlich einsetzenden Strukturpolitik) wird der Flugverkehr um mindestens 90% sinken, statt wie in der Autogesellschaft prognostiziert, jährlich um mindestens 4% zu steigen. Der Gewinn an Lebensqualität allein im Bereich der An- und vor allem der Abflugschneisen wird für ca. 1 Million Menschen gewaltig zunehmen. Endlich mal wieder richtig schlafen können!

Güterverkehr

Ähnlich weitreichend fällt die Umstellung im Güterverkehr aus. Hier gelten die gleichen Prinzipien: Alles, was auf die Schiene gepackt werden kann, kommt von der Straße weg. Das hat mehrere Folgen: Das Schienennetz wird deutlich ausgebaut, vor allem in der Fläche werden wieder alle Landstriche bedient, Haltestellen reaktiviert, Bahnhöfe revitalisiert und modernisiert. Der Lkw-Ver-

kehr wird nur noch zur Feinverteilung genutzt. Lastverkehr über 200 km auf der Straße wird grundsätzlich verboten.

Um dies praktikabel umzusetzen werden die Transportbehälter (Container in unterschiedlichen Größen) standardisiert und an allen Bahnhöfen und Güterumschlagplätzen stehen ausreichend Gabelstapler und Hebebühnen zur Verfügung.

Mit der Gesamtheit dieser Maßnahmen können so manche Autobahnen (bzw. Teile davon, also beispielsweise 2 von 6 Spuren) renaturiert werden. Der gesamte transalpine Lkw-Verkehr fällt flach und die Alpenlandschaft erhält eine neue Chance.

Die Binnenschifffahrt hat in einer rational organisierten Wirtschaftsordnung keinen nennenswerten Platz. Nur für ganz wenige Fälle mag sie noch eine Berechtigung behalten angesichts einer Wegekostendeckung von 6% (gegenüber 66% bei der Bahn). In einer Nicht-Autogesellschaft wird sich die Wegekostendeckung bei der Bahn deutlich erhöhen, aber für die Binnenschifffahrt wird dies nicht möglich sein.

Arbeitsplätze

Nicht nur die Binnenschiffer werden ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren. Viele Menschen im Flugverkehr, in der Autoproduktion oder im Straßenbau werden die Stelle wechseln, aber sie werden samt und sonders nicht erwerbslos werden und zwar aus drei Gründen:

Erstens werden sie ökologisch vertretbare Verkehrsmittel bauen, bzw. bedienen. Zweitens wird vor allem der Ausbau des Schienenverkehrs (Bahn und Straßenbahn) einiges an Infrastrukturmaßnahmen erfordern. (Mit zu bedenken sind hier auch die Infrastrukturmaßnahmen außerhalb des Verkehrssektors im engeren Sinn; s. hierzu den folgenden Abschnitt). Und drittens wird für die gesamte Gesellschaft die Arbeitszeit ohne Lohnverlust so verkürzt, dass niemand erwerbslos sein braucht, gemäß der Leitlinie: Verteilung der Arbeit auf alle Hände!

Struktur und Raumordnungspolitik

Am bedeutendsten sind wahrscheinlich die zu tätigen Investitionen bzw. Umleitungen von Mitteln und die Umorganisation von Produktion und Vertrieb in der allgemeinen Struktur- und Raumordnungspolitik. Diese findet unter kapitalistischen Verhältnissen schlicht und einfach nicht statt. Das kann sie auch nicht, denn dies widerspräche dem freien Unternehmertum. Schließlich gilt im Kapitalismus: Investiert wird dort (und soll dort werden!), wo der größte privat anzueignende Profit des Kapitalbesitzers winkt, nicht dort (sowohl räumlich wie sachlich), wo die Bedürfnisse der Menschen am größten sind. Somit herrscht – auf die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse bezogen – im Kapitalismus Anarchie.

Dies hat so verheerende Folgen, dass sich in den vergangenen 50 Jahren (also im vollen Aufblühen der Autogesellschaft) die Wegstrecken verdreifacht bis vervier-

facht haben. Und schon vor dieser Zeit herrschte der Kapitalismus und gab es keine Raumordnungspolitik. Die Auswirkungen sind im Prinzip gemeinhin bekannt. Geschäftszentren sind von Wohnsiedlungen getrennt, Ärzte, Behörden, Postfilialen und vor allem die Arbeitsstellen sind in den seltensten Fällen fußläufig zu erreichen. Hier herrscht die totale Anarchie und dem drohenden Verkehrsinfarkt begegnen die bürgerlichen Politiker mit so lächerlichen Vorschlägen wie Verkehrsleitsystemen.

In einer rational organisierten Wirtschaftsordnung werden alle Betriebe, Geschäfte, Behörden und Ämter räumlich so angeordnet, dass möglichst wenig Verkehr entsteht. Dies fängt damit an, dass Produktionsstätten nicht mehr für das ganze Land (bzw. den Kontinent) produzieren. Demzufolge muss auch die Zulieferindustrie dezentralisiert werden. Würden heute alle gesellschaftlich entstehenden Kosten des Lkw-Verkehrs tatsächlich auf den Transportpreis aufgeschlagen, würde sogar schon in der Autogesellschaft ein Teil des Güterverkehrs verschwinden. Milch im Allgäu zu erzeugen, sie nach Italien zu befördern, dort zu Joghurt verarbeiten zu lassen und anschließend wieder zurück zu befördern, ist typisch kapitalistischer Wahnsinn, der nur deswegen funktioniert, weil die Gemeinschaft einen großen Teil der Kosten trägt und die Umweltschäden zu verkraften hat, der Profit aber privat eingesackt wird.

Wir stellen uns also vor: Die Produktionsstätten und Dienstleistungsbetriebe sind so dezentralisiert und gemäß der Bevölkerungsdichte so verteilt, dass niemand länger als eine halbe Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Fahrrad oder zu Fuß zur Arbeit unterwegs ist.

Ferner sind die Geschäfte so verteilt, dass im gleichen Umkreis wirklich alles zu haben ist, was mensch die meiste Zeit im Jahr braucht: Lebensmittel, Kleidung, Arzneien, den gängigen Baubedarf, Sport- und Freizeitartikel usw. Auf die gleiche Weise ist die Ärzteversorgung geregelt, vorzugsweise in ambulanten Polikliniken. Behörden und Ämter unterhalten Filialen ebenfalls in räumlicher Nähe zu den großen Wohnsiedlungen. Nicht anders ist es mit den Schulen, von denen es übrigens nur eine Grundform gibt: die flächendeckende integrierte Gesamtschule. Selbstredend sind auch die Freizeiteinrichtungen gleichmäßig verteilt.

Wie durchsetzen?

Es ist unschwer vorzustellen, dass eine Verlagerung auf andere Verkehrsmittel, die gezielte Organisation von Gemeinschaftstransporten, die Reduzierung von Verkehr und die Umsetzung einer rationalen Raumordnung sich auf allen Ebenen mit dem kapitalistischen Prinzip stößt, nicht einfach nur, weil dann weniger Sprit verkauft wird oder weil weniger (bis gar keine) Autos mehr abgesetzt werden, sondern auch weil vor allem die Industrieansiedlung (genauer ihre Dezentralisierung) kapitalistischen Profitkriterien widerspricht.

An einer Enteignung der Industrie, des gesamten Verkehrssektors, der Ölindustrie usw. kommt die Gesell-

Ein entschiedenes Nein zur Autogesellschaft

schaft nicht vorbei, wenn sie tatsächlich dem Verkehrschaos begegnen und eine menschenfreundliche Wirtschaftsordnung aufbauen will. Wie durchsetzen?

Die Erfahrung der Geschichte zeigt: Mit Appellen oder mit Überredungskünsten ist in diesen existentiellen Angelegenheiten weder bei den Kapitaleignern noch bei den Politikern etwas zu erreichen. Es kommt einzig und allein auf die Selbsttätigkeit einer bewusst werdenden ArbeiterInnenklasse an. In der Verteidigung ihrer materiellen Interessen wie Kaufkraft, Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszeit liegt in aller Regel das größte Potential für die Entwicklung von Kämpfen wie auch für die Bewusstwerdung über die Widersinnigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Je mehr jedoch sich das Verkehrschaos entwickelt, je mehr die Menschen direkt spürbar auch unter den Auswirkungen der Autogesellschaft leiden, um so mehr kann – ja wird – auch diese Seite der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzliche Fragen aufwerfen, bzw. es ermöglichen, grundsätzliche Alternativen zu erörtern und dafür zu streiten.

Teilziele zu verfolgen ist immer sinnvoll – etwa für den Erhalt oder den Ausbau des bestehenden ÖPNV, gegen Privatisierungen oder Fahrpreiserhöhungen – so lange damit Kampferfahrungen gesammelt werden und die Verbindung zu weitergehenden Perspektiven hergestellt werden kann. An dieser Stelle ist es in der allgemeinen Form nicht sinnig ein detailliertes Aktionsprogramm vorzuschlagen. Dieses hängt vielmehr von den konkreten Ausgangsbedingungen vor Ort ab und muss sich nach den konkreten Mobilisierungsmöglichkeiten richten.

Dennoch seien hier zentrale Achsen benannt, die nach unsrer Auffassung (an dieser Stelle muss es besser heißen: nach Meinung des Autors) eine bestimmte Rolle spielen werden, bzw. in jedem Fall spielen sollten:

- Gegen jegliche Privatisierung öffentlicher Verkehrsmittel;
- Radikale Beschneidung des Flugverkehrs;
- Kampf dem Fernlastverkehr auf der Straße (Lkw-Verkehr nur für die Feinverteilung);
- „Motorsport“ (allem voran Formel I - Rennen) ist gesellschaftlich zu ächten;
- Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit für den innerörtlichen Individualverkehr auf 30km/h und außerorts auf 100 km/h;
- erschwingliche Preise für den Personentransport, freie Fahrt im ÖPNV;
- Ausbau des Schienennetzes und Wiederbelegung der Straßenbahn;
- Ausbau des ÖPNV und Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel; Vorfahrt für Busse, Straßenbahnen und Bahnen auf allen Ebenen;
- Ausbau der Fahrradwege;
- Renaturierung versiegelter Flächen;

Wir wissen natürlich nicht, wie durchgreifend eine sozialistische Gesellschaftsordnung das Auto abschaffen wird. Nicht vollkommen auszuschließen ist eine begrenzte Anzahl von Pkws, die von größeren Wohngruppen oder Wohnblöcken im Car-Sharing-System betrieben werden und auf bestimmten Strecken fahren dürfen. In dieser Form wären immer noch 95% der heute existierenden Pkw überflüssig.

Über die konkrete Form des Umgangs mit einem möglichen Restfaktor Auto lässt sich selbstredend heute nicht viel sagen, aber eines ist gewiss: Kommt es nicht zur Abschaffung der Autogesellschaft, wird es keinen Sozialismus geben.

Und: Wird es keinen Sozialismus geben, wird auch die Autogesellschaft nicht auszuhebeln sein.

Go get organized

Ich möchte:

- ein kostenloses Info-Paket bestellen.
- ein persönliches Gespräch mit dem RSB in meiner Nähe.
- ein Abo der Avanti bestellen für:
 - 3 Ausgaben (5 Euro)
 - halbes Jahr (13 Euro)
 - ganzes Jahr (25 Euro)
 - Förderabo über _____ Euro (mind. 30 Euro)
- monatlich _____ Euro an den RSB spenden.

Bitte senden an:

**RSB/IV.Internationale,
Landzungenstraße 8, 68159 Mannheim**

Ich überweise das Geld auf das Konto: **“Avanti”,
544 904 901, Volksbank Hameln, BLZ 254 621 60**
Verwendungszweck nicht vergessen!

Vorname, Name

Straße, Nummer

Postleitzahl, Ort

Datum, Unterschrift

Die sozialistische Konzeption vom Menschen

Isaac Deutscher*

Marxisten widerstrebt es im Allgemeinen, über den sozialistischen Menschen zu sprechen. Jeder Versuch, den Menschen der klassenlosen Gesellschaft der Zukunft zu porträtieren, hat notgedrungen einen utopischen Anstrich. Solche Beschreibungen waren die Domäne der großen Visionäre des Sozialismus, der Saint-Simon und Fournier, die wie die französischen Rationalisten des 18. Jahrhunderts glaubten, dass sie (und damit die Vernunft) endlich den idealen Menschen entdeckt hätten, und dass dieser Entdeckung nun unmittelbar die Verwirklichung folgen müsse. Nichts lag Marx und Engels und den bedeutenden Marxisten späterer Generationen ferner als dieser Gedanke. Sie verkündeten der Menschheit nicht: „Hier ist das Ideal, fällt vor ihm auf die Knie“, sie zeichneten kein Prospekt der zukünftigen Gesellschaft, sondern widmeten all ihre Kraft der gründlichen, realistischen Analyse der bestehenden, kapitalistischen Gesellschaft; den Klassenkampf ihrer Zeit vor Augen, weihten sie sich der Sache des Proletariats.

Bei aller Hingabe an die Erfordernisse ihrer Zeit, kehrten sie aber der Zukunft nicht den Rücken. Sie versuchten, wenigstens die Umriss der Zukunft zu erraten, aber sie formulierten ihre Vermutungen mit bemerkenswerter Zurückhaltung und auch das nur sehr selten. In ihren umfangreichen Schriften haben uns Marx und Engels nur wenige, verstreute Hinweise zu unserem Thema hinterlassen, bedeutsam aufeinander bezogene Andeutungen, die neue Horizonte eröffnen, aber eben nur Andeutungen. Zweifellos hatte Marx seine Vorstellung vom sozialistischen Menschen, aber das war die Arbeitshypothese des Analytikers, nicht die Erleuchtung eines Visionärs. Und obwohl er vom historischen Realismus seiner Antizipation überzeugt war, stand er ihnen doch mit einer gewissen Skepsis gegenüber.

Marx suchte, nach seinen eigenen Worten, nach den Keimen des Sozialismus im Leibe des Kapitalismus; darum konnte er auch nur den Keim des sozialistischen Menschen sehen. Auf die Gefahr hin, Erwartungen zu enttäuschen, muss ich sagen, dass wir bis heute nicht mehr tun können. Nach all den Revolutionen unseres Zeitalters und trotz allem, was wir seit Marx über die Gesellschaft gelernt haben, sind wir in dieser Hinsicht nicht über ihn hinausgekommen. Was wir zum Problem des sozialistischen Menschen sagen können, bleibt notwendigerweise sehr allgemein, fragmentarisch und in bestimmter Weise negativ. Wir können leichter bestimmen wie der sozialistische Mensch nicht sein wird, als wie er sein wird.



Im gleichen Maße aber, wie eine Negation zugleich eine Position impliziert, weist unsere negative Charakteristik des sozialistischen Menschen auch auf einige seiner positiven Züge hin.

Der Marxismus sieht den Hauptwiderspruch der bürgerlichen Gesellschaft, die wesentliche Ursache ihrer Anarchie und Irrationalität in dem Konflikt zwischen der zunehmenden Vergesellschaftung des modernen Produktionsprozesses einerseits und dem nicht gesellschaftlichen Charakter der Kontrolle, die das Privateigentum über diesen Prozess ausübt. Die moderne Technik und Industrie tendieren zu einer Vereinigung der Gesellschaft, das Privateigentum an den Produktionsmitteln reißt sie auseinander. Der vergesellschaftete Produktionsprozess – ein Stück Kollektivismus inmitten der neokapitalistischen Wirtschaft – muss von den bürgerlichen Eigentumsverhältnissen befreit werden, die ihn einzwängen und stören. Mehr als ein Jahrhundert hindurch, ehe Keynes und seine Schüler ihn in der ihnen eigenen, eklektischen Weise bemerkten und damit der Marxschen Kritik unfreiwilligen Tribut zollten.

Aber alles, was Keynesianismus und Neokapitalismus – die vom Gespenst des Kommunismus mehr denn je heimgesucht werden – tun können, ist der Versuch, auf Basis des Privateigentums (d. h. der monopolkapitalistischen Unternehmen) eine Art von pseudo-gesellschaftli-

cher Kontrolle über den vergesellschafteten Produktionsprozess einzuführen. Es geschieht nicht zum ersten und auch nicht zum letzten Mal, dass Menschen sich verzweifelt mühen, archaische Institutionen und Lebensweisen in ein Zeitalter hinüberzuretten, das sie nicht brauchen kann. In meiner Heimat Polen habe ich einmal einen Bauern gesehen, der zufällig ein altes Auto bekam, vor das er unbedingt seine Pferde spannen wollte. Keynesianismus und Neokapitalismus spannen die Pferde des Privateigentums vor die atomgetriebenen Fahrzeuge und Raumschiffe unserer Zeit und setzen Himmel und Hölle in Bewegung, um uns am Ausspannen zu hindern.

Unsere Konzeption des Sozialismus ist keine willkürliche, intellektuelle Konstruktion, sondern eine sorgfältige Extrapolation und Projektion jener Elemente rationaler sozialer Organisation, die bereits der kapitalistischen Gesellschaft inhärent sind, aber ständig von ihr durchkreuzt und negiert werden. In ähnlicher Weise ist unsere Vorstellung vom sozialistischen Menschen eine Projektion des gesellschaftlichen Menschen, der bereits der Möglichkeit nach in uns existiert, aber durch die Lebensbedingungen, unter denen er leben muss, verstümmelt, zerschlagen und widerlegt wird. (Der Keim des sozialistischen Menschen ist selbst im entfremdeten Arbeiter unserer Zeit gegenwärtig in den seltenen Augenblicken, wenn er seiner Rolle in der Gesellschaft bewusst wird, sich zur Klassensolidarität erhebt und für seine Befreiung kämpft.) So wurzelt unsere Zielvorstellung in der Wirklichkeit, wird von ihr bestärkt und bleibt in ihr befangen.

Wir wissen, was der sozialistische Mensch nicht sein wird: das Produkt einer antagonistischen Gesellschaft. Er wird nicht mehr der kollektive Produzent sein, der von seinem eigenen Produkt und seiner sozialen Lebenswelt kontrolliert wird, statt sie zu kontrollieren. Er wird nicht Spielball der blinden Kräfte des Marktes sein, noch Roboter einer staatlich organisierten, neokapitalistischen Kriegswirtschaft. Er wird nicht der entfremdete und geduckte Arbeiter früherer Tage sein, noch die langweilige Imitation des Kleinbürgers, wozu ihn unser so genannter Wohlfahrtsstaat macht. Er kann nur zu sich selbst kommen als Kollektivarbeiter in einer höchst entwickelten, kollektivistischen Gesellschaft. Nur so eine Gesellschaft erlaubt, die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf ein erträgliches Minimum zu reduzieren, was die moderne Technik schon möglich macht. Erst in dieser Gesellschaft wird der sozialistische Mensch seine materiellen und geistigen Bedürfnisse in Sicherheit, nicht zufällig, befriedigen können, rational, nicht in bizarren Formen. Nur in dieser Gesellschaft wird er sich bei der Befriedigung seiner Bedürfnisse und beim Gebrauch seiner freien Zeit mittels durchgebildetem Differenzierungsvermögen und kluger Wahl selbst organisieren können, statt geheimen oder lautstarken Verführern der kommerziellen Reklame zu folgen. Nur in einer sozialistischen Gesellschaft wird der Mensch imstande sein, all seine biologischen und geistigen Fähigkeiten zu entwickeln, seine Persönlichkeit auszubilden und zu integrieren und sich von dem düsteren Erbe tausendjähriger materieller Knappheit, Ungleichheit und Unterdrückung frei zu machen.

Nur in einer solchen Gesellschaft werden die Menschen endlich die Scheidung von physischer und intellektueller Arbeit überwinden können, die die Ursache der Entfremdung des Menschen vom Menschen, der Aufteilung der Menschheit in Herrscher und Beherrschte, in antagonistische Klassen, war, die die fortgeschrittene Technik gerade jetzt überflüssig macht, während das neokapitalistische System daran arbeitet, sie mit allen Kräften zu verewigen. Erst auf dem Höhepunkt unserer Kultur und Zivilisation kann sich der sozialistische Mensch zu seiner vollen Größe erheben. Dieser Gipfelpunkt ist bereits in Sichtweite, aber unsere Eigentumsverhältnisse, die sozialen Institutionen und unser tief verwurzeltes Beharrungsvermögen hindern uns, uns so rasch wie möglich darauf zuzubewegen.

Unsere Vorstellung vom sozialistischen Menschen ist oft wegen ihres fruchtlosen Optimismus kritisiert worden. Man sagt uns, auch wir sind Utopisten und unsere geschichtsphilosophischen und psychologischen Annahmen seien unhaltbar. Man sagt, das "Paradies auf Erden", von dem die Propagandisten des Sozialismus gesprochen haben, sei ebenso unerreichbar wie das himmlische Paradies, das die Theologen versprochen. Wir müssen dieser Kritik aufmerksam zuhören – manchmal sind ein paar Körnchen Wahrheit darin enthalten. Wir müssen zugeben, dass wir oft eine allzu optimistische Vorstellung hatten, wenn nicht vom Sozialismus, dann doch von den Wegen dahin. Aber wir müssen uns auch klarmachen, dass viele dieser kritischen Bemerkungen lediglich Produkte jener Untergangsstimmung sind, die die bürgerliche Gesellschaft und ihre Ideologen erfüllt, oder in irrational verarbeiteter Enttäuschung von Menschen aus unserem eigenen Lager ihre Wurzeln haben.

Die Existentialisten sagen uns, dass wir den Grundbedinglichkeiten menschlichen Daseins entfliehen möchten und die unausweichliche Absurdität unseres Schicksals leugnen. Es ist außerordentlich schwierig mit Gegnern, die unterm Aspekt der Ewigkeit und von rein teleologischen Prämissen her argumentieren. Der pessimistische Existentialist stellt die alte Frage: Was ist der Sinn oder das Ziel menschlicher Existenz und menschlichen Tuns, wenn man sie mit der Unendlichkeit von Zeit und Raum vergleicht? Darauf haben natürlich weder wir noch die Existentialisten eine Antwort. Aber die Frage selbst ist sinnlos, da sie das Bedürfnis nach einem absoluten, metaphysischen Zweck menschlicher Existenz postuliert, der für die Ewigkeit gilt. Einen solchen Zweck kennen wir nicht und wir haben auch kein Bedürfnis danach. Wir sehen in unserer Existenz weder metaphysischen Sinn noch Absurdität – das sind übrigens nur zwei Seiten derselben Medaille; nur wo ein Sinn postuliert wird, kann man von Absurdität reden.

Das menschliche Leben, mit dem wir uns befassen, ist nicht die Einsamkeit des Menschen in der Unendlichkeit von Raum und Zeit. In dieser Unendlichkeit sind selbst die Begriffe Einsamkeit und Absurdität bedeutungslos. Wir beschäftigen uns mit der Lage des Menschen in einer Gesellschaft, die er selbst geschaffen hat und verändern kann. Das Argumentieren unterm Aspekt der Ewigkeit

ist philosophisch steril und sozial reaktionär. Man kann damit moralische Indifferenz und politischen Quietismus rechtfertigen. Die philosophischen Argumente werden zu Argumenten für die resignierte Anerkennung der gesellschaftlichen Verhältnisse wie sie sind. Glücklicherweise können Existentialisten – wie das bemerkenswerte Beispiel Sartres bezeugt – philosophisch inkonsequent sein und trotz ihrer Überzeugung von der Absurdität menschlicher Existenz die Idee vom sozialistischen Menschen akzeptieren.

Spezifischer ist die Kritik marxistischer und sozialistischer Hoffnungen, wie sie Sigmund Freud (1930) in seiner Schrift „Das Unbehagen in der Kultur“ vorgenommen hat. Unserer Vorstellung davon, was der Mensch in einer Gesellschaft ohne Klassen und Staat sein kann, entgegnet Freud mit dem alten Spruch „homo homini lupus“, der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Menschliche Wesen, sagt er, werden immer aggressiv und feindselig einander gegenüberstehen; ihre aggressiven Instinkte sind biologisch festgelegt und werden durch Änderungen der Gesellschaftsstruktur nicht wesentlich beeinflusst. „Die Kommunisten“, sagt Freud, „glauben, den Weg zur Erlösung vom Übel gefunden zu haben. Der Mensch ist eindeutig gut, seinem Nächsten wohlgesinnt, aber die Einrichtung des privaten Eigentums hat seine Natur verdorben. Besitz an privaten Gütern gibt dem einen Macht und damit die Versuchung, den Nächsten zu misshandeln; der vom Besitz Ausgeschlossene muss sich in Feindseligkeit gegen den Unterdrücker auflehnen. Wenn man das Privateigentum aufhebt, alle Güter gemeinsam macht und alle Menschen an deren Genuss teilnehmen lässt, werden Übelwollen und Feindseligkeiten unter den Menschen verschwinden. Da alle Bedürfnisse befriedigt sind, wird niemand einen Grund haben, in dem Anderen einen Feind zu sehen; der notwendigen Arbeit werden sich alle bereitwillig unterziehen.“

Ehe ich fortfahre, möchte ich zunächst prüfen, ob Freuds zusammenfassende Darstellung der marxistischen Ansichten korrekt ist. Glauben wir wirklich, dass der Mensch von Natur aus „eindeutig gut“ und „seinem Nächsten wohlgesinnt“ ist? Freud, der über die marxistische Theorie ziemlich schlecht informiert war, fand zweifellos derartige Behauptungen in der populären, kommunistischen oder sozialdemokratischen Propaganda. Die ernst zu nehmende marxistische Theorie stellt hingegen keinerlei derartige Sätze über die Menschennatur auf; am ehesten kann man die Quelle solcher Anschauungen in den feuerbachianischen Jugendschriften von Marx auffinden. Ich erinnere mich, dass mich dies Problem als junger Mensch sehr beschäftigt hat, als ich mich mit marxistischer Theorie anfreundete und über die der Theorie zugrunde liegende Konzeption der menschlichen Natur ins Klare kommen wollte. Nachdem ich mich durch die Schriften von Marx, Engels, Kautsky, Plechanow, Mehring, Rosa Luxemburg, Lenin, Trotzki und Bucharin hindurch gelesen hatte, kam ich zu dem Schluss, dass deren Annahmen über die menschliche Natur wesentlich „neutral“ waren. Sie hielten den Menschen weder für „eindeutig gut“, noch für „eindeutig schlecht“ und weigerten

sich, die metaphysischen Vorstellungen einer unwandelbaren, von sozialen Bedingungen unbeeinflussten Menschennatur zu akzeptieren. Ich bin immer noch der Meinung, dass dieser Schluss, zu dem ich damals vor vierzig Jahren kam, richtig ist.

Der Mensch ist Produkt der Natur, speziell jener Natur, die sich als menschliche Gesellschaft der außermenschlichen Natur entgegenstellt. Wie immer die biologische Basis unseres Lebens beschaffen sein mag – die sozialen Verhältnisse spielen die entscheidende Rolle bei der Formung unseres Charakters und selbst die biologischen Faktoren werden durch unsere soziale Persönlichkeit gebrochen und teilweise umgeformt. Die menschliche Natur und ihre Triebe sind bisher durch die sozialen Bedingungen in starkem Maße unterdrückt und entstellt worden und nur wenn diese Bedingungen ihre unterdrückende und verzerrende Qualität verlieren, werden wir eine deutlichere und wissenschaftlichere Vorstellung von den biologischen und sozialen Elementen der Menschennatur haben als bisher.

Die wesentliche Kritik an Freuds Theorie, die ein Marxist üben muss – und ich spreche hier als einer, der Freuds grundlegenden und revolutionären Beitrag zu unserem Verständnis der Psychologie vollkommen anerkennt – bezieht sich darauf, dass Freud und seine Schüler nur zu oft diese Berechnung und Transformation der Triebe des Menschen durch seine sich wandelnde soziale Identität unberücksichtigt lassen – und dabei war es Freud, der uns auf die Prozesse der Sublimierung aufmerksam gemacht hat. Die Psychoanalyse konnte sich bisher nur mit dem bürgerlichen Menschen der imperialistischen Epoche befassen. Sie präsentierte ihn als den Menschen schlechthin, behandelte seine inneren Konflikte in überhistorischer Manier als Konflikte von Menschen aller Epochen, aller sozialen Ordnungen – als der menschlichen Existenz inhärente Konflikte. Unter diesem Aspekt kann der sozialistische Mensch nur als eine Variation des bürgerlichen Menschen erscheinen. Freud selbst sagt dazu: „Mit der Aufhebung des Privateigentums entzieht man der menschlichen Aggressionslust eines ihrer Werkzeuge, gewiss ein starkes und gewiss nicht das stärkste. An den Unterschieden von Macht und Einfluss, welche die Aggression für ihre Absichten missbraucht, daran hat man nichts geändert, auch an ihrem Wesen nicht“.

Dann macht er folgende, noch weitaus kategorischere Aussage: „sie (die Aggression) ist nicht durch das Eigentum geschaffen worden, herrschte fast uneingeschränkt in Urzeiten, als das Eigentum noch sehr armselig war, zeigte sich bereits in der Kinderstube, kaum dass das Eigentum seine anale Urform aufgegeben hat. ... Räumt man das persönliche Anrecht auf dingliche Güter weg, so bleibt noch das Vorrecht aus sexuellen Beziehungen, das die Quelle der stärksten Missgunst und der heftigsten Feindseligkeit unter den sonst gleichgestellten Menschen werden muss.“ Freud warnt uns also, der sozialistische Mensch werde nicht weniger als der bürgerliche aggressiv und feindselig gegen seine Mitmenschen sein, und seine Feindseligkeiten werde sich selbst im Kindesalter zeigen.

Freud sieht im Privateigentum ein starkes Aggressionsinstrument, aber er behauptet in dogmatischer Weise, dass es nicht das stärkste sei. Woher weiß er das? Wie misst er die relative Stärke der verschiedenartigen Aggressionsinstrumente? Wir Marxisten sind darin bescheidener und weniger dogmatisch: Wir behaupten nicht, vergleichende Messungen angestellt zu haben, die es uns gestatten würden, sexuelle Triebe und triebhafte Aggression gegen soziale Bedürfnisse, Interessen und Zwängen abzuwägen. Die biologischen Triebe werden beim sozialistischen Menschen so wie beim heutigen gegeben sein, aber wir wissen nicht, in welcher Brechung sie in seiner Persönlichkeit zum Ausdruck kommen werden. Wir können nur vermuten, dass sie ihn in einer anderen Weise motivieren werden als den bürgerlichen Menschen. (Ich vermute sogar, dass der sozialistische Mensch dem Psychoanalytiker reicheres und verlässlicheres Material für Forschung und Theorie liefern wird, weil ein künftiger Freud in ihm die Arbeit der Triebe direkter beobachten können wird, nicht durch eine dunkle Brille, durch die verzerrenden Prismen der Klassenpsychologie des Analytikers und seines Patienten.) Freud irrt sich auch, wenn er das Eigentum lediglich ein Instrument unserer aggressiven Instinkte nennt. Im Gegenteil: das Eigentum nutzt jene Instinkte häufig als Instrumente und entwickelt seine eigene Vielfalt von aggressiven Trieben. Ferner haben sich in der Geschichte in Armeen organisierte Menschen gegenseitig abgeschlachtet wegen des Eigentums oder wegen Eigentumsforderungen, aber sie haben bisher – außer in der Mythologie – keine Kriege wegen sexueller Privilegien geführt.

Wenn Freud behauptet, dass die Abschaffung des Eigentums „die Unterschiede von Macht und Einfluss, welche die Aggression für ihre Absichten missbraucht“ ebenso wenig ändern wird wie „die Natur der menschlichen Aggression“, so bleibt er den Beweis schuldig. Und wenn er schreibt, dass „Aggression ... fast uneingeschränkt in Urzeiten herrschte, als das Eigentum noch sehr armselig war“, so entgeht ihm, dass es gerade die materielle Knappheit war, die die Einheit der primitiven Gesellschaft zerstörte, weil sie grausame Kämpfe um knappe Ressourcen auslöste, die die Gesellschaft in antagonistische Klassen spaltete. Gerade deshalb halten wir daran fest, dass der sozialistische Mensch nur vorstellbar ist auf der Basis eines beispiellosen Überflusses von materiellen und kulturellen Gütern und Dienstleistungen. Das ist das ABC des Marxismus. Einer meiner Freunde, ein alter, weiser Psychoanalytiker, sagt oft seufzend: „Wenn doch Freud Engels ‚Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates‘ gelesen hätte; – er hätte manche Umwege und Irrtümer vermeiden können!“ Er hätte dann jedenfalls denen keine Munition geliefert, für die das „homo homini lupus“ der Schlachtruf gegen Fortschritt und Sozialismus ist, und die mit dem Buhmann der ewigen menschlichen Wolfsnatur im Interesse des realen, blutrünstigen imperialistischen Wolfes operieren.

Wir können ohne weiters zugestehen, dass die Aggression des sozialistischen Menschen sich in der Kinderstube „in ihrer analen Urform“ und in anderen, entwickelten

Manifestationen zeigen wird. Aber viel wird – unter anderem – von der Art der Kinderstube abhängen. Stellen wir sie uns als eine private Kinderstube im Rahmen der Familieneinheit, wie wir sie kennen, vor oder – nach Auflösung dieser Familieneinheit – als genossenschaftlich organisierte? Unsere Vorstellung vom sozialistischen Menschen geht davon aus, dass er nicht in einer der gegenwärtigen Familie ähnlichen Institution leben wird, die durch materielle Abhängigkeit (der Frau und der Kinder vom Vater) zusammengehalten wird. Wir vermuten, dass der sozialistische Mensch in der Kindheit väterlicher Autorität in viel geringerem Maße unterworfen sein wird als seine Vorfahren oder dass

er sie gar nicht kennen wird; dass er als Erwachsener in seinem sexuellen und erotischen Leben frei sein wird, jedenfalls unvergleichlich freier als der bürgerliche Mensch seine sexuellen und affektiven Impulse befriedigen kann, ohne deswegen in Konflikt mit der Gesellschaft zu geraten. Seine Triebbedürfnisse werden in einer nicht vorhersehbaren Weise strukturiert werden, jedenfalls nicht in der, die Freud für selbstverständlich hielt.

Kann man annehmen, dass der sozialistische Mensch dem Ödipus-Komplex unterworfen sein wird? Wird dieser Konflikt, der in unserem seelischen Leben eine große Rolle spielt – mindestens, seit das Matriarchat von der patriarchalischen Gesellschaft verdrängt wurde – seine Macht auch dann noch behaupten, wenn sich die Menschheit von der bürgerlichen Form der patriarchalischen Familie entfernt hat? Wie wird es sich mit dem Über-Ich beim sozialistischen Menschen verhalten, jenem unbewussten, moralischen Zensor und verinnerlichten Vater? Freud, der die biologische Vaterschaft mit der sozialen Institution der väterlichen Autorität zusammenwirft, hält es für selbstverständlich, dass Über-Ich, Ödipus-Komplex und andere verinnerlichte Strukturen der patriarchalischen Gesellschaft sich stets in der Psyche der Individuen finden werden.

Er scheint freilich andre Möglichkeiten geahnt zu haben: „hebt man auch dieses“ (das Vorrecht aus sexuellen Beziehungen) „durch die völlige Befreiung des Sexuallebens (auf), beseitigt also die Familie, die Keimzelle der Kultur, so lässt sich nicht vorhersehen, welche neuen Wege die Kulturentwicklung einschlagen kann...“ Diese Perspektive kann er sich jedoch nicht vorstellen, da ihm die monogame Familie als Keimzelle der Kulturentwicklung gilt; er kann sich nicht lösen von seinem Patienten, dem bürgerlichen monogamen Menschen, der vor ihm auf der Couch liegt. Obwohl er mit Unbehagen zugestehet, dass wir nicht vorhersehen können, welche neuen Wege der Kulturentwicklung sich nach Beseitigung der gegenwärtigen Familieninstitutionen ergeben werden, ist er doch sicher, dass die unaufhebbare Destruktivität der Menschennatur auch den sozialistischen Menschen heimsuchen wird, jenseits von Klasse, Gesellschaft, Staat und Familie.

Wir Marxisten bescheiden uns hier wiederum mit einem Stück Unwissenheit. Wir haben natürlich in erster Linie mit jener Grausamkeit und Unterdrückung zu tun, die direkt durch Armut, Knappheit an Gütern, die Klas-

sengesellschaft und die Herrschaft von Menschen über Menschen verursacht wird. Wann immer Freud sich auf das Gebiet der Soziologie und Geschichte begibt, setzt er sich dem Vorwurf auf, willentlich oder unwillentlich die bestehende Gesellschaft zu rechtfertigen. Zweifellos haben wir von ihm Wichtiges über die Wirksamkeit destruktiver und aggressiver Elemente in der menschlichen Natur gelernt. Es ist richtig, dass Kaiser, Könige, Feldherren, Diktatoren, Regierungen und Führer aller Art nie in der Lage gewesen wären, die Menschen zu aggressivem Verhalten zu bringen, wenn die Aggression nicht in der menschlichen Natur bereit gelegen hätte; unsere Regierungen haben stets an menschliche Triebbedürfnisse appelliert. Die Frage aber, wie viel von der biologischen oder sexuell bedingten Aggressivität in die nicht-biologischen Beziehungen der sozialistischen Menschen eingehen wird, muss offen bleiben.

Wir sagen nicht, dass der Sozialismus alle Probleme der menschlichen Gattung lösen wird. Wir kämpfen in erster Linie gegen Übel, die der Mensch angerichtet hat, und die er bewältigen kann. Trotzki sprach von den drei großen Tragödien, mit denen die Menschen nicht fertig werden: Hunger, Sexualität und Tod. Der Hunger ist der Feind, den sich der Marxismus und die moderne Arbeiterbewegung vorgenommen haben. Dabei mussten sie notgedrungen die übrigen menschlichen Plagen vernachlässigen.

Aber der Hunger – allgemeiner: soziale Ungleichheit und Unterdrückung – hat für zahllose Menschen die Nöte der Sexualität und die Pein des Todes unendlich vermehrt. Wenn wir gegen soziale Ungleichheit und Unterdrückung kämpfen, kämpfen wir zugleich für eine Milderung der Schläge, die die Natur uns versetzt. Ich meine, dass der Marxismus die Probleme unserer Gesellschaft am richtigen Ende anpackt. Die Freudianer haben sich auf die Probleme der Sexualität konzentriert und darüber die sozialen Probleme vernachlässigt. Und was ist das Resultat? Bei aller theoretischen Bedeutung der Psychoanalyse kann in unserer Gesellschaft nur eine winzige privilegierte Minderheit aus ihrer Therapie Nutzen ziehen. Unsere Vorstellung vom sozialistischen Menschen inspirierte hingegen einen riesigen Teil der Menschheit, und obwohl wir mit wechselndem Erfolg gekämpft haben und schreckliche Niederlagen erlitten, haben wir doch Berge versetzt, während alle Psychoanalyse dieser Erde die überkochende Aggressivität unserer Zeit nicht um ein Jota vermindern kann.

Auch für den sozialistischen Menschen werden natürlich Sexualität und Tod Probleme darstellen, aber wir sind sicher, dass er ihnen besser ausgerüstet entgegenzutreten wird. Und sollte sein Wesen aggressiv bleiben, so wird ihm seine Gesellschaft unvergleichlich vielfältigere und bessere Möglichkeiten zur Triebsublimierung bieten, als sie dem Individuum in der bürgerlichen Gesellschaft zur Verfügung standen. Auch wenn der sozialistische Mensch nicht ganz „frei sein wird von Schuld und Schmerz“, wie Shelley träumte, mag er doch „zepterlos, frei und unbeschränkt sein, ein gleicher Mensch, nicht in Klasse, Stamm, Nation eingezwängt, frei von

Götzendienst und Gottesfurcht.“ Das durchschnittliche Mitglied der sozialistische Gesellschaft wird sich – wie Trotzki antizipierte – zur Größe eines Aristoteles, Goethe oder Marx erheben, die – wie immer ihre Triebstruktur beschaffen war – die großartigsten bisher erreichten Entwicklungen unserer Gattung repräsentieren. Und wir vermuten, dass sich „über diesen Höhen neue Gipfel erheben werden“. Wir sehen im sozialistischen Menschen nicht das letzte, vollkommenste Produkt der Entwicklung oder das Ende der Geschichte, sondern den eigentlichen Anfang der Geschichte. Der sozialistische Mensch mag das „Unbehagen“ fühlen, die Unruhe und Qual, die die Kultur dem Tier im Menschen aufbürdet. Es kann sogar im Zentrum seiner inneren Widersprüche und Spannungen stehen, die ihn dazu treiben, ein Niveau zu erreichen, das einstweilen jenseits unsrer Vorstellungskraft liegt.

Die vorgetragenen Anschauungen sind oder sollten für jeden Marxisten selbstverständlich sein und ich muss mich vielleicht entschuldigen, dass ich sie auf einer Konferenz wie der unseren (socialist scholars' conference) wiederhole. Beim gegenwärtigen Stand der Arbeiterbewegung und des sozialistischen Denkens müssen jedoch bestimmte elementare Einsichten wiederholt werden, weil sie vergessen oder verfälscht werden um zweifelhafter politischer Vorteile willen. So wurde mir z. B. gesagt, der eigentliche Gegenstand meiner Analyse müsse jener sozialistische Mensch sein, der heute in der UdSSR oder in China lebt. Ich könnte diesen Standpunkt nur dann teilen, wenn ich der Meinung wäre, dass diese Länder den Sozialismus bereits weitgehend oder gänzlich erreicht hätten. Diese Vorstellung kann ich nicht teilen und ich glaube nicht, dass das typische oder auch das fortgeschrittene Mitglied der sowjetischen oder chinesischen Gesellschaft von heute als sozialistischer Mensch beschrieben werden kann.

Wir alle reden natürlich üblicherweise von der UdSSR, China und den verbündeten oder nicht-verbündeten Staaten gleichen Typs als von „sozialistischen Ländern“, und wir können das tun, solange wir den nach-kapitalistischen Charakter dieser Regime (im Gegensatz zu den kapitalistischen) meinen oder auf die sozialistischen Ursprünge bzw. die Leitideen ihrer Regierung und Politik hinweisen wollen. Hier aber geht es mir um eine theoretisch präzise Beschreibung der Struktur ihrer Gesellschaft und der Verhältnisse zwischen den Menschen, wie sie sich innerhalb dieser Struktur entwickeln. Vor mehr als 30 Jahren verkündete Stalin, die Sowjetunion habe den Aufbau des Sozialismus beendet; trotz Entstalinisierung und trotz des Abbaus vieler stalinistischer Mythen ist das ein zentraler Glaubenssatz der offiziellen sowjetischen Ideologie geblieben. Mehr noch, Stalins Nachfolger behaupten, die Sowjetunion befinde sich jetzt im Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus, sie trete in den höheren Zustand der klassenlosen Gesellschaft ein, der den Zyklus sozialistischer Transformation abschließt, der durch die Oktoberrevolution eingeleitet wurde.

Sprecher der Volksrepublik China haben ähnliche Ansprüche für ihr Land erhoben. Das stalinistische Dogma vom vollendeten Aufbau des Sozialismus in der Sowje-

tunion hat die populäre Vorstellung vom sozialistischen Menschen in starkem Masse beeinflusst und verändert, sogar das Denken einiger Sozialisten. Eins aber ist klar oder sollte doch klar sein: Der typische Mensch der sowjetischen Gesellschaft, ob unter Stalin oder unter seinen Nachfolgern, steht in so schlagendem Gegensatz zur marxistischen Konzeption vom sozialistischen Menschen, dass wir ihn entweder nicht als solchen bezeichnen können oder aber die marxistische Konzeption über Bord werfen müssen, wie die stalinistische Doktrin es stillschweigend getan hat. Es geht uns hier nicht um den Buchstaben des Evangeliums sondern um eine Frage von größter theoretischer und praktischer Bedeutung. Wenn unser Ziel der sozialistische Mensch ist, dann ist unsere Konzeption dieses sozialistischen Menschen wesentlich für unser theoretisches Denken, für das moralisch-politische Klima der Arbeiterbewegung und für unsere eigene Fähigkeit oder Unfähigkeit, unsere Arbeiterklasse zu inspirieren.

Der sozialistische Mensch wurde von Marx und seinen Schülern – vor Stalin – als frei assoziierter Produzent gesehen, der selbst auf der so genannten unteren Stufe des Kommunismus in einer rational geplanten Wirtschaft arbeitet, nicht länger mehr der Käufer oder Verkäufer ist, der seine Produkte auf dem Markt handelt, sondern Produzent von Gütern für die Gesamtgesellschaft, der das, was er zu persönlichem Verbrauch benötigt, aus dem gemeinsamen Vorrat der Gesellschaft erhält. Per definitionem lebt der sozialistische Mensch in einer klassenlosen Gesellschaft ohne Staat, frei von sozialer oder politischer Unterdrückung, auch wenn er anfänglich noch eine – allmählich schwindende – Last ererbter sozialer Ungleichheit zu tragen hat. Die Gesellschaft, in der er leben kann, muss so weit entwickelt sein, so wohlhabend, gebildet und zivilisiert sein, dass es kein objektives Bedürfnis und keine Notwendigkeit gibt, die zum Wiederaufleben von Ungleichheit oder Unterdrückung führen.

Das hielten alle Marxisten vor Stalin für selbstverständlich. Dieses Ideal inspirierte Generationen von Sozialisten, ohne es hätte der Sozialismus als geschichtsmächtige Kraft des Jahrhunderts nie das Licht der Welt erblickt. Der Marxismus hat den realistischen Charakter dieses Ideals demonstriert; er zeigte, dass die gesamte Entwicklung der modernen Gesellschaft mit ihrer Technologie, Industrie und dem zunehmend vergesellschafteten Produktionsprozess auf dieses Ziel hin tendiert. Der sozialistische Mensch aber, den Stalin und seine Nachfolger der Welt präsentieren, ist eine klägliche Parodie auf die marxistische Konzeption. Es ist richtig: der sowjetische Bürger lebt in einer Gesellschaft, wo der Staat und nicht die Kapitalisten die Produktionsmittel besitzt, und das spiegelt sich bereits in einigen fortschrittlichen Züge seiner Mentalität. Selbst die zurückgebliebensten sowjetischen Arbeiter halten das öffentliche Eigentum an den Produktionsmitteln für selbstverständlich. Der private Besitz einer Fabrik oder eines Bergwerks erscheint ihm als empörendes Relikt aus barbarischer Vergangenheit. Er schaudert beim bloßen Gedanken daran. Er blickt darauf zurück wie der durchschnittliche Mensch

der bürgerlichen Gesellschaft auf die Sklaverei – ein gesellschaftliches Verhältnis, das den Menschen erniedrigt. Aber diese fortschrittlichen Züge in der Einstellung des sowjetischen Menschen sind nicht die vorherrschenden Züge seines Sozialcharakters.

Die sowjetische Gesellschaft litt und leidet noch unter materieller Knappheit, in erster Linie an extremer Konsumgüterknappheit. Das führte im Laufe von Jahrzehnten zu einem unvermeidlichen Wiederaufleben und zur Verstärkung der sozialen Ungleichheit, zu einer tiefen Kluft zwischen einer privilegierten Minderheit und einer beraubten Mehrheit, zum spontanen Wiedererstehen der ökonomischen Kräfte des Markts und zur Erneuerung und zu Furcht erregendem Anwachsen der Unterdrückungsfunktion des Staates.

Der sozialistische Mensch, den Stalin der Welt präsentierte, war der hungrige, schlecht gekleidete, schlecht beschuhte oder barfußige Arbeiter, der Bauer, der auf dem schwarzen oder grauen Markt ein Hemd, ein Möbelstück, ein paar Unzen Mehl oder auch nur ein Stück Brot kaufte oder verkaufte; der täglich zehn oder zwölf Stunden unter einer kasernenähnlichen Fabrikdisziplin arbeitete und manchmal für irgendein wirkliches oder vorgebliches Vergehen mit jahrelanger Zwangsarbeit im Konzentrationslager zahlen musste. Er wagte nicht, einen Fabrikdirektor zu kritisieren, schon gar nicht einen Parteiboss. Er hatte nicht das Recht, irgendeine Meinung zu einem größeren Problem zu äußern, das sein oder seines Landes Schicksal betraf. Er hatte zu wählen, wie man es ihm befahl, dem Führer mit frenetischem Beifall zu applaudieren, sein Würde und Persönlichkeit durch den so genannten Personenkult verhöhnen zu lassen. Das sind die Tatsachen, die gegenwärtig offiziell von den sowjetischen Führern beschrieben werden und sich in einer umfangreichen sowjetischen Literatur von größter Authentizität widerspiegeln. Und obwohl sich die Bedingungen in den vergangenen Jahren sehr verändert haben, sind Armut, Ungleichheit, Mangel an politischer und intellektueller Freiheit und der bürokratische Terror noch immer vorhanden.

Ich rufe all das nicht aus polemischen Gründen ins Gedächtnis zurück, schon weil ich die Hauptursache für diese Zustände nicht im bösen Willen der Herrschenden sehe – an dem es freilich nicht gefehlt hat – sondern in den objektiven Bedingungen, in der überkommenen schrecklichen Armut, die die Sowjetunion (und jetzt China) unter den Bedingungen der Isolation, der Blockaden, Kriege und des Wettrüstens zu überwinden hatte. Es stand überhaupt nicht zur Debatte, dass ein Land wie dieses, unter diesen Bedingungen fähig sein könne, den Sozialismus zu erreichen. Es musste all seine Kräfte der „ursprünglichen Akkumulation“ widmen, d.h. der Herstellung der wichtigsten ökonomischen Vorbedingungen unter Staatseigentum für den Aufbau eines wirklichen Sozialismus. Folglich ist die Sowjetunion auch heute noch eine Übergangsgesellschaft, irgendwo zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die Merkmale der einen wie der andern Gesellschaft kombiniert und sogar noch Spuren ihres noch primitiveren vorkapitalistischen Erbes zeigt. Das

gleiche gilt leider auch für China, Vietnam, Nordkorea und den größten Teil Osteuropas. Wir im Westen tragen eine schwere Verantwortung für die schlechte Lage dieser Gesellschaften; unser Versagen, den Sozialismus im Westen voranzutreiben, war die wesentliche Ursache ihres Misslingens. Aber wenn wir unsere Aufgabe neu überdenken, um eine neue Generation von Sozialisten instand zu setzen, den Kampf aufzunehmen, müssen wir unsere Vorstellungswelt gründlich von den falschen Vorstellungen und Mythen über den Sozialismus befreien, die in den letzten Jahrzehnten aufgekommen sind. Wir müssen den Sozialismus ein für alle Mal nicht von der Sowjetunion oder China und ihren fortschrittlichen sozialen Errungenschaften, sondern von der stalinistischen und nachstalinistischen Parodie auf den sozialistischen Menschen ablösen.

Ich kann hier nicht auf die dogmatischen und Prestige-Motive eingehen, die Stalin und seinesgleichen zu der Behauptung veranlassten, die Sowjetunion habe den Sozialismus erreicht, und die noch seine Nachfolger zur Aufrechterhaltung dieser Legende drängen. Ich will nur von dem Einfluss sprechen, den dieses Dogma, diese Prahlerie auf den westlichen Sozialismus hatte. Dieser Einfluss war verheerend. Er hat unsere Arbeiterbewegung demoralisiert und das Sozialistische Denken verwirrt. Unsere arbeitenden Klassen haben mit der ihnen eigenen Klugheit die Entwicklung in der Sowjetunion beobachtet und ihre eigenen Schlussfolgerungen daraus gezogen „Wenn das das Ideal des sozialistischen Menschen ist“ sagten sie am Ende, „dann wollen wir nichts damit zu tun haben“. Viele unserer sozialistischen Intellektuellen reagierten ebenso oder sie wurden von der stalinistische Mythologie und Scholastik dermaßen eingefangen, dass ihnen die Kraft ihrer sozialistischen Überzeugung verloren ging und sie sich selbst geistig soweit entwaffneten, dass sie unfähig wurden gegen die Enttäuschung und Apathie der arbeitenden Klassen zu kämpfen.

Von den Jesuiten hat man gesagt, sie hätten, weil es ihnen nicht gelang, die Erde zum Himmel zu erheben, den Himmel auf die Erde heruntergezogen. In ähnlicher Weise haben Stalin und der Stalinismus, unfähig, das mit Armut geschlagene, elende Russland zum Sozialismus zu führen, den Sozialismus auf das Niveau des russischen Elends heruntergebracht. Man könnte sagen, dass sie es tun mussten. Selbst wenn das stimmte, müssen wir etwas anderes tun: wir müssen den Sozialismus auf sein eigenes Niveau zurückbringen. Wir müssen unseren arbeitenden Klassen und Intellektuellen erklären, warum die Sowjetunion und China den sozialistischen Menschen nicht schaffen konnten, trotz ihrer bemerkenswerten Errungenschaften, für die wir ihnen Anerkennung und Respekt schulden. Wir müssen der Idee des sozialistischen Menschen ihre Aura wiedergeben. Wir müssen sie zuerst für unser Bewusstsein wiederherstellen und dann sozialistisches Bewusstsein und sozialistische Theorie mit gestärkter Überzeugung und mit neuen politischen Waffen in die Arbeiterklasse hineinragen.

(Nach dem Vortrag von Deutscher wurde ein Brief von Herbert Marcuse verlesen. Dann sprachen die Referenten

Robert S. Cohen, Shane Mage, Donald McKelvey und Robert P. Wolff. Es folgten Fragen und Kommentare aus dem Publikum. Isaak Deutscher hatte das Schlusswort.)

Ich bin noch dabei, die schmerzliche Überraschung, die mir der erste Teil der Diskussion bereitet hat, zu überwinden. Man lernt selbst in meinem Alter noch dazu, man lernt nie aus. Ich bin den beiden letzten Sprechern dankbar, die mein Gefühl für Realität wieder einigermaßen hergestellt haben. Ob ich mit ihnen übereinstimme oder nicht, wir können darüber diskutieren. Dennoch glaube ich, dass ich vor allem auf die Redner des ersten Teils der Diskussion eingehen muss, da ich hier ein beunruhigendes Symptom jenes schöpferischen intellektuellen Ferments sehe, das die Köpfe der amerikanischen Intelligenz, der jungen Generation der amerikanischen Wissenschaftler erfüllt. Es gibt davon seltsame Nebenprodukte, die mir wirklich außerordentlich gefährlich erscheinen.

Ich bin fast verduzt über die Thesen Professor Marcuses. Da die ersten Redner eine Art von unterstützendem Chorus für ihren abwesenden Lehrer bildeten, muss ich mich leider auf Professor Marcuses Erklärung konzentrieren. Er bringt drei oder vier bedeutende Gesichtspunkte, aber in so vager und schwer zu fassender Art, dass die Diskussion ziemlich erschwert wird. Zunächst einmal stellt er fest, dass wir Marx und dem Marxismus weit voraus sind, dass unsere fortgeschrittene westliche Gesellschaft den Marxismus überflüssig gemacht hat, und dass wir folglich über den Marxismus irgendwie hinausgehen müssen. Ich bin immer geneigt, ja zu sagen, wenn mir jemand sagt, der Marxismus sei sicher nicht das letzte Wort in der Entwicklung des menschlichen Denkens und wir müssten über den Marxismus hinausgehen. Das ist ein sehr marxistisches Argument gegen den Marxismus, und ich bin geneigt, ihm zuzustimmen. Aber man muss noch einen Augenblick darüber nachdenken, in welcher Beziehung der Marxismus wirklich so überholt ist und wohin wir über ihn hinausgehen sollen.

Zuerst muss ich die Frage stellen, ob der Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, wie ihn der Marxismus analysiert und diagnostiziert hat – der Widerspruch zwischen dem vergesellschafteten Produktionsprozess und der unsozialen Kontrolle der Produktion durch private Eigentümer – überwunden worden ist. Wird er nicht immer tiefer und irrationaler mit jedem Jahrzehnt? Man sagt uns, die fortgeschrittene amerikanische Gesellschaft habe die marxistische Analyse des Kapitalismus veralten lassen. Trifft das wirklich für diese Gesellschaft zu, die ihr Gleichgewicht und ihre Produktion nur durch beinahe permanente Kriegführung aufrechterhält? Ich verstehe einfach die logischen oder auch unlogischen Denkprozesse nicht, vermöge deren man zu solchen Schlüssen kommen kann. Man sagt uns, eine Diagnose, die auf der Basis der Technologie von 1867 gestellt wurde, könne man 1966 nicht aufrechterhalten. Darum hätten wir den Marxismus weit hinter uns gelassen.

Mein Argument dagegen ist, dass Marx geistig seiner Zeit und der Gesellschaft, in der er lebte, soweit voraus war, dass wir selbst heute noch in gewisser Beziehung hinter ihm herhinken. Man braucht nur unserer Debatte

zuzuhören, um einen Beleg dafür zu haben. Marx hat tatsächlich vor 100 Jahren für den Sozialismus eine technologisch weit entwickelte Gesellschaft vorausgesetzt, die instande wäre, einen solchen Überfluss von Gütern zu produzieren, dass für sein Jahrhundert selbst die Vision einer solchen Gesellschaft utopisch war. Analysiert man die Statistiken der Pro-Kopf-Produktion in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern des 19. Jahrhunderts, so käme man zu dem Schluss, dass – sofern die sozialistische Revolution damals gesiegt hätte – sie (nach unserm heutigen Standard) in einem unterentwickelten Land gesiegt hätte. Das kann man Marx vorwerfen, dass er intellektuell seiner Zeit so weit voraus war, dass wir ihn noch immer nicht eingeholt haben.

Man sagt, Marx habe keine Gesellschaft vorhergesehen, in der Kybernetik, Maschinen und Computer in solchem Maße die Arbeit von Menschen ersetzen, wie es gegenwärtig der Fall ist. Marx habe keine Gesellschaft vorhergesehen, in der die Wissenschaftler, die führenden Wissenschaftler so bedeutend sein würden. Aber Marx nahm im Gegenteil immer an, dass seine Gesellschaft bereits im Begriff sei, eine solche Gesellschaft zu werden, und darin hatte er Unrecht. Es ist richtig, dass eine vor 100 Jahren formulierte Theorie in mancher Hinsicht veraltet sein muss, obwohl diejenigen, die das sagen, am Ende meist – sofern sie uns nicht gerade Drogen zur „Befreiung“ von der Unterdrückung dieser Gesellschaft empfehlen – für eine Rückkehr zu vormarxistischen Ideen plädieren, manchmal für eine Rückkehr zum Christentum, das 2000 Jahre älter ist als der Marxismus.

Wenn wir es mit sehr gebildeten und aufgeklärten Kritikern des Marxismus zu tun haben, bieten sie uns häufig eine Rückkehr, eine Regression – aber keine infantile – zum utopischen Sozialismus oder zum Rationalismus des 18. Jahrhunderts an. Aber es gibt bestimmte Revolutionen im menschlichen Denken, die nicht rückgängig zu machen sind. Niemand kann zum vor-kopernikanischen System der Kosmologie zurückkehren, nachdem die Entwicklung des menschlichen Denkens von Kopernikus zu Einstein geführt hat; aber dazu brauchte es 250 Jahre.

Ich glaube nicht, dass allgemeine marxistische Kritik am kapitalistischen System obsolet werden kann, solange wir dieses System – wie immer weiterentwickelt – haben. Unser Überdruß an einigen bekannten Formeln und Binsenwahrheiten des Marxismus lässt sie nicht falsch oder nutzlos werden.

Einige Leute glauben, man müsse nur auf den jungen Marx zurückgreifen, seine frühesten und sogar seine unreifen Gedanken über „Verdinglichung“ und Entfremdung in und außerhalb ihres Zusammenhangs zu deklamieren, sie in Zirkeln zu wiederholen, um die Probleme unseres Zeitalters zu lösen. Aber sie gehen nicht über den Marxismus hinaus, sondern vom reifen zum unreifen, jugendlichen Marx zurück. Aber selbst der junge Marx war ein reifer Denker im Vergleich zu jenen, die jetzt, wie es ein Sprecher formulierte, eine Tendenz zur infantilen Regression zur Schau stellen.

Ich sehe nur eine wichtige marxistische Prognose, die durch die reale Entwicklung bisher in gewissem Maße

widerlegt worden ist: Der Sozialismus hat bisher nicht in einer der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften gesiegt, sondern in den zurückgebliebenen, wo eine feudale Struktur unter dem Einfluss des Kapitalismus zusammenbrach und wo feudal-kapitalistische Systeme unter dem Druck primitiver bürgerlicher und sozialistischer Revolutionen zusammenbrachen.

Als Erbschaft dieser geschichtlichen Entwicklung, die sich wirklich von der marxistischen Prognose unterscheidet, haben wir heute die mächtige Diskrepanz, die Kluft zwischen Ost und West, eine Kluft, die unglücklicherweise dazu tendiert, sich zum Schaden von Ost und West zu perpetuieren. Für Marxisten und Sozialisten, hier und anderswo, liegt das große Problem unseres Zeitalters, das Problem der Bewegung auf unser Ziel – den sozialistischen Menschen, eine sozialistische Gesellschaft – hin darin, wie diese Kluft zwischen den auseinander weisenden geschichtlichen Wegen, die Ost und West eingeschlagen haben, sich überwinden lässt. Das ist das wirkliche Problem, vor dem man sich nicht zu irgendwelchen Utopien oder „befreienden“ Drogen flüchten kann.

Ich wünschte, ich könnte die Begeisterung des Genossen auf der rechten Seite des Saales teilen, weil ich den großen revolutionären Idealismus und die internationale Bedeutung bestimmter revolutionärer Neuerungen, die die Chinesen vorgenommen haben, sehe. Unglücklicherweise wird uns solche souveräne, idealistische Verachtung der Realität der materiellen Lage Chinas nichts nutzen, die Missachtung der industriellen und kulturellen Rückständigkeit einer Gesellschaft, die den Heroismus aufbrachte, inmitten von Armut und Rückständigkeit eine sozialistische Revolution zu machen. Diese Bedingungen üben unglücklicherweise ihren Einfluss auf die Politik der chinesischen Regierung aus und bringen die Roten Garden dazu, nicht nur Russlands so genannten „Revisionismus“ sondern auch Beethoven und Shakespeare als nutzlosen Unsinn einer degenerierten Bourgeois-Kultur zu verwerfen. Das kann ich nicht als Sozialismus anerkennen. Ich kann es nicht als eine befreiende Erfahrung akzeptieren. Ich kann auch den Mao-Kult um nichts besser als den Stalin-Kult finden, obwohl er in manchem entschuldbar ist.

All diese Entwicklungen vertiefen die tragische Kluft zwischen den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften des Westens und ihren Arbeiterklassen auf der einen und den nachkapitalistischen revolutionären Gesellschaften des Ostens auf der andern Seite. Es fällt einem dabei das historische Beispiel des Abgrunds ein, der sich während der Religionskriege zwischen katholischen und protestantischen Ländern auftat. Auch der Protestantismus begann als eine Befreiungsbewegung, als Protest gegen die Unterdrückung durch die katholische Kirche. Dann aber entwickelte auch der Protestantismus im Laufe der Auseinandersetzung seine unterdrückenden Züge. Nach Jahrzehnten und Jahrhunderten des Kampfes stabilisierte sich die Situation, und die Trennungslinie zwischen katholischen und protestantischen Ländern war nicht mehr auszulöschen. Die historische Koexistenz zweier rivalisierender religiöser Bekenntnisse, hinter

denen mächtige soziale Bewegungen standen, war eine Tatsache geworden. Etwas Ähnliches hat sich zu unseren Lebzeiten ereignet: wir sind Zeugen der aktuellen Koexistenz – einer antagonistischen, feindlichen Koexistenz – zweier relativ stabiler Systeme geworden: des westlichen kapitalistisch-imperialistischen Systems und des nachkapitalistisch halbsozialistischen des Ostens. Ich denke aber, dass diese historische Analogie wenigstens in einem Punkt irreführend ist. Protestantismus und Katholizismus konnten auf lange Sicht koexistieren. Die Welt der Zeit nach den Religionskriegen, des 17. und 18. Jahrhunderts, war noch nicht eine Welt, noch nicht durch Technologie und Industrie geeint. Es war eine in viele Einheiten junger Nationalstaaten feudaler und halbfeudaler Fürstentümer fragmentierte Welt. Die Welt von heute ist nach Möglichkeit und Wirklichkeit eine Welt; die Entwicklung der Produktivkräfte lässt die Menschheit zu einer unlöslichen Einheit werden, die nach Integration verlangt. Entweder wird die Menschheit sozialistisch integriert oder sie wird untergehen. Daher ist eine Stabilisierung der Trennungslinie, wie sie nach den Religionskriegen bestand, heute unmöglich geworden. Die Welt wird und muss eine werden. Und nur der Sozialismus kann sie einigen. Der Kapitalismus kann sie nur auseinander reißen und ins Verderben führen. Aber die Frage ist: welcher Weg führt zu dieser Vereinigung der Welt?

Marx sprach von der Geschichte der Menschheit als einer Geschichte von Klassenkämpfen. Aber es war natürlich nicht so, dass der Klassenkampf in der gesamten Geschichte, in allen Jahrhunderten und in der ganzen Welt mit gleicher Intensität ausgetragen wurde. Wie wir wissen, ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Sache vieler Generationen.

Ich fühle mich dadurch, dass sich der Klassenkampf in unserer westlichen Gesellschaft auf so niedriger Ebene abgespielt hat, nicht so entmutigt, dass ich die marxistische Analyse und Prognose aufgebe. Es ist natürlich wahr, dass unsere arbeitenden Klassen, vor allem die älteren Jahrgänge, sich von den verführerischen Vorteilen unseres so genannten Wohlfahrtsstaates haben verwirren, demoralisieren und korrumpieren lassen. Aber ich denke, dass das Problem, das der späte C.W. Mills stellte, wer Triebkraft des Sozialismus ist, die Arbeiterklasse oder intellektuelle Eliten, besonders in Amerika eine gründliche Diskussion und gründliche Analyse verlangt, da es sich nirgendwo mit gleicher Schärfe stellt.

Vor 60 Jahren sagte ein großer russischer Marxist, Leo Trotzki, Westeuropa habe seine beiden Hauptprodukte in verschiedener Richtung exportiert: seine fortgeschrittenste Theorie, den Marxismus, nach Russland, seine fortgeschrittenste Technologie in die Vereinigten Staaten. Aber das Russland, das den Marxismus als Import aus Westeuropa erhielt, war technisch und industriell zurückgeblieben, die rückständigste unter den großen europäischen Nationen. Die technisch so weit entwickelten Vereinigten Staaten sind leider im politischen Denken zurückgeblieben; sie sind bis heute – ich bedaure, das sagen zu müssen – ein im politischen Denken höchst unterentwickeltes Land geblieben. Ich glaube, dass die

großen Teach-In-Bewegungen dieser beiden letzten Jahre und Versammlungen wie diese hier beweisen, dass die Vereinigten Staaten ansetzen zum Versuch, ihre Rückständigkeit in Fragen des gesellschaftstheoretischen und politischen Denkens abzuschütteln. Aber wie viel bleibt da noch abzuschütteln.

Ich halte es für eine große Schwäche dieser Bewegung, dass hier eine solche Konferenz abgehalten wird, ohne dass die Arbeiterklasse irgendein Interesse daran nimmt. Und Ihr solltet Euch nicht darüber beklagen – Ihr habt kein Recht dazu – weil so viele von Euch amerikanischen Sozialisten (ich möchte nicht verallgemeinern) kein Interesse für Eure arbeitenden Klassen zeigt. Ich neige nicht dazu, Protestbewegungen, die in der Intelligenzija entstehen, abzuwerten. Ich denke immer daran, dass im 19. Jahrhundert die russische Intelligenz die entsetzliche Last des Kampfes gegen die russische Autokratie auf ihren schwachen Schultern trug, die ganze Bürde der russischen Revolution. Im 19. Jahrhundert zerschmetterten sich Generationen von russischen Intellektuellen in heroischer Selbstaufopferung den Kopf an den Eisenwällen der russischen Autokratie und gingen unter. Aber sie opferten sich nicht umsonst. Sie arbeiteten für die Zukunft. Auch Ihr arbeitet für die Zukunft und für den sozialistischen Menschen. Da sie allein kämpften, entwickelten sie eine gewisse Selbstüberschätzung; das große Epos des revolutionären Kampfes im Russland des 19. Jahrhunderts ist voll pathetischer, exzentrischer Episoden, denn Intellektuelle, die keinen lebendigen Kontakt zu den arbeitenden Massen ihres Landes finden, neigen dazu, sich in exzentrischer Weise auf sich selbst zu konzentrieren und die phantastischsten Wundermittel für die Gesellschaft auszudenken.

Unsere Diskussion hat ähnliche Schwächen der Intellektuellen im heutigen Amerika enthüllt. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich von meinem Thema, dem sozialistischen Menschen, abgehe, aber wir müssen über den Menschen diskutieren, der dem sozialistischen Menschen den Weg bereiten muss, und das seid Ihr. Ich bin davon überzeugt – und das ist nicht dogmatische Glaubensangelegenheit, sondern Produkt der marxistischen Gesellschaftsanalyse – dass Eure Arbeiterklasse die entscheidende Triebkraft des Sozialismus bleibt, so wie sich die russische Arbeiterklasse als entscheidende Triebfeder des Sozialismus erwiesen hat, nachdem Generationen von Intellektuellen gekämpft hatten. Auch Ihr mögt allein kämpfen. Es hängt von Euch ab, wie lange. Vielleicht nur für ein paar Jahre, wenn Ihr versucht, die Arbeiterklasse zu ignorieren. Ihr werdet Euch die Köpfe an – der Himmel weiß wie vielen – eisernen Wällen einrennen, falls Ihr Eure Arbeiterklasse ignoriert. Denn jede Protest- und Oppositionsbewegung gegen die mächtigen kapitalistischen Oligarchien wird sich auf lange Sicht als ohnmächtig erweisen, sofern sie nicht den nationalen Produktionsapparat fest in die Hand bekommt.

Es ist richtig, dass Eure Wissenschaftler heute den Produktionsapparat des Landes viel fester im Griff haben als in irgendeiner früheren Generation. Aber – was immer über Kybernetik und die große Vision einer super-

kybernetischen Zukunft gesagt wird – die große Masse der Produzenten in dieser Gesellschaft stellen noch immer die Arbeiter. Und ich glaube nicht, dass sie viel mehr Grund haben, mit dieser Gesellschaft, mit ihrer entfremdeten Lebenssituation zufrieden zu sein, als die Intelligenzija, als Ihr jungen amerikanischen Sozialisten. Habt Ihr wirklich eine so geringe Meinung von Eurer Arbeiterklasse, dass Ihr meint, nur Ihr wäret sensibel und vornehm genug, mit dieser entwürdigenden Gesellschaft unzufrieden zu sein? Glaubt Ihr nicht, dass auch sie von sich aus Unzufriedenheit entwickeln können? Glaubt Ihr wirklich, sie sei von Natur her so viel leichter korrumpierbar durch die lockenden Vorteile dieses Kriegskapitalismus als Ihr?

Ich weiß, dass die älteren Altersgruppen der amerikanischen Arbeiterklasse fast völlig korrumpiert sind. Sie vergleichen ihre jetzige Lage mit dem, was sie in den dreißiger Jahren erlebt haben. Aber der Kopf des jungen amerikanischen Arbeiters ist sicher nicht durch die Tatsache verdreht, dass im elterlichen Hause ein Fernsehgerät steht, und dass er sich ein Auto leisten kann. Er hält diese Dinge für selbstverständlich. Sie sind Teil des Lebensstandards, den er beim Erwachsenwerden vorfindet. Dadurch wird er sicherlich nicht korrumpiert, und er hat genug Verstand, um unzufrieden zu sein. Ich bin sicher, dass hinter seiner äußerlichen politischen Apathie viele Schichten von Zweifel und Unzufriedenheit liegen und ein Gefühl dafür, dass er seinen Lebensunterhalt durch Arbeit für Krieg und Tod verdienen muss. Könnt Ihr nicht mit diesem jungen Arbeiter sprechen und ihm sagen, dass man nur leben kann, wenn man für das Leben und nicht für den Tod arbeitet? Ist es unter der Würde amerikanischer Studenten, so etwas zu versuchen? Professor Marcuse sagt uns, dass wir auf die Arbeiterklasse nicht mehr rechnen können, aber er sagt uns nicht, auf wen wir zählen sollen. Er meint, wir sollten auf die jungen Leute zählen, die ihr Unbehagen an den sexuellen Konventionen dieser Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Natürlich sollten wir auch auf sie zählen. Schließlich hat Engels über die Ursprünge der Familie geschrieben und dargelegt, dass die Familie als Institution nur zu einer Phase oder zu bestimmten Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung gehört; und er beschrieb die Konventionen der bürgerlichen Moral, die um die Familie herum aufgebaut worden sind. Wir sollten diese Unzufriedenheit mit der Familie und den sexuellen Konventionen bei der jungen Generation nicht ignorieren, aber manchmal habe ich den Eindruck, dass solche alten, verehrungswürdigen Lehrer wie Professor Marcuse sich einen Spaß mit uns erlauben, sich einfach auf unsere Kosten amüsieren. Zuerst sagt er, der Marxismus sei nicht utopisch genug gewesen; dann fährt er fort und sagt, die gegenwärtige Entwicklung zeige, dass die Vorstellung einer sozialistischen Revolution in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften unrealistisch veraltet sei, ebenso wie die Idee einer schrittweisen Umformung des Kapitalismus zum Sozialismus. Ziehen wir Bilanz: Revolution und Reformismus sind veraltete Ideen. Also gibt es keinen Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus, weder den revolutionären noch den refor-

mistischen. Warum soll man dann überhaupt über Sozialismus reden? Professor Marcuse sagt uns, dass der Sozialismus utopisch war und dass er nicht genug utopisch war. Wie kann ein alter geachteter Lehrer soviel Unlogisches von sich geben und mit so unverantwortlich vagen Allgemeinheiten herumspielen.

Diese Diskussion war für mich in vieler Hinsicht eine traurige Erfahrung. Aber ich bleibe ein unverbesserlicher Optimist. Ich halte das für die Gestehungskosten eines schöpferischen intellektuellen Ferments. Ich wünsche Euch Klarheit und Ehrlichkeit im Denken und wünsche, Ihr würdet Euch auf das Wesentliche konzentrieren, statt Euch durch zirkusartige Unternehmungen abzulenken, die mit ernsthaftem politischen Denken nichts zu tun haben.

Ihr könnt der Politik nicht entfliehen. Menschen leben nicht von der Politik allein, das ist wahr. Aber wenn Ihr nicht die großen Probleme löst, die der Marxismus, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, die Beziehung zwischen Intellektuellen und Arbeitern in dieser Gesellschaft stellen, wenn Ihr nicht einen Weg zur jungen Generation der amerikanischen Arbeiterklasse findet und den schlafenden Riesen der amerikanischen Arbeiterklasse aufweckt, ihn seinem Schlaf und seinem Opium entreißt, seid Ihr verloren. Eure einzige Rettung ist es, die Idee des Sozialismus wieder in die Arbeiterklasse hineinzutragen, und dann gemeinsam mit der Arbeiterklasse die kapitalistischen Bastionen zu stürmen.

Niederschrift seiner Wortbeiträge auf der socialist scholars' conference (1966 in den USA), Erstveröffentlichung auf Deutsch: „Die sozialistische Konzeption vom Menschen“, Mannheim 1970 (isp-Verlag)

*Isaac Deutscher (1907-1967) trat 1926 in die KP Polens ein und wurde 1932 wegen „trotskistischer Tendenzen“ ausgeschlossen. Von 1927- 1939 schrieb er in der polnischen Presse, 1939 emigrierte er nach Großbritannien, wo er weiter als Journalist arbeitete und in dieser Zeit seine „Trilogie“ der russischen Revolution schrieb: Die umfänglichen Biografien von Trotzki, Lenin und Stalin, wobei das dreibändige Werk über Trotzki wegweisend war und heute noch als Standardwerk gilt. Er schloss sich zwar nicht der IV. Internationale an, blieb aber zeit seines Lebens seinen marxistischen („trotskistischen“) Überzeugungen treu.

Brücke zum Sozialismus

Ernest Mandel

Die Grundidee des Übergangsprogramms: Aufgabe der Übergangsforderungen ist es, eine Brücke zu bauen, über die sich die ArbeiterInnen durch ihre eigene Erfahrung vom Kampf für ihre unmittelbaren Anliegen weiterbewegen zum Kampf, das Schicksal der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen, z. B. zum Kampf für die ArbeiterInnenmacht. Wir würden die folgenden Übergangsforderungen als Ergänzungen - nicht Ersetzungen - zu denen im Übergangsprogramm von 1938 vorschlagen:

1. Verringerung der durchschnittlichen Arbeitswoche auf 30 Stunden (oder 28 Stunden: vier Tage zu je 7 Stunden) ohne Verringerung des Wochenlohns in allen Industrie- und „Schwellenländern“. Allgemeines Verbot von Überstunden.
Obligatorische Einstellungen um zu sichern, dass diese Maßnahmen die Arbeitslosigkeit in diesen Ländern beseitigen.
Arbeiterkontrolle in den Betrieben, um die volle Umsetzung dieser Maßnahmen zu garantieren.
2. Keine Verschärfung des Arbeitstempos. Arbeiterkontrolle (z. B. Vetorecht) auf Betriebsebene über Arbeitsrhythmus und -organisation.
3. Internationale Beratung und Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und klassenkämpferischen Gewerkschaftern, um den Versuchen multinationaler Konzerne entgegenzutreten, Betriebe entsprechend der Lohndifferenzen zu verschieben.
Statt ständiger Lohnkürzungen in „Hochlohnländern“ progressive Lohnerhöhungen in „Niedriglohnländern“.
4. Statt des „auf Export orientierten“ Musters ökonomischer Entwicklung in „Niedriglohnländern“ ein Muster ökonomischer Entwicklung, das auf die Ausweitung des inneren Markts zielt, indem der Befriedigung unerfüllter Grundbedürfnisse der Menschen Priorität gegeben wird.
5. Statt der internationalen Arbeitsteilung, die dazu tendiert, Ausstoß und Entwicklung moderner Technologie in den imperialistischen Ländern zu monopolisieren, systematischer Transfer solcher Technologie in die relativ weniger entwickelten Länder zu niedrigen Kosten.
6. Verteidigung der Sozialleistungen. Keine Kürzung der Sozialausgaben für Gesundheit, Bildung usw.
7. Streichung aller Schulden und Schuldendienste der weniger entwickelten Länder. Radikale Verringerung der internen Verschuldung aller Länder außer für



- Kleinaktionäre bis zu einer gewissen Grenze und Nutzung der so freigesetzten Mittel, um die unerfüllten Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen.
8. Radikale Land- und Stadtreform in den Ländern der Dritten Welt.
9. Völliges Verbot der Produktion atomarer, biologischer und chemischer Waffen. Zerstörung der bestehenden Vorräte dieser Waffen unter Kontrolle der Bevölkerung.
10. Sofortiges Verbot des Baus neuer Atomkraftwerke. Schrittweise Schließung bestehender Atomkraftwerke ohne Verringerung der gesamtverfügbaren Energie durch gleichzeitige Entwicklung ökologisch „sauberer“ Energiequellen.
11. Verbindliche Volksabstimmungen vor dem Einsatz bewaffneter Kräfte außerhalb der nationalen Grenzen. „Laßt die Menschen entscheiden über den Krieg!“
12. Verbot der Privatisierung von Großbetrieben in den früheren „sozialistischen“ Ländern. Vetorecht der Beschäftigten aller Betriebe dort über die genaue Eigentumsform der Betriebe.
13. Wiederherstellung aller sozialen Vorteile der Menschen in den früheren „sozialistischen“ Ländern bei kostenlosen Gesundheits-, Bildungs- und Kulturdiensten, die vor dem Wandel des Regimes existierten.

14. Volle politische Freiheit für die Menschen aller Länder, einschließlich der früheren „sozialistischen“ Länder: Freiheit der Vereinigung und der friedlichen Demonstration, Freiheit der Presse, das Recht auf Streik und zur Bildung von Streikpostenkettten, Verbot der Entlassung von Gewerkschaftsvertretern und -aktivisten.
15. Freie Wahl parlamentarischer Körperschaften mit einem Mehrparteiensystem. Gleicher Zugang aller Parteien über einer gewissen Schwelle zu den Massenmedien. Verbot der privaten Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkampagnen in allen Ländern.
16. Gesetzliche Einführung von Volksabstimmungen auf Initiative der Bevölkerung in allen Ländern. Verbot von Volksabstimmungen, die von Staaten und Regierungen ausgehen.
17. Verteidigung des Rechts der Frauen zur Entscheidung über Abtreibung. Freie Verteilung von Verhütungsmitteln.
18. Freie Kinderbetreuung, ständig verfügbar für alle Beschäftigten in allen Betrieben.
19. Voll bezahlter Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub für mindestens vier Monate.
20. Gewählte Frauenkomitees in allen Betrieben und Institutionen mit Vetorecht bei allen Entscheidungen, welche die Bedingungen der Frauen betreffen.
21. Festgeschriebenes Recht der Frauen, Halbzeitarbeit ohne Verringerung des Wocheneinkommens zu wählen, wenn es von wenigstens 20 Prozent der Frauen gefordert wird.
22. Europäische verfassungsgebende Versammlung gewählt durch allgemeines Wahlrecht, um die europäischen Institutionen radikal zu durchforsten.
23. Lateinamerikanische verfassungsgebende Versammlung gewählt durch allgemeines Wahlrecht, um eine lateinamerikanische Föderation zu schaffen.
24. Schaffung einer ähnlichen Körperschaft für die arabischen Länder.
25. Schaffung einer ähnlichen Körperschaft für die südasiatischen Länder.
26. Schaffung einer ähnlichen Körperschaft für die afrikanischen Länder.
27. Verbot des Privatbesitzes von Fernseh- und Radiostationen sowie Tages- und Wochenzeitungen über einer gewissen Auflage. Zugang aller Arbeiterorganisationen und aller Bürger zu Medien im öffentlichen Besitz. Keine Regierungszensur der Massenmedien.
28. Rechtsverfahren generell vor Geschworenengerichten. Wahl der Richter durch allgemeines Stimmrecht. Freier Zugang zu Rechtsanwälten für alle.
29. Unterdrückung geheimer Sicherheitsdienste von Staat und Regierung. Öffnung aller Akten für die betroffenen Menschen.
30. Recht auf Volksabstimmungen mit aufschiebender Wirkung in der Umgebung aller Projekte, die Gesundheits-, Sicherheits- und ökologische Bedenken auslösen.
31. Unbegrenztes Recht zu reisen für alle unabhängig von Rasse, Nationalität und Religion. Volle politische Rechte für alle Einwanderer in allen Ländern nach zwei Jahren Aufenthalt und Übernahme (mit Recht zur Auswahl) angebotener Jobs.
32. Verbot von Automobilen mit internen Verbrennungsmotoren in den Innenstädten.
33. Weltkonferenz für Notmaßnahmen zur Wiederherstellung der Ozonschicht, zur Bekämpfung der Vergiftung der Ozeane, zum Stopp der Zerstörung der Wälder und zur Verteidigung der Umwelt der Menschen gegen jegliche Gefahr, die in die Verantwortung von mehr als nur einem Land fällt.
34. Ersetzung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank durch Körperschaften, welche die Völker (nicht die Regierungen) der fünf Kontinente proportional vertreten.
35. Sammlung eines weltweiten Solidaritätsfonds zur Beschleunigung der Entwicklung armer Länder.
36. Senkung des Rechts zu wählen und gewählt zu werden auf 16 Jahre.

Quelle: Inprekorr Nr. 287 (1995)

Dieser Beitrag ist ein Auszug eines längeren Redemanuskripts für eine Veranstaltung in New York am 11.11.1994, in der Ernest Mandel sich mit „trozkistischem“ Sektierertum auseinandersetzte.

Quelle: Bulletin in Defense of Marxism, Mai/Juni 1995.
Übers.: Björn Mertens

Bestellbare Hefte der Reihe „Internationale Theorie“

Heft 1..... Faschismus 1 - Theorien über den Faschismus
Heft 2..... Mai '68 in Frankreich
Heft 3..... Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie
Heft 4..... Zusammenbruch der DDR
Heft 5..... Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewusstseins
Heft 6..... Das Patriarchat zum Tanzen bringen
Heft 7..... Faschismus heute
Heft 8..... Faschismus 2 - Theorien über den Faschismus
Heft 9..... Europa am Ende des 2. Weltkriegs
Heft 10.... Die Stellung des Marxismus in der Geschichte
Heft 11.... Freies Kurdistan
Heft 12.... Israel - Palästina
Heft 13.... Eigentum verpflichtet - zu nichts!
Heft 14.... Mexiko - Aufstand der Zapatistas
Heft 15.... Sozialismus oder? - Das Manifest der Vierten Internationalen
Heft 16.... Harte Zeiten erfordern starke Gewerkschaften

Heft 17.... Der Mythos der Globalisierung
Heft 18.... Che Guevara
Heft 19.... Im Herzen der Bestie. Zur Theorie und Praxis der Stadtguerilla.
Teil 1: Stadtguerilla gegen das "Modell Deutschland"
Heft 20.... Im Herzen der Bestie. Zur Theorie und Praxis der Stadtguerilla. Teil 2: Brigade Rosse in Italien
Heft 21.... Intelligenz und Klassenkampf
Heft 22.... 1968: Die unvollendete Revolution
Heft 23.... Stalinismus
Heft 24.... Wer hat die Macht in Euroland? Die EU – ein antidemokratisches Projekt
Heft 25.... Strukturen der Geschichte - Einführung in den historischen Materialismus
Heft 26.... Arbeiterkontrolle der Produktion
Heft 27.... Die IV. Internationale und der Krieg
Heft 28.... 10 Jahre RSB: Widerstand statt Anpassung
Heft 29.... Warum wir den Sozialismus wollen

Die Bestelladresse befindet sich im Impressum auf Seite 2. Die Hefte können auch über den örtlichen RSB bezogen werden.

RSB/IV.Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt

der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter.

Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Im Programm des RSB legt der RSB Rechenschaft über seine programmatischen Grundlagen ab. Es wurde von der 3. Delegiertenkonferenz des RSB am 9. und 10. November 1996 diskutiert und beschlossen. Zu beziehen ist das Programm beim Büro des RSB oder herunterzuladen als pdf-Datei auf der Website des RSB www.rsb4.de

Inhalt

In diesem Heft wollen wir darlegen, weshalb wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung für zutiefst inhuman, aber auch anarchisch irrational halten. Und wir wollen umreißen, wie wir uns eine rational organisierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorstellen. Wir sind uns voll bewusst, dass wir nicht wissen können, wie sich eine sozialistische Gesellschaftsordnung tatsächlich organisieren wird.

Wir meinen aber, dass heute die Vorstellung des Sozialismus neu – bzw. wieder – begründet werden muss. Dazu wollen wir hier einen kleinen Beitrag leisten. Wir meinen, dies am besten an Hand einiger ausgewählter Themen erläutern zu können, die – selbst in ihrer Summe – weit davon entfernt sind, alle wichtigen Gründe für die Ablösung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zusammenzufassen. Dennoch ist die hier getroffene Auswahl auch nicht ganz zufällig oder willkürlich. Die hier behandelten Themen gehören nach unsrer Meinung auf jeden Fall zu den zentralen Fragestellungen. Aber wir betonen: Die hier nicht erörterten Fragen sind gewiss nicht als untergeordnet oder nebensächlich anzusehen.

www.rsb4.de

Heft 29

Preis: 3,00 Euro